3. Jahrgang 1955 4. Heft / Oktober

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

HERAUSGEGEBEN VON HANS ROTHFELS
UND THEODOR ESCHENBURG

AUS DEM INHALT

ARNOLD BERGSTRAESSER
Deutsche Einheit

HANS ROOS
Die „Präventivkriegspläne" Pilsudskis

HEINZ GOLLWITZER
Bayern in der Weimarer Republik

RUTH KÖRNER
Kanadische Außenpolitik

HANS THIEME
Katyn — Ein Geheimnis?

DOKUMENTATION
Zwischen Compiègne und Versailles

NOTIZEN / BIBLIOGRAPHIE

DEUTSCHE VERLAGS-ANSTALT STUTTGART

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München herausgegeben

von

HANS ROTHFELS und THEODOR ESCHENBURG

in Verbindung mit Franz Schnabel, Ludwig Dehio, Hans Speidel,

Werner Conze und Karl Dietrich Erdmann

Schriftleitung:

DR. HELMUT KRAUSNICK

München 22, Reitmorstraße 29

INHALTSVERZEICHNIS

AUFSÄTZE

Arnold Bergstraesser . Deutsche Einheit 335

Hans Roos . . . . . Die „Präventivkriegspläne" Pilsudskis von 1933 344

Heinz Gollwitzer . . . Bayern 1918 — 1933 363

Ruth Körner . . . . Kanadische Außenpolitik 388

MISZELLE

Hans Thieme . . . . Katyn — ein Geheimnis? 409

DOKUMENTATION

Zwischen Compiègne und Versailles Geheime amerikanische Militärdiplomatie 1918/19 *(Fritz T. Epstein)* . . 412

NOTIZEN 446

BIBLIOGRAPHIE *49*

Verlag: Deutsche Verlags-Anstalt GmbH., Stuttgart S, Mörikestr. 17, Tel. 7 48 51/52
Vertrieb und Auslieferung: Stuttgart N, Hospitalstraße 12, Telefon 9 10 15/9 23 32 — Preis des Einzelheftes DM 6.—; die Bezugsgebühren für das Jahresabonnement (4 Hefte) DM 20.— zuzüglich Zustellgebühr. Erscheinungsweise: Vierteljährlich im Normalumfang von je 112 Seiten (7 Bogen). Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen und der Verlag entgegen. Geschäftliche Mitteilungen sind nur an den Verlag zu richten.

Nachdruck nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages gestattet.

Dieser Nummer liegt ein Prospekt „Christentum und Geschichte" des Pädagogischen Verlages Schwann, Düsseldorf, sowie ein Prospekt: Messerschmidt „Deutschland in englischer Sicht" des Zentralverlages für Dissertationen, Triltsch-Düsseldorf, bei

Druck: Deutsche Verlags-Anstalt GmbH., Stuttgart

Jahrgang 3 (1955), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE
3. Jahrgang 1955 4. Heft/Oktober

ARNOLD BERGSTRAESSER

DEUTSCHE EINHEIT[1]

In der Gedenkstunde an den 17. Juni 1953 wollen wir den Deutschen, die politisch getrennt von uns und in der Unfreiheit einer totalitären Staats- und Gesellschaftsform leben müssen, die Versicherung geben, daß wir uns zu ihnen gehörig und für ihre Zukunft mitverantwortlich wissen. Wir wollen vor uns selbst darüber Rechenschaft ablegen, worin denn die deutsche Einheit Bestand hatte im Wandel der Geschichte und worin sie Bestand haben könnte in der Gegenwart. Dazu bedürfen wir des Rückblicks auf ihre Bedeutung im Leben der Vergangenheit, in der Entfaltung der kulturellen Leistungen der abendländischen Welt und in der Geschichte der normativen Einsichten. Ein solcher Rückblick muß so schonungslos wahr sein, wie es in unseren Kräften steht, wenn er seinen Zweck erfüllend uns Einblick gewähren soll in die Lage, in der wir uns befinden, in die Gründe, aus denen sie entstanden ist, in die Möglichkeiten, die vor uns liegen und in die Forderungen, die an uns gerichtet sind.

Wir gedenken heute der Einheit, weil wir das Getrenntsein erleben. Und wir wollen die Wiedervereinigung der Deutschen, die in dem uns gebliebenen Territorium zwischen dem Rheinland und der Odergrenze leben. Wir sind uns klar darüber, daß die Trennung, die als Ergebnis des zweiten Weltkrieges zwischen der Sowjetzone und der Bundesrepublik sich vollzogen hat, mehr und anderes ist als die Teilung in zwei Einheiten von verschiedener Form der politischen Verwaltung. Vielmehr ist sie die Teilung des deutschen Volkes durch zwei nicht nur verschiedene, sondern im Gegensatz zueinander befindliche Systeme. Ihr Gegensatz ist nicht nur staatenpolitisch, sondern er beruht auf einem verschiedenen gesellschaftspolitischen Willen. Er ist von weltpolitischer Tragweite. In der Welt des 20. Jahrhunderts stehen sich die beiden Grundauffassungen der politischen Daseinsgestaltung gegenüber, deren Gegensatz das Schicksal des geteilten Deutschlands ausmacht, – die Grundauffassung des freien demokratischen Rechtsstaates und die des totalitären, zentral planenden Einparteienstaates. Hinter diesen beiden Grundauffassungen verbirgt sich ein Gegensatz in der Auffassung des Menschen und seiner Zukunft und in der Auffassung vom Sinne der Politik überhaupt, wie von den Mitteln, die sie verwenden darf. Die Teilung, die wir erleben, greift tiefer ein in die Daseinsgestaltung als irgendeine Teilung früherer Jahrhunderte. Täglich droht sich die Trennung zu erweitern und zu vertiefen: Vom staats- und verwaltungspolitischen Handeln setzt sie sich fort in die Form der Wirtschaftsführung, in das Zusammen-

[1] Nach einer Rede am Vortage des 17. Juni 1955, gehalten an der Universität Tübingen.

Jahrgang 3 (1955), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die deutsche Einheit, die Bismarck und seine Generation begründet hatten, wurde nach außen durch mehr als vier Jahrzehnte des staatenpolitischen Friedens erhalten, vermöge eines Systems der Bündnisse und der bewaffneten Bereitschaft. Dieses System bildete aber seinem Wesen nach zugleich die Voraussetzung dafür, daß ein Konflikt, wenn er einmal ausbrach, den ganzen Kontinent einbezog. Während der letzten anderthalb Jahrzehnte seines Bestehens hat sich dies System stärker nach seiner negativen Möglichkeit hin entwickelt. So wenig die später zum Hauptanklagepunkt gegen die deutsche Politik erhobene These der Alleinschuld Deutschlands am ersten Weltkriege vor der kritischen Prüfung des historischen Blicks der Welt standgehalten hat, so wenig können wir uns dadurch entlastet fühlen von der Mitverantwortlichkeit für eine Denkweise, die den Ausbruch des Konfliktes im Jahre 1914 möglich gemacht hat. Und weiter: War denn die Einheit, die seit dem Ausbruch des ersten Weltkriegs außenpolitisch auf dem Spiel stand, innenpolitisch getragen von einer geistig und praktisch gesunden Daseinsordnung und dem durch sie gerechtfertigten Vertrauen? Niemand, der es erlebt hat, wird jenes Zusammenstehen in der einfachen Pflichterfüllung vergessen, das 1914 die Antwort des Volkes auf die gemeinsame Not war. Ebensowenig dürfen wir aber vergessen die auf einem bloßen Machtkalkül beruhende Führung, das Eingreifen der Militärs in die politischen Entschlüsse, die vermessene Forderung nach Eroberungen, die ungebührliche Inanspruchnahme des Begriffes Vaterland für eine Partei, mit der damals schon das Unheil der dreißiger Jahre seinen Anfang nahm.

Vor allem aber: Noch lange nicht war das soziale Problem eines modernen Industrievolkes in unserem Lande bewältigt. Wir waren geblendet von den Illusionen des wirtschaftlichen Fortschritts im industriellen Machtstaat. Unser Denken, ja unser Glauben war der Gefahr nicht gewachsen, in die wir innerlich und nach außen geraten waren. Die Warnungen, die uns aus der eigenen Mitte deutlicher zuteil wurden als anderen Völkern, haben wir überhört. Der Leerheit unserer damaligen Auffassungen von nationalem Prestige, unserer Selbsttäuschung über die Natur und die sozialen Folgen der wirtschaftlichen Expansion und unserer Achtlosigkeit gegenüber fremden Völkern – hochkultivierten und primitiven –, wie sie aus zahllosen Äußerungen jener Epoche sich kundtut, all diesem entspricht die Selbstverständlichkeit, mit der wir Krieg als die legitime Anwendung von Gewalt zwischen Staaten und Völkern hinzunehmen, ja manchmal zu wollen uns gewöhnt hatten, und all diesem entspricht der snobistische Zynismus, mit dem wir die Bemühungen um eine völkerrechtlich bindende und mit Kontrollvollmachten versehene Organisation des Friedens als utopisch belächelten. Als dann die volle Katastrophe gegen Ende des Krieges hereinbrach, stellte sich heraus, daß mit der äußeren Zukunft der deutschen Einheit zugleich das innere Daseinsgefüge des deutschen Volkes auf dem Spiel stand: Die Krise des modernen europäischen, insbesondere des deutschen Daseins, von einzelnen lange vorauserkannt, war in das Stadium der politischen Entscheidungen eingetreten.

Das Ende des ersten Weltkrieges hat noch einmal die außenpolitische deutsche Einheit gerettet, so wie sie 1870 entstanden war. Die Verluste an Gebietsteilen und

Jahrgang 3 (1955), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

an Staatsbürgern, die der Ausgang des Krieges erzwang, waren schmerzlich. Aber noch hatten die Sieger eine weitgehende Achtung vor dem Selbstbestimmungsrecht der Völker und vor dem Anspruch des Menschen auf seine Heimat, anstatt, was auch möglich gewesen wäre, sich ihrerseits einem Programm der Annexionen und Vertreibungen zu ergeben, wie es in Deutschland von engstirnigen Fanatikern gepredigt worden war. Männer von nüchterner Vernunft und schlichter Liebe zu ihrem Volke und ihrem Lande haben es damals auf sich genommen, in fünf harten, oft an die Grenze der Verzweiflung führenden Jahren der Inflation und der Reparationswirren auf den Trümmern der wilhelminischen Epoche ein gesundes Gemeinwesen zu begründen. Sie suchten, den Separatismus zu überwinden, ein konstruktives Verhältnis zu den Siegerstaaten herzustellen, den freien demokratischen Rechtsstaat der Weimarer Republik zu festigen gegenüber den Gewaltakten nationalistischer Kräfte auf der einen und revolutionär-kommunistischer Energien auf der anderen Seite. Sie unternahmen, das wirtschaftliche Leben unter den neuen politischen Bedingungen wieder aufzubauen und die den inneren Frieden gefährdenden sozialen Gegensätze einer Zusammenarbeit im Geiste wohlverstandenen Gesamtinteresses zu unterwerfen. Viel von den Absichten, viel von den Erfolgen dieser Epoche können wir heute in ihrer Bedeutung erst ermessen, wo sie selbst längst der Vergangenheit angehört. Wer nicht 1918 schon als Möglichkeit ahnte, was dann 1945 eingetreten ist, konnte die Leistung für den Bestand der deutschen politischen Einheit nicht hinreichend würdigen, welche die Männer vollbrachten, die uns nach der Katastrophe des Bismarckschen Reiches ein Gemeinwesen erhielten.

Aber all dies und die deutsche Einheit selbst wurde von neuem aufs Spiel gesetzt. Manches Erklärende ließe sich freilich nennen für den Weg der nationalsozialistischen Bewegung zur Errichtung des totalitären Einparteienstaates: die Schwere der wirtschaftlichen Krise und ihrer sozialen Folgen, die von 1929 an über die moderne Welt hereinbrach, die Unreife des Denkens aller modernen Völker in Fragen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, in unserem Lande die Unversöhnbarkeit der Ideologien, auch dort, wo sie die Grundsätze des freien Rechtsstaats vertraten, und schließlich unsere eigene mangelnde Sorge um die Bindung des Bürgers an seinen Staat, die sich nur bildet, wenn sie getragen sein kann von Wissen, Verständnis, Selbstachtung und Vertrauen. Aber berühren wir damit nicht den Bereich, in dem unsere eigene Mitverantwortlichkeit am meisten versagt hat? Wie war es möglich, daß Übermut, Achtlosigkeit und Willkür sich als die Momente des politischen Willens zusammenschlossen, der uns von der Machtergreifung Hitlers an zu der zweiten, unvergleichlich schlimmeren Katastrophe von 1945 führte? Wie war es möglich, daß nach der bitteren Erfahrung des ersten Weltkriegs ein fanatischer Nationalismus unter uns Boden gewann und dann die entscheidende politische Macht erwarb, ein Nationalismus, der aus der engstirnigsten Unkenntnis des Menschen, des Staates, der Weltlage und der Geschichte hervorgegangen war? Wie war es möglich, daß wir seinem Führer erlaubten, nicht nur die Einheit aufs Spiel zu setzen, die uns 1919 erhalten geblieben

Jahrgang 3 (1955), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

war, sondern zugleich mit ihr Gerechtigkeit und Menschlichkeit in Deutschland selbst zu verderben, – Gerechtigkeit und Menschlichkeit, um deren Verwirklichung die Besten unter uns ein Jahrtausend lang denkend und handelnd gerungen hatten? Zugleich mit dieser Verwüstung des deutschen Lebens und mit der Zerstörung des Vertrauens von Mensch zu Mensch durch eine gleichmacherische Kontrolle des Denkens wagte man, das alte Europa in Brand zu setzen und also das Mißtrauen der Völker in die Deutschen und ihre Politik durch ein entscheidendes Beweisstück neu zu festigen. Wußten wir zu wenig oder waren wir selbst angefressen von solch ungeduldigem Übermut der eigenen Kraft, von solch zynischer Achtlosigkeit gegenüber dem Mitmenschen und den Mitvölkern, von solch blindem Zutrauen in die Gewalt der Willkür, daß wir die Entmündigung unserer selbst duldeten, der bald genug der Versuch zur Entmündigung anderer Völker folgte?

Eines ist gewiß: Hier und nirgendwo ist der Ursprung der Lage zu suchen, in der sich Deutschland heute befindet. Hier und nirgendwo sonst begann das Schicksal der Teilung, das wir heute zu tragen haben. Die Außenpolitik des nationalsozialistischen Staates mußte die Völker der Welt über alle ihre Gegensätze hinweg gegen die Deutschen vereinigen. Sie mußte die Kräfte entfesseln, die schließlich über uns selber zerstörend hereinbrachen. Denn anders war dieser daseinszerstörenden Herrschaft der Willkür nicht zu begegnen als eben durch ihr sich entgegenstemmende Gewalt. Die Methoden der Politik, die mit der Katastrophe des zweiten Weltkrieges auf uns selbst angewandt wurden, hat das nationalsozialistische Deutschland zuerst in die Politik eingeführt, und es steht uns schlecht an, darüber zu klagen, daß sie in der Hand anderer wirksamer waren als in der unseren: Die Verpflanzung ganzer Volksgruppen aus ihrer Heimat in fremde Regionen, die Zerstörung ganzer Städte aus der Luft, die Behandlung des Menschen als Arbeitsmaterial, die Herrschaft des Hasses und der Furcht als Mittel der Disziplinierung. Und wir müssen noch dankbar sein dafür, daß uns nicht das Schlimmste geschehen ist, was von deutschen Händen anderen angetan wurde. Selten in der Geschichte ist der Fall auf den Übermut, ist das Unheil auf die Untat so rasch gefolgt. Die unzweideutige Einsicht in diese Epoche des Nationalsozialismus und ihre Ursprünge in den Gefahren unseres eigenen Wesens sollte uns ständig leiten bei unserem Versuch, daran mitzuwirken, daß der richtige und gesunde Weg in die Zukunft gefunden und beschritten wird. Wenn andere dasselbe tun, worin wir geirrt und gefehlt haben, wird es dadurch weder besser noch weiser. Vielleicht sind wir noch gar nicht aller Schäden gewahr geworden, welche die Gefährdung des modernen Menschen in der Form des nationalsozialistischen Regimes in uns hinterlassen hat. Sie halten uns der heutigen Lage Deutschlands gegenüber oft geistig und seelisch wehrlos in einem Grade, der es uns schwer macht, den uns gestellten Aufgaben gerecht zu werden. Wenn weite Kreise unseres Volkes Geschichte und Politik empfinden als ein unbeeinflußbar über den Menschen hereinbrechendes Geschehen, wenn das durch den Mißbrauch der Worte, des Denkens und der Empfindung verletzte Verhältnis des einzelnen zu seinem Volke

Jahrgang 3 (1955), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

und seinem Staat noch nicht wiederhergestellt ist, dann können wir nicht hoffen, Einsicht und Willen auf die Wiedervereinigung der getrennten Teile Deutschlands zu versammeln. Dann können wir nicht hoffen, überhaupt einen gemeinsamen Willen verläßlich auf eine gesunde Zukunft zu versammeln. Die Aufgabe aber ist um so größer, als in der Frage nach der deutschen Zukunft sich die Frage nach der Zukunft der Menschheit spiegelt.

Die Wiedervereinigung ist eine Frage der Weltpolitik, denn sie ist unlösbar ohne die Lösung des Gegensatzes zwischen den polar einander entgegengesetzten Mächtegruppen, in die nach der Vernichtung des nationalsozialistischen Machtstaates die alliierten Gegner des zweiten Weltkrieges zerfielen. Der Gegensatz dieser Mächtegruppen ist staatspolitisch, weil er in erster Linie gesellschaftspolitischer Art ist. Die beiden Grundauffassungen der politischen Daseinsgestaltung, die in der heutigen Welt miteinander ringen, liegen der praktischen Politik der Bundesrepublik einserseits und der Sowjetzone andererseits in ihrer Gegensätzlichkeit zugrunde.

Zugleich aber müssen die Fragen der Weltpolitik heute mit den Mitteln des Friedens gelöst werden. Denn jeder weiß, daß das Vernichtungspotential der Kriegstechnik seit dem Ende des zweiten Weltkrieges Ausmaße angenommen hat, die das Dasein der Menschheit überhaupt gefährden. Nie war eine verbindliche Organisation des Friedens nötiger als heute. Die furchtbare Vertrautheit mit dem Kriege, die uns als Angreifern wie als Geschlagenen zuteil geworden ist, ist Grund genug zu der Verpflichtung, unser Denken und Wollen der Förderung des Friedens zuzuwenden.

Und schließlich ist die deutsche Einheit wie die Zukunft der Welt abhängig von der Erhaltung und der Festigung der Freiheit. Von allen diesen Problemen sind wir unmittelbar betroffen: Durch die deutsche Teilung tragen wir mit an dem praktisch-politischen Gegensatz der Weltpolitik, durch unser vitales Interesse an der Gestaltung der Kunst des Friedens und der Festigung der Freiheit tragen wir mit an der Sorge um die Zukunft, um die physische, moralische und geistige Zukunft des Menschen überhaupt. Vom weltgeschichtlichen Verlauf unseres Jahrhunderts geht ein Zwang auf uns aus, nur noch von der Welt her an uns selbst und die deutsche Zukunft zu denken. Von den Ereignissen selber sind wir verwiesen auf die universalistisch-föderativen Ursprünge unseres politischen Bewußtseins.

Aus dieser Einsicht ergibt sich die ernstliche Frage, ob wir denn vorbereitet sind für diese von uns geforderte Leistung der Besinnung, der Voraussicht und des unbeirrbar geduldigen Willens. Unsere Geschichte eröffnet uns Möglichkeiten des Lernens genug. Denn an allen Vorgängen, die unter Führung der abendländischen Völker das Dasein der Menschheit in tausend Jahren gestaltet haben, an den heilsamen und unheilvollen, hatte das deutsche Volk seinen Anteil. In Mitteleuropa spielte sich der Kampf ab zwischen weltlicher und geistlicher Gewalt. Er steht im engsten Zusammenhang mit der Dynamik des Geistes, der die abendländische Kultur zugleich ihre zivilisatorische Beherrschung der Erde und ihre geistig-seelische Erneuerungsfähigkeit verdankt. In Deutschland tragen wir seit vier Jahr-

Jahrgang 3 (1955), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

hunderten an der Spaltung der Konfessionen und an der Sorge um die Verwirklichung des ihnen gemeinsamen christlichen Erbes. Wir haben teilgenommen an der Entfaltung des naturwissenschaftlich-mathematischen Denkens. Und die Gefahren, die seine Anwendung auf die Erzeugung der technischen Mittel zur Daseinsfürsorge hervorbrachte, sind uns gegenwärtig, ohne daß wir selbst schon imstande wären, sie zu bewältigen. Wir haben einen der führenden Industriestaaten errichtet und schließlich, wenn auch allzu langsam, die menschlichen Probleme erkannt, die seine Umgestaltung der modernen Arbeitsverfassung begleiteten. Wir sind als Volk mitverantwortlich dafür, daß aus dem deutschen Proletariat mit Hilfe der in Deutschland entstandenen Theorie des wissenschaftlichen Sozialismus das klassenbewußte Proletariat erwuchs, das mit der russischen Oktober-Revolution begann, zur gesellschaftspolitischen und staatenpolitischen Weltmacht zu werden. Bildet dieser historische Anteil an Glück und Verhängnis der abendländischen Welt heute für uns einen hinreichend starken Impuls, für die Zukunft dieser Welt und von dort her für unsere eigene Zukunft zu denken?

Unser Volk hat in der umstrittenen Mitte des europäischen Kontinents die Geschichte seiner Arbeit, seiner Staatsordnung und seines Geistes erfahren. Heute ist es zur umstrittenen Region zwischen den polaren Kräften des weltpolitischen Gegensatzes geworden. In solcher Lage hat es nur die Wahl, passiv über sich ergehen zu lassen, was der Prozeß der Geschichte scheinbar verhängt, oder aber aktiv und konstruktiv denkend der Zukunft der Menschheit und auf diesem Wege der eigenen Zukunft dienend zu helfen.

Deutschland ist nicht unteilbar, weil es so sein müßte. Die Geschichte kennt nicht nur zeitweilige, sondern bleibende Teilungen, ja sie kennt Untergänge ganzer Völker. Aber die heute getrennten Teile können wieder vereinigt werden, wenn wir mit ihrer Wiedervereinigung das Richtige und Gebotene wollen. Sie sollen wiedervereinigt werden, damit die latente Gefahr für den Frieden der Welt beseitigt wird, welche die Teilung bedeutet. Andere Völker können aber der Wiedervereinigung nur zustimmen, wenn wir sie davon zu überzeugen vermögen, daß ein vereinigtes Deutschland keine Gefahr für ihre eigene Sicherheit und für den Frieden der Welt bedeutet. Wir selbst sind verpflichtet, nach der Wiedervereinigung zu streben, um den Deutschen jenseits des Eisernen Vorhangs den Weg zu der rechtsstaatlichen Freiheit zu eröffnen, die wir selber genießen. Wenn wir diese Verpflichtung ernst nehmen, ist es aber nötig, daß wir selbst wissen, welchen Sinn diese Freiheit hat, welche Selbstbeschränkung sie uns auferlegt, welche Wachsamkeit sie von uns fordert.

Politik wird nicht einfach von Funktionären und Experten gemacht. Deutsche Politik in der gegenwärtigen Weltlage ist darauf angewiesen, mitgetragen zu werden von der kritischen und konstruktiven Einsicht des Volkes. Darum muß die Frage gestellt werden, ob unsere geistige Klarheit über die letzten verbindlichen Motive des Handelns, ob unsere moralische Bereitschaft, ihnen Folge zu leisten, und ob unser politisches Wissen dazu ausreichen, Mitträger einer universal denkenden deutschen Politik zu sein.

Jahrgang 3 (1955), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Manchmal scheint es heute, es seien die normativen Einsichten, die uns Religion, Philosophie und Geschichte erschließen, von geringer Wirkung auf unser politisches Denken. Aber das Postulat der Freiheit der Staatsordnung bleibt leer, wenn wir nicht wissen und wissend uns angeeignet haben, was der Sinn des Daseins ist, zu dessen Verwirklichung Freiheit unentbehrlich bleibt.

Wir können nicht hoffen, daß in den letzten Fragen der Daseinsgestaltung uns Einigkeit über Nacht zuteil wird. Und die künstlich erzwungene Einigkeit einer trügerischen Gleichschaltung haben wir hinreichend erlebt, um nach ihr kein zweites Mal zu greifen. Aber wir sind fähig, einander in dem Streben nach Wahrheit zu achten, mit pietas, mit jener Ehrfurcht vor einander, die der tragende Grund der Freiheit ist. Zu dem, der sich in ihr übt, wird auch das Erbe unserer geistigen Überlieferung wieder reden, in dem die deutsche Einheit ihren höchsten inneren Bestand hat. Es wird den Menschen der Gegenwart von der geistigen Versklavung an vermeintliche Notwendigkeiten der Zeit befreien. Die Begegnung mit diesem Erbe wird ihm richtungweisende Maßstäbe erschließen.

Wir könnten auf diese Weise uns moralisch bereit machen, wieder ein Volk zu werden, das durch Vertrauen verbunden ist und darum konstruktive Kritik üben kann, ohne seine innere Einigkeit und Sicherheit zu zerstören. Dann wären wir auch moralisch bereit, die Opfer und gerade auch die materiellen Opfer zu bringen, die nötig werden, wenn zu ihrer Zeit die Wiedervereinigung vollzogen werden kann.

Aber ist uns denn das gesellschaftspolitische Problem der Welt deutlich genug, das sich in der Teilung Deutschlands spiegelt? Wissen wir genug von der revolutionären Theorie des Sowjetsystems und seiner politischen Praxis? Wissen wir genug von den normativen Voraussetzungen unseres eigenen Daseinsgefüges, von dem Sinn und den Gefahren seines sozialen und wirtschaftlichen Aufbaus, um an der Auseinandersetzung der Gegenwart um die Zukunft der Gesellschaftsverfassung produktiv teilzunehmen? Tun wir genug, um das Unbehagen an der modernen Kultur bei uns selbst zu überwinden durch die eigene Gesellschaftspolitik? Ist unser Erziehungssystem so beschaffen, daß der Aufwachsende zum mindesten die gesellschaftlichen und politischen Kenntnisse erwerben kann, die unentbehrlich sind, wenn er heute als selbständig urteilsfähiger Zeitgenosse an den politischen Entscheidungen über unser Dasein teilnehmen soll? Oder erziehen und unterrichten wir – trotz aller gegenteiligen Beteuerungen – eher den perfekten Berufsfunktionär als den sein Dasein begreifenden und das Leben seines Volkes und seines Staates sinnvoll mitgestaltenden Menschen? Alle Perfektion wird ihm nichts helfen, wenn das Gefüge, in dem sein beruflicher Dienst einen Sinn hat, verderben muß, weil wir nicht genug wissen von Gesellschaft und Politik der Gegenwart, wie sie sind, noch davon, wie sie um des Heiles des Menschen willen sein sollten.

Wir dienen der Deutschen Einheit, wenn wir wieder ein Volk werden. Wir können ein Volk werden, wenn wir getreu den Ursprüngen unseres politischen Bewußtseins universal von der Bestimmung des Menschen her politisch zu denken

Jahrgang 3 (1955), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

lernen, denn wir können unsere Zukunft heute nur im Weltzusammenhang suchen. Und auch dieses Denken wird nur dann überzeugend sein, wenn wir in unserem Verhalten zueinander, in der Gestaltung der eigenen Gesellschaft und im Verhältnis zu anderen Völkern die Ehrfurcht vor der Kreatur bewähren, die wir selbst sind. Wenn wir es in dieser Weise vermögen, uns einen geistigen Weg zur politischen Gegenwart der Welt zu bahnen, wird die Verdrossenheit weichen, die allzuoft heute noch unser politisches Empfinden beherrscht. Der Gedanke an die Deutschen, die in der Unfreiheit der Sowjetzone als innerlich freie Menschen sich aufrecht erhalten, und das Gedenken derer, die am 17. Juni 1953 den Mut zum Widerstand fanden, sollte uns helfen abzutun, was von selbstischer und geistiger Unentschlossenheit noch in uns steckt. Vermögen wir im Wissen um das Rechte die Aufgabe der Gegenwart zu ergreifen, dann könnte es uns gegeben sein, unseren Beitrag zu leisten zu einer gesunden Zukunft des Menschen. Dann könnte es uns gegeben sein, daß wir in der rechten Gesinnung bestehen auch vor dem Gebot der tätigen Liebe zu dem Land und zu dem Volke, denen wir sie schuldig sind.

HANS ROOS

DIE „PRÄVENTIVKRIEGSPLÄNE" PILSUDSKIS VON 1933

1. Zur Überlieferung

Die Entwicklung der außenpolitischen Beziehungen zwischen Deutschland und Polen im Jahre 1933 hat insbesondere wegen des scheinbar so überraschend abgeschlossenen Nichtangriffspaktes vom 26. Januar 1934 erhebliche geschichtliche Bedeutung. Vor allem geht es in diesem Zusammenhang um die Aufklärung der vielfach undurchsichtigen Motive des polnischen Partners. Um so mehr verdienen die seit Mitte der Dreißiger Jahre immer wieder auftauchenden Angaben Beachtung, Marschall Pilsudski habe vor dem Abschluß des Deutschlandabkommens mehrmals versucht, die französische Regierung zu einem gemeinsamen „Präventivkrieg" gegen Hitler und sein Regime zu drängen. Die französische Regierung soll diese mehrfachen Angebote entweder abgelehnt oder doch mit Stillschweigen übergangen haben. Dieses Sichversagen Frankreichs, das Polen nach Ansicht der Warschauer Regierung der deutschen Revisionspolitik preisgab, gilt als wesentlicher, wenn nicht sogar entscheidender Beweggrund für die Bereitschaft Pilsudskis, auf die Werbungen Hitlers einzugehen.

Die Klärung der Frage, ob die Angaben über den „Präventivkrieg" Pilsudskis real fundiert sind, oder ob sie erst hinterher verbreitet wurden, um dem Marschall ein Alibi für seine Deutschlandpolitik zu schaffen, wird durch die Tatsache erschwert, daß bis heute kein dokumentarisches Material über das Präventivkriegsthema bekannt geworden ist. Immerhin liegen seit 1933/34 Nachrichten vor, die mindestens indirekt auf eine derartige Initiative hinweisen. Sie knüpfen sich vor

Jahrgang 3 (1955), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

lernen, denn wir können unsere Zukunft heute nur im Weltzusammenhang suchen. Und auch dieses Denken wird nur dann überzeugend sein, wenn wir in unserem Verhalten zueinander, in der Gestaltung der eigenen Gesellschaft und im Verhältnis zu anderen Völkern die Ehrfurcht vor der Kreatur bewähren, die wir selbst sind. Wenn wir es in dieser Weise vermögen, uns einen geistigen Weg zur politischen Gegenwart der Welt zu bahnen, wird die Verdrossenheit weichen, die allzuoft heute noch unser politisches Empfinden beherrscht. Der Gedanke an die Deutschen, die in der Unfreiheit der Sowjetzone als innerlich freie Menschen sich aufrecht erhalten, und das Gedenken derer, die am 17. Juni 1953 den Mut zum Widerstand fanden, sollte uns helfen abzutun, was von selbstischer und geistiger Unentschlossenheit noch in uns steckt. Vermögen wir im Wissen um das Rechte die Aufgabe der Gegenwart zu ergreifen, dann könnte es uns gegeben sein, unseren Beitrag zu leisten zu einer gesunden Zukunft des Menschen. Dann könnte es uns gegeben sein, daß wir in der rechten Gesinnung bestehen auch vor dem Gebot der tätigen Liebe zu dem Land und zu dem Volke, denen wir sie schuldig sind.

HANS ROOS

DIE „PRÄVENTIVKRIEGSPLÄNE" PILSUDSKIS VON 1933

1. Zur Überlieferung

Die Entwicklung der außenpolitischen Beziehungen zwischen Deutschland und Polen im Jahre 1933 hat insbesondere wegen des scheinbar so überraschend abgeschlossenen Nichtangriffspaktes vom 26. Januar 1934 erhebliche geschichtliche Bedeutung. Vor allem geht es in diesem Zusammenhang um die Aufklärung der vielfach undurchsichtigen Motive des polnischen Partners. Um so mehr verdienen die seit Mitte der Dreißiger Jahre immer wieder auftauchenden Angaben Beachtung, Marschall Pilsudski habe vor dem Abschluß des Deutschlandabkommens mehrmals versucht, die französische Regierung zu einem gemeinsamen „Präventivkrieg" gegen Hitler und sein Regime zu drängen. Die französische Regierung soll diese mehrfachen Angebote entweder abgelehnt oder doch mit Stillschweigen übergangen haben. Dieses Sichversagen Frankreichs, das Polen nach Ansicht der Warschauer Regierung der deutschen Revisionspolitik preisgab, gilt als wesentlicher, wenn nicht sogar entscheidender Beweggrund für die Bereitschaft Pilsudskis, auf die Werbungen Hitlers einzugehen.

Die Klärung der Frage, ob die Angaben über den „Präventivkrieg" Pilsudskis real fundiert sind, oder ob sie erst hinterher verbreitet wurden, um dem Marschall ein Alibi für seine Deutschlandpolitik zu schaffen, wird durch die Tatsache erschwert, daß bis heute kein dokumentarisches Material über das Präventivkriegsthema bekannt geworden ist. Immerhin liegen seit 1933/34 Nachrichten vor, die mindestens indirekt auf eine derartige Initiative hinweisen. Sie knüpfen sich vor

Jahrgang 3 (1955), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

allem an drei kritische Momente in den deutsch-polnischen Beziehungen: Die Westerplattenaffäre im März, die Viermächtepaktkrise im April und den Beginn der Verhandlungen über einen Nichtangriffspakt im November und Dezember 1933. Die Feststellung, ob Pilsudski gegenüber Frankreich überhaupt die Initiative ergriff und welcher Art diese Initiative war, trägt also ganz wesentlich zur Erhellung der Hintergründe des Januarpaktes bei.

Die Westerplattenaffäre führte unmittelbar nach der Machtergreifung Hitlers eine sehr ernste Spannung zwischen dem Reich und Polen herbei. Marschall Pilsudski ließ am 6. März, also am Tage nach den deutschen Wahlen, wohl als Antwort auf die deutsche Wahlkampagne und eine offenbar damit im Zusammenhang stehende Korridorforderung Hitlers, die polnische Garnison auf der Westerplatte am Eingang des Danziger Hafens durch ein Bataillon Marine-Infanterie verstärken. Das geschah entgegen den bestehenden Abmachungen ohne Genehmigung durch den Hohen Kommissar des Völkerbundes. Als Grund für diese Maßnahme gab die polnische Regierung an, die bewaffnete SA und die Wehrverbände in Danzig beabsichtigten einen militärischen „Run" auf die Westerplatte. Eine längere Verhandlung im Völkerbundsrat endete am 15. März mit einem Kompromiß; am 16. März wurden die Verstärkungen zurückgezogen. Während dieser Krise, also in der Zeit zwischen dem 6. und dem 16. März, soll Marschall Pilsudski zum erstenmal den Vorschlag eines „Präventivkrieges" gegen das nationalsozialistische Deutschland an Frankreich gerichtet haben.

Das zweite Spannungsmoment, das diesmal durch die beiden für Polen bedenklichen Fragen der Aufrüstung Deutschlands und der Grenzrevision ausgelöst wurde, schloß sich unmittelbar an. Am 16. März legte der englische Premierminister MacDonald seinen Abrüstungsplan vor, der eine erhebliche Veränderung des militärischen Kräfteverhältnisses zwischen Deutschland und Polen vorsah und über den in den folgenden Wochen unter Beteiligung Frankreichs verhandelt wurde. Am 17. März reisten MacDonald und sein Außenminister Simon nach Rom, wo ihnen Mussolini den Entwurf eines Viererpaktes unterbreitete. Dieser Entwurf enthielt eine Klausel über die Möglichkeit von Grenzrevisionen im Rahmen der Völkerbundssatzung. Die englische Regierung stimmte dem Projekt grundsätzlich zu, ebenso die deutsche. Am 21. März erklärte sich auch Frankreich bereit, dem Viererpakt unter gewissen Bedingungen beizutreten. Nach polnischer Ansicht schien sich damit ein Viermächtedirektorium zu bilden, dessen Zustandekommen Polen unter Umständen mit der Abtretung seiner Westprovinzen bezahlt hätte. Polen und die Staaten der kleinen Entente nahmen daher seit Ende März sehr lebhaft gegen das Projekt Stellung. Anfang April brachen in Polen antideutsche Unruhen aus. Der Spannungszustand, der den ganzen Monat April anhielt – die Verhandlungen über den Viererpakt und den MacDonald-Plan gingen weiter –, kulminierte um den 21. April, als Pilsudski in Wilna weilte, eine Parade über 35 000 Mann abnahm und Dekrete für den Kriegsfall vorbereiten ließ. Etwa in dieser Zeit soll der Marschall der französischen Regierung das zweite Angebot gemacht haben. Die Krisis verklang erst, nachdem Hitler am 2. Mai dem polnischen Gesandten Wysocki ver-

Jahrgang 3 (1955), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sichert hatte, das Reich werde von den Revisionsmöglichkeiten des Viererpaktes keinen Gebrauch machen.

Der dritte Versuch Pilsudskis wird im allgemeinen in die Zeit nach dem 28. November, dem Tage, an dem er das formelle Angebot eines Nichtangriffspaktes erhielt, gelegt. Angeblich wollte der Marschall damit noch ein letztes Mal an die Entschlossenheit Frankreichs appellieren, bevor er mit Hitler abschloß. Das Stocken der deutsch-polnischen Verhandlungen im Dezember 1933 wird mit dieser Initiative in Zusammenhang gebracht. Indessen soll die französische Regierung auch diesmal auf sein Anerbieten nicht eingegangen sein.

Angesichts der unsicheren Überlieferung erscheint es notwendig, zunächst zu untersuchen, wann und wie die Gerüchte über den Präventivkriegsvorschlag in die Öffentlichkeit drangen. Pobóg-Malinowski, der ehemalige Archivchef des polnischen Außenministeriums, stellte in einem Aufsatz über die Genesis dieser Vermutungen[1] fest, sie hätten ihren Ursprung wahrscheinlich in den Indiskretionen, welche die französische Regierung zu Beginn des Jahres 1934 beging. Diese habe damit den deutsch-polnischen Ausgleich stören wollen. An Beweisen dafür fehlt es. Immerhin ist soviel richtig, daß bereits im Frühjahr 1934 ein erster Hinweis ans Licht trat. Hermann Rauschning, damals noch Präsident des Danziger Senats, sprach am 27. April 1934 davon, daß Danzig im April 1933 „nahezu unrettbar vor Ereignissen zu stehen schien, deren Fortgang nicht abzusehen gewesen wäre"; wenige Menschen seien sich dessen bewußt, „daß wir unmittelbar vor einem neuen Schuß von Serajewo standen[2]." Rauschning verfügte offenbar über Informationen, die aber nicht aus Paris, sondern von Pilsudski selbst stammten. Der tschechische Geschäftsträger in Warschau, Procházka, berichtete am 4. August 1937 darüber[3]: „Rauschning hatte Gelegenheit, über die polnisch-deutschen Beziehungen mit Marschall Pilsudski zu sprechen. Vor der Unterzeichnung des polnisch-deutschen Paktes vom Januar 1934 bot Polen wiederholt Frankreich an, mit ihm einen Präventivkrieg gegen Deutschland zu führen. Polen zauderte lange vor einer ernsten Änderung seiner politischen Orientierung, und zwar bis zum letzten Augenblick." In seinem 1938 erschienenen Buch „Die Revolution des Nihilismus" schrieb Rauschning denn auch, daß das Reich im Januar 1934 „soeben durch die erste Gefahrenzone eines Präventivkrieges, an dem Polen besonders stark interessiert war, hindurchgekommen war"[4].

Auf Rauschning stützte sich wahrscheinlich der amerikanische Historiker Bernadotte E. Schmitt, der im Dezember 1938 in einer Broschüre bemerkte: „. . . and in 1934, after France had declined her proposal for a preventive war, Poland concluded

---

[1] W. Pobóg-Malinowski, Parę uwag o wojnie, ktorej nie było (Einige Bemerkungen zu dem Kriege, der nicht stattfand) in: Kultura, Paris, Nr. 2/19, Mai 1949, S. 108—114.

[2] Rede Rauschnings vor der Danziger NSDAP (Sonderdruck Danzig 1934).

[3] Bericht Procházkas vom 4. 8. 1937 in: Europäische Politik im Spiegel der Prager Akten (hrsg. vom Deutschen Institut für Außenpol. Forschung, bearb. v. Fritz Berber), Essen 1941, Nr. 79.

[4] H. Rauschning, Die Revolution des Nihilismus, Zürich/New York 1938, S. 409. Vgl. auch S. 400.

Jahrgang 3 (1955), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

a ten-year pact of nonaggression with her most dangerous enemy[5]." Durch Rauschning und Schmitt wurde das Thema „Präventivkrieg" in der angelsächsischen Literatur zum ersten Male angeschlagen, und auf ihnen fußen offenbar, mindestens teilweise, viele der späteren Darstellungen. Indessen ist es möglich, daß Ward Price, der Korrespondent des Daily Mail, der im Juli 1939 eine kurze Andeutung darüber machte, daß Pilsudski im Jahre 1933 Frankreich eine „joint invasion of Germany" vorgeschlagen habe[6], über eigene Informationsquellen verfügte. Er weilte im Jahre 1933 in Berlin, hatte dort mit Hitler häufige Interviews und auch sonst Möglichkeiten der Unterrichtung.

Bald nach dem Polenfeldzug erhielten die Präventivkriegsgerüchte einen neuen Impuls. Im Januar 1940 gab der ehemalige polnische Außenminister Beck in seinem Kronstädter Exil dem Journalisten P. A. Waldo ein Interview, in dem er u. a. sagte: „Wie haben schon vor einigen Jahren vorausschauend den Alliierten ein Losschlagen gegen den Feind vorgeschlagen, als er seine Kräfte erst zu entfalten begann. Die Alliierten glaubten, daß sich dieses Problem ohne Krieg lösen lasse und die Deutschen in ihren Eroberungszügen aufgehalten werden könnten. Wir glaubten nicht daran und heute sehen wir, daß das Recht auf der Seite der polnischen Staatsraison war." Dieses Interview erschien in Nowy Świat, New York und in Wiadomości Codzienne, Cleveland, am 9. März 1940[7].

Im zweiten Weltkrieg erschien eine ganze Plejade weiterer Veröffentlichungen. Es läßt sich kaum feststellen, in welchem Maße sie sich auf die bereits vorliegenden Angaben gründeten. Die Autoren entstammten meist der deutschen, französischen und polnischen Emigration. Konrad Heiden[8], Alexander Werth[9] und Robert Edward Dell[10] gaben Hinweise auf Präventivkriegsabsichten Pilsudkis, von denen sie aber offenbar erst aus gedruckten Quellen wußten[11]. Ausführlicher berichteten die Veröffentlichungen André Gérauds (Pertinax)[12] und Otto Katz' (André Simone)[13]. Simone gibt an, Marschall Pilsudski habe im März 1933 die französische Regierung von den deutschen Rüstungsabsichten unterrichtet und im Anschluß daran einen Präventivkrieg vorgeschlagen. Im April habe er dieses Angebot er-

[5] Bernadotte E. Schmitt, From Versailles to Munich: 1918—1938, Univ. of Chicago Press (Dec. 1938), S. 9.

[6] G. Ward Price, Year of Reckoning, London (Juli 1939), S. 66f. (Zitiert nach: Boris Čelovský, Pilsudskis Präventivkrieg gegen das nationalsozialistische Deutschland (Entstehung, Verbreitung und Widerlegung einer Legende) in: Die Welt als Geschichte, Jahrgang 1954, Heft 1, S. 53—70.)

[7] Pobóg-Malinowski, a. a. O.

[8] K. Heiden, One Man Against Europe, London (1939), S. 51, S. 58—60, S. 66—68.

[9] A. Werth, The Last Days of Paris: A journalist diary, London (1940), S. 218—219.

[10] R. E. Dell, The Geneva Racket: 1920—1939, London (1941), S. 200—204.

[11] Čelovský (a. a. O. S. 62, Anm. 56) zeigt, daß die früheren Veröffentlichungen Heidens, Werths und Dells diese Hinweise nicht enthielten.

[12] Pertinax, Les Fossoyeurs, New York 1943, Bd. II, S. 83. Auf Pertinax gründet sich M. Beloff, The Foreign Policy of Soviet Russia, London, New York, Toronto (1947), Bd. I, S. 92, Anm. 1.

[13] A. Simone, J'accuse. The Men Who Betrayed France, London 1941, S. 40f.

Jahrgang 3 (1955), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

neut gemacht und durch seinen Botschafter in Paris, Chłapowski, eine Denkschrift über den Grad der deutschen Aufrüstung überreichen lassen, die ohne Antwort blieb. Géraud vermutet, Pilsudski habe das Angebot im April deshalb gemacht, weil er annahm, daß Frankreich nicht zustimmen würde. So habe der Marschall ein Alibi für seine Deutschlandpolitik gefunden. Für Pertinax wie für Simone gilt, daß sie – gemäß ihrer linksradikalen Einstellung – bestrebt waren, die bürgerliche französische Regierung des Versagens gegenüber Hitler anzuklagen. Immerhin besagt das noch nicht, daß ihre Angaben, mögen sie auch phantasievoll aufgebauscht sein, freie Erfindungen darstellen. Daß in den Präventivkriegsgerüchten ein gewisser Wahrheitskern stecken mochte, legen zwei andere Veröffentlichungen dieser Zeit nahe. Harald Laeuen, der als deutscher Publizist bis 1939 jahrelang in Warschau geweilt hatte und stets ungewöhnlich gut informiert war, schrieb in seiner 1940 erschienenen Arbeit über das Polen Pilsudskis[14]: „Man überlegte sich ernstlich die Frage, ob es Zeit sei, gegen Deutschland zu handeln. Die diplomatischen Akten über diese Vorgänge sind noch nicht geöffnet, doch spricht die Vermutung dafür, daß Polen den Gedanken eines Präventivkrieges unter dem Eindruck der inneren Umwälzung in Deutschland verfolgte und entsprechende Vorschläge in Paris machte[15]." Laeuen stellte fest, die Westerplattenaffäre „sollte vermutlich der Anfang eines großen Aktionsplanes sein . . . Die Westerplatte war ein Versuch, Frankreich durch Handeln zum Mitgehen zu bewegen"[16]. Laeuens polnischer Kollege Stanislaw Mackiewicz (Cat), der einstige Chefredakteur des „Slowo" in Wilna, der bis zum März 1939 stets für eine deutschfreundliche Politik eingetreten war, bezeichnete 1942 die Westerplattenaffäre in etwas anderer Version als einen Versuch Pilsudskis, das Reich zu provozieren[17].

Die Geschichtsschreibung der Nachkriegszeit bemächtigte sich des Präventivkriegsthemas. Als erster Autor handelte Zygmunt Wierzbowski in seinem 1946 erschienen Aufsatz „La Pologne recouvre son indépendance (1914–1939)"[18] darüber. Es läßt sich allerdings kaum feststellen, woher er seine Angaben bezog. Wierzbowski schrieb, daß sich Marschall Pilduski gleichzeitig an England und Frankreich mit dem Vorschlag gewandt habe, gemeinsam eine energische Aktion gegen das Reich zu unternehmen. Diese Initiative sei als Vorschlag zu einem Präventivkrieg ausgelegt worden. „Il ne s'agissait en réalité", so betonte Wierzbowski, „nullement de guerre préventive, mais tout simplement d'obliger le Reich – au besoin par une pression militaire de l'Angleterre, de la France, de la Pologne et de la Petite-Entente – à se conformer au stipulations du Traité de Versailles, soit d'admettre le contrôle militaire international et de détruire le matériel de guerre illegal"[19].

---

[14] H. Laeuen, Polnisches Zwischenspiel. Eine Episode der Ostpolitik, Berlin 1940.

[15] Ebenda, S. 113–114.

[16] Ebenda, S. 117.

[17] St. Mackiewicz, Polityka Józefa Becka (Die Politik Becks), London 1942, S. 10. (Englische Ausgabe: Colonel Beck and his policy, London 1944, S. 15).

[18] In der Enzyklopädie: Pologne 1919–1939, Neuchâtel (1946), Bd. I, S. 96–149.

[19] Ebenda, S. 137.

Jahrgang 3 (1955), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Auf die Darstellungen Simones, Pertinax' und Wierzbowskis stützte sich eine Gruppe englischer Historiker. John Wheeler-Bennett schöpfte offensichtlich aus Simone, ohne seine Quelle zu nennen. Daneben gab er, wie Wierzbowski, an, Pilsudski habe seinen Vorschlag auch an England gerichtet[20]. Hugh Seton-Watson[21] und Robert Boothby[22] vertraten eine ähnliche Version.

Die 1947 erschienene sowjetamtliche „Geschichte der Diplomatie"[23] brachte eine Darstellung, die sich offenbar auf Simone und Pertinax gründete und ebenfalls die Alibithese vertrat[24]. Frau Pankratowa, die Autorin des dritten Bandes, gibt an, Pilsudski habe im März 1933 die französische Regierung informiert, „daß Deutschland in Verletzung des Versailler Vertrages verstärkt aufrüste"; der Marschall habe dann vorgeschlagen, „Maßnahmen gegen diese Gefahr zu ergreifen, denn diplomatische Vorstellungen in Berlin allein seien ungenügend, um etwas auszurichten"[25].

Ebenfalls im Jahre 1947 erschien das offiziöse, von Zygmunt Wojciechowski im Auftrag des polnischen Westinstituts in Posen herausgegebene Werk „Poland's Place in Europe", in dem J. Feldman das Präventivkriegsthema behandelte[26]. Nach ihm sah der Plan, den Pilsudski im April 1933 den Regierungen Großbritanniens und Frankreichs vorlegte, einen „Appell an den Völkerbund vor, der eine Kommission zur Untersuchung der Rüstungen nach Deutschland senden sollte. Würde die Reichsregierung es ablehnen, diese Kommission zuzulassen, so sollte die französische Armee das Rheinland besetzen, die polnische Ostpreußen und Schlesien." Als dieser Plan von den Westmächten abgelehnt worden sei, habe Pilsudski versucht, „einen Konflikt mit dem Reich zu provozieren". Erst das Gespräch zwischen Hitler und Wysocki am 2. Mai habe die Spannung beendet. Feldman gibt also genau dieselbe Version wie Wierzbowski, wobei es offen bleiben muß, ob er sie von ihm übernahm, oder ob er aus denselben unbekannten Quellen wie dieser schöpfte.

Ein Jahr später veröffentlichte Sir Lewis Namier sein Hauptwerk zur diplomatischen Vorgeschichte des Krieges[27] und gab darin an vier Stellen[28] Hinweise auf Präventivkriegsabsichten Pilsudskis. Die wichtigsten seien hier angeführt. „Shortly after Hitler's rise to power", schrieb Namier, „Pilsudski suggested to France common military action against Germany: France would not take it, and in March-June 1933,

---

[20] J. Wheeler-Bennett, Munich: Prologue to Tragedy, London 1948, S. 283f.

[21] H. Seton-Watson, Osteuropa zwischen den Kriegen 1918 bis 1941, Paderborn 1948, S. 493.

[22] R. Boothby, Europa vor der Entscheidung. Düsseldorf 1951, S. 146.

[23] Geschichte der Diplomatie, herausgegeben von W. P. Potjomkin, Moskau 1947, Bd. III.

[24] Eine Quelle wird nicht zitiert; Simone und Pertinax, Bd. II erscheinen aber im Literaturverzeichnis.

[25] Geschichte der Diplomatie, III, S. 545. Vgl. auch S. 546—47.

[26] J. Feldman, Poland and Germany. The last ten years; in: Poland's Place in Europe, hrsg. von Z. Wojciechowski, Posen 1947, S. 385—86. (Benutzt wurde die von dem Deutschen Büro für Friedensfragen, Stuttgart, besorgte und mit der Originalpaginierung versehene maschinenschriftliche deutsche Übersetzung.)

[27] L. Namier, Diplomatic Prelude 1938—1939, London 1948.

[28] Ebenda, S. 10; S. 15; S. 97, Anm. 3; S. 439.

Jahrgang 3 (1955), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

negotiations followed for a Four-Power-Pact[29]." An anderer Stelle heißt es: „But on three occasions, in March and November 1933, and again in March 1936 (over the remilitarisation of the Rhineland), they suggested to France armed action against Germany. While Pilsudki's initiative in 1933, though authentic, cannot be easily documented, Beck's move in 1936 was made in a regular declaration to Noël[30]..." Daß Namier von Lipski, mit dem er während des Krieges in England Kontakt hatte, informiert wurde, ist sicher[31]; ob er darüber hinaus auch von anderen polnischen Refugiés, etwa aus militärischen Kreisen, Nachrichten bezog[32], läßt sich nicht feststellen. Auf Namier fußte die Darstellung Holldacks[33] und wahrscheinlich auch die Dirksens[34].

Seit dem Jahre 1951 erschienen weitere Beiträge, wiederum aus polnischer Quelle. In dem von der historischen Kommission des polnischen Generalstabes in London im Jahre 1951 herausgegebenen ersten Band des polnischen Generalstabswerkes über die polnischen Streitkräfte im zweiten Weltkrieg[35], der auf der damals bekannten Memoirenliteratur, auf Akten, Aufsätzen und Berichten polnischer Generale und Diplomaten beruht, wird festgestellt, daß Marschall Pilsudski im März 1933 einen Präventivkrieg vorgeschlagen habe, um Deutschland zur Einhaltung des Versailler Vertrages zu zwingen. Von westlicher Seite seien ihm aber nur Widerstände, Warnungen und Appelle zum Frieden zuteil geworden[36]. Kurz darauf er-

---

[29] Ebenda, S. 10.

[30] Ebenda, S. 97, Anm. 3. Das oben erwähnte Angebot, das Beck am 7. März 1936 an Frankreich richtete, war ganz offensichtlich nicht ernst gemeint und besaß nur taktische Bedeutung. Vgl. G. Rhode, Aufzeichnungen zur polnischen Außenpolitik, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 2. Jg., Heft 1, S. 90–93.

[31] J. L. Namier, Europe in Decay, London 1950, S. 282, Anm. 1.

Lipski hat 1947 selbst darüber berichtet: „Étant en possession de l'offre allemande (gemeint ist das deutsche Angebot eines Nichtangriffspakts vom 28. November), le Maréchal fit encore une fois des ouvertures à la France, suspendit les pourparlers avec Berlin, et partit pour Wilno. Cette fois encore Paris ne manifesta aucune volonté d'action." (J. Lipski in: Sprawy Międzynarodowe, Nr. 2–3, 1947, S. 15; zitiert bei Beck, a. a. O., S. 32, Anm. 1); vgl. auch J. Lipski, Przyczynki do polskoniemieckiej declaracji o nieagresji (Beitr. zur polnisch-deutschen Nichtangriffserklärung) in: Bellona, London, Jan.–Juni 1951, S. 33.

[32] Die Angaben Namiers in Diplomatic Prelude, S. 15 könnten so gedeutet werden. Namiers Informator war u. a. der polnische General und Militärhistoriker Marian Kukiel.

[33] H. Holldack, Was wirklich geschah. Die diplomatischen Hintergründe der deutschen Kriegspolitik, München (1949), S. 18f. Auch Paul Kluke benutzt in seinem Aufsatz „Deutschland und Rußland zwischen den beiden Weltkriegen" (Historische Zeitschrift Bd. 171 (1951 S. 535) die Angaben Namiers und anderer.

[34] H. v. Dirksen, Moskau, Tokio, London. Erinnerungen und Betrachtungen zu 20 Jahren deutscher Außenpolitik 1919–1939, Stuttgart (1949), S. 40 und S. 247.

[35] Polskie Siły Zbrojne w drugiej wojnie światowej. T. I Kampania wrześniowa 1939. Cz. 1. Polityczne i wojskowe położenie Polski przed wojną (Die polnischen Streitkräfte im zweiten Weltkrieg. Bd. I: Der Septemberfeldzug 1939. Teil 1: Die politische und militärische Lage Polens vor dem Kriege) London 1951. Vgl. auch die Besprechung von Rudolf Neumann in der „Zeitschrift für Ostforschung", 1. Jg., 1952, Heft 1, S. 129–133.

[36] Ebenda, S. 29.

Jahrgang 3 (1955), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schienen im selben Verlag, der 1946 den Aufsatz Wierzbowskis veröffentlicht hatte[37], die Erinnerungen des ehemaligen polnischen Außenministers Beck[38]. In jenem Teil seiner Memoiren, die Beck nach dem Zeugnis seines Kabinettchefs Graf Michael Łubieński im Winter 1939/40 diktiert hatte[39], schrieb Beck über das Präventivkriegsthema[40]: „Comme le Maréchal me le dit, il avait examiné attentivement le pour et le contre et toutes les chances d'une guerre préventive, avant de prendre la décision de négocier avec l'Allemagne. Il y avait évidemment, à cet égard, beaucoup d'éléments à considérer. Dans le domaine militaire, le Maréchal estimait que le point le plus faible de notre armée était le commandement supérieur. La faiblesse de nos alliés éventuels à cette époque nous fit abandonner l'idée d'une guerre préventive, et ce qui se produisit plus tard, lors de l'occupation de la zone démilitarisée de Rhin par les troupes allemandes, vint amplement confirmer l'appréciation de la situation sur laquelle nous nous étions basés." Dieses Zeugnis Becks fällt also der Abfassungszeit nach mit dem oben erwähnten Interview[41] etwa zusammen. Fast gleichzeitig mit der Veröffentlichung der Erinnerungen Becks, im März 1952, publizierte der bereits genannte Chef der Archivabteilung im polnischen Außenamt, Pobóg-Malinowski, einen Aufsatz[42], in dem er erschöpfend über die Präventivkriegsabsichten Pilsudskis im Jahre 1933 berichtete. Neue Gesichtspunkte erbrachte Pobóg-Malinowski allerdings nicht.

In der Nachkriegszeit erschienen auch einige deutsche Beiträge zu diesem Thema. 1947 verwies Brüning darauf, daß „Marschall Pilsudski sich unmittelbar nach Hitlers Machtübernahme an die französische Regierung mit dem Vorschlag einer gemeinsamen militärischen Aktion wandte"[43]. Wenn auch nicht verkannt werden soll, daß Brüning mit dieser Feststellung die Zustimmung des Zentrums zum Ermächtigungsgesetz am 24. März 1933 zu rechtfertigen suchte[44], so bleibt doch die Möglichkeit offen, daß er sein Wissen alten Beziehungen zu deutschen Regierungskreisen verdankte[45]. Der 1933 amtierende Chef der Präsidialkanzlei, Staatssekretär Otto Meißner, bekundete im Jahre 1950, daß Hitler im Frühjahr 1933 „aus Berichten der deutschen Gesandtschaft in Warschau" erfuhr, „daß die polnische Regierung in ihrer Befürchtung eines raschen Wiedererstarkens des Reiches Frankreich den Vorschlag eines Präventivkrieges gegen Deutschland gemacht hatte . . ."[46]

---

[37] Siehe oben Anm. 18.

[38] J. Beck, Dernier rapport. Politique Polonaise 1926—1939. Neuchâtel, o. J.

[39] Vgl. das Vorwort, das Łubieński den Erinnerungen Becks voranstellte (Beck, a. a. O. S. IX).

[40] Beck, a. a. O. S. 66.

[41] Siehe oben Anm. 7.

[42] Wl. Pobóg-Malinowski, Niedoszła wojna z Niemcami (Der nicht zustande gekommene Krieg mit Deutschland) in: Orzeł Biały (Weißer Adler), London, 15. 3. 1952, Nr. 11/506.

[43] H. Brüning, Ein Brief an R. Pechel, in: Deutsche Rundschau, 70. Jg., Juli 1947, S. 1—22.

[44] Ebenda, Nach Čelovský (a. a. O. S. 58—59) haben indessen Präventivkriegsdrohungen von seiten Pilsudskis bei der Reichstagsabstimmung vom 24. März keine Rolle gespielt.

[45] Bekanntlich hat Brüning das Amt des Reichskanzlers bereits im Mai 1932 abgegeben.

[46] O. Meißner, Staatssekretär unter Ebert-Hindenburg-Hitler (Hamburg 1950), S. 335.

Jahrgang 3 (1955), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Fritz Hesse, der als Journalist und DNB-Vertreter schon 1933 gewisse Beziehungen zum Auswärtigen Amt hatte, berichtete 1954 ausführlich darüber[47]: „Bereits im Februar 1933 setzten, von Warschau ausgehend, und zwar auf besondere Veranlassung des polnischen Kriegsministers Feldmarschall Pilsudski Bemühungen ein, Paris und London zu einem sofortigen Losschlagen gegen Deutschland zu bewegen. Das Auftreten der bewaffneten SA wurde von Polen als eine offene Aufrüstung und damit als Bruch des Versailler Friedensvertrages bezeichnet. Das gäbe den Großmächten das Recht, auf Grund des Versailler Vertrages gegen Deutschland einzuschreiten. Die ersten Berichte, die hierüber in Berlin eintrafen und die mir der Staatssekretär im Auswärtigen Amt von Bülow zeigte, klangen so unwahrscheinlich, daß Bülow zunächst einmal geneigt war, diese Berichte als bestellte Mache von nationalsozialistischer Seite abzutun. Aber im März hatte er bereits seine Ansicht von Grund auf geändert. Die Ansichten der deutschen Spionage, die bekanntlich in Polen besonders gut funktionierte (wie auch umgekehrt die polnische Spionage in Deutschland besondere Erfolge zu verzeichnen hatte!)[47a] waren einwandfrei; sie bewiesen, daß Polen sich auf einen Einfall in Ostpreußen vorbereitete. Die gewaltsame Besetzung der Westerplatte bei Danzig bewies, daß die Polen auf eine offene Provokation aus waren. In Berlin wurden daher die ersten Mobilmachungsmaßnahmen im Osten angeordnet, die auch noch längere Zeit nach dem Abklingen der Krise bestehen blieben."

Endlich seien noch zwei französische Zeugnisse der Nachkriegszeit angeführt, die sich ebenfalls mit dem Problem des Präventivkrieges beschäftigen. Der Bericht, den François-Poncet gibt, scheint allerdings auf ungenauer und gerüchtweiser Kenntnis zu beruhen[48] und beschränkt sich darauf, an den Westerplattenzwischenfall Vermutungen über Präventivkriegsabsichten Pilsudskis zu knüpfen[49]. Viel wichtiger ist das Zeugnis seines Kollegen Laroche, der 1926–1935 französischer Botschafter in Warschau war, denn es wird durch Laroches eigene, häufig zitierte Berichte dokumentiert[50].

Laroche erwähnt im Zusammenhang mit dem Westerplattenzwischenfall nichts von eventuellen Präventivkriegsabsichten[51], behandelt aber im Anschluß an die

---

[47] F. Hesse, Das Spiel um Deutschland, München 1953, S. 22.

[47a] Es erscheint möglich, daß die polnische Regierung von dem Geheimbefehl Hitlers an die ostpreußische SA vom April 1932 Kenntnis hatte, „wonach im Falle eines polnischen Einmarsches die SA sich der ihr erreichbaren Waffendepots zu bemächtigen, aber durchaus nicht gegen Polen, sondern gegen Königsberg zu marschieren hätte, unter Verweigerung jeder Waffenhilfe, die nicht unter dem höchsten Oberbefehl Hitlers angeordnet werde". (E. von Aretin, Krone und Ketten, Erinnerungen eines bayerischen Edelmanns, München 1954, S. 78.)

[48] Čelovský (a. a. O. S. 65) hat dies ziemlich eindeutig erwiesen.

[49] A. François-Poncet, Souvenirs d'une ambassade à Berlin Septembre 1931 — Octobre 1938, Paris (1946), S. 165. (Deutsche Ausgabe: Als Botschafter in Berlin 1931–1938, Mainz (1947), S. 169). Auf François-Poncet stützt sich E. Kordt, Wahn und Wirklichkeit, Stuttgart (1948), S. 64.

[50] J. Laroche, La Pologne de Pilsudski. Souvenirs d'une ambassade 1926–1935, Paris (1953).

[51] Ebenda, S. 120.

Jahrgang 3 (1955), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Viererpaktverhandlungen Ende März und Anfang April die Möglichkeit, daß die polnische Regierung derartige Gedanken erwog. Er gibt die Worte, die Beck am 6. April 1933 an ihn richtete, folgendermaßen wieder[52]: „‚Si un Etat, seul ou avec d'autres, dit-il avec véhémence, veut s'emparer d'un seul mètre carré de notre territoire, la parole sera au canon! On le sait à Berlin et on se le tient pour dit . . .' Il conclut par ces mots qui annonçaient ce qui allait suivre: ‚Il est préférable de s'expliquer maintenant qu'après 2 ou 3 ans de consolidation du régime hitlerien.'" Diese drohende Sprache Becks erweckte in Laroche den Verdacht, Pilsudski wolle gegen das Reich Gewalt anwenden[53]. Obwohl es Laroche für unwahrscheinlich hielt, „daß der Marschall an ein derart gewagtes Unternehmen dachte"[54], ließ er unter den politischen Parteien Erkundigungen einziehen. Ein sozialistischer Parteiführer erklärte ihm: „Si la Pologne est l'objet d'une attaque ou d'une contrainte matérielle, le peuple polonais tout entier se lèvera pour défendre ses frontières, mais cela, bien entendu, uniquement en cas de guerre défensive.[55]" Es verdient immerhin Beachtung, daß man in sozialistischen Kreisen einen Offensivkrieg Pilsudskis für möglich hielt. Laroche betont sodann, daß die Deutschenverfolgungen und antideutschen Kundgebungen, die im April das öffentliche Leben Polens kennzeichneten, „donnaient lieu en Allemagne au soupçon que le gouvernement de Varsovie préparait une guerre préventive"[56]. Laroche ließ daher – er scheint von den friedlichen Absichten Pilsudskis nicht völlig überzeugt gewesen zu sein – durch seinen Militärattaché General d'Arbonneau Ende April Erkundigungen über die militärischen Vorbereitungen Polens einziehen. D'Arbonneau meldete ihm aber Anfang Mai: „qu'il n'y avait pas eu de préparatifs militaires sérieux du côté polonais, ni au moment de la controverse née du pacte à quatre, ni depuis la tension polono-allemande"[57]. Als das Gespräch zwischen Hitler und Wysocki am 2. Mai die deutsch-polnische Spannung behandelte, kommentierte Beck es folgendermaßen:[58] „Il m'est indifférent que le gouvernement allemande donne à cet entretien telle ou telle interprétation; seul importe le résultat, qui est de couper court à des bruits tendancieux, et préjudiciables à la Pologne comme à la paix . . . Ceux qui accusent le gouvernement polonais de vouloir la guerre préventive, dont l'idée ne l'a jamais effleuré, pourront tout aussi bien l'accuser de se jeter dans les bras de l'Allemagne." Aus den Berichten Laroches geht also hervor, daß man im April 1933 innerhalb und außerhalb Polens Präventivkriegsabsichten Pilsudskis für möglich hielt.

Die Darstellung Laroches schließt die Reihe der Berichte über den „Präventiv-

---

[52] Ebenda, S. 123 (Telegramm vom 6. 4. 1933).

[53] Laroche schreibt S. 124: „Fallait-il aller plus loin et croire que Pilsudski serait tenté d'agir par la force?"

[54] Ebenda, S. 124.

[55] Ebenda, S. 124 (Telegramm vom 4. 4. 1933).

[56] Ebenda, S. 127.

[57] Ebenda (Bericht vom 8. 5. 1933).

[58] Ebenda, S. 128.

Jahrgang 3 (1955), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

krieg" vorläufig ab[59]. Die Angaben, die sich im Laufe von 20 Jahren angesammelt haben, lassen sich schon bei oberflächlicher Sichtung nach ihrem Werte scheiden. Daß Simone, Pertinax und ihre Abschreiber nur einen geringen Zuverlässigkeitsgrad beanspruchen können, bedarf keiner Erörterung. Dagegen dürften die immer wieder auftauchenden Angaben aus polnischer Quelle, vor allem die Rauschnings, Becks, Lipskis und Namiers ernst zu nehmen sein, wenn man sie nicht in Bausch und Bogen als polnische Propagandathese abtun will. Sie werden zudem durch die Berichte Brünings, Meißners, Hesses und Laroches in gewisser Weise ergänzt. Immerhin bleibt die Grundfrage bestehen, ob es sich um eine echte Überlieferung oder um eine nachträgliche Rechtfertigung im Sinne des Alibi oder der Anklage gegen die „appeasers" handelt. Daher dürfte auch das Interesse rühren, das die Forschung in den letzten Jahren dem Präventivkriegsthema widmete.

2. Zur Kontroverse

Das Interesse an der hier behandelten Frage wurde, wenn man von Namier und Wheeler-Bennett absieht, erst seit dem Jahre 1950 lebhafter. Hans Adolf Spanaus übernahm in seiner Dissertation[60] die These vom Präventivkrieg, ohne sie eingehend zu belegen. Zwei Jahre später kam Richard Breyer nach sehr gründlicher Prüfung aller damals vorhandenen Quellen zu der Ansicht, daß Marschall Pilsudski im März und im Dezember 1933 der französischen Regierung ein derartiges Angebot gemacht habe[61].

Im Jahre 1953 versuchte der amerikanische Historiker Henry L. Roberts als erster, die Präventivkriegsthese zu widerlegen[62]. Seine Arbeit genügt indessen den Anforderungen, die das Thema stellt, keineswegs. Roberts zog zur Untersuchung der Präventivkriegsfrage lediglich die Zeugnisse von Simone, Beck, Wheeler-Bennett, Pertinax, Namier, Lipski und Mackiewicz heran, obwohl beim Zeitpunkt der Abfassung die Berichte Rauschnings, Wierzbowskis, Feldmans und vieler anderer Autoren vorlagen. Roberts argumentiert folgendermaßen: Gegen die Prä-

---

[59] Der obige Abschnitt behandelt keineswegs alle, sondern nur die wichtigeren Quellenstellen. Zu nennen wären u. a. noch: D. Reed, Disgrace Aboudning, London 1939, S. 320; H. Fraenkel, Help Us Germans to Beat the Nazis, London 1941, S. 49—52; L. Fischer, Men and Politics, London 1941, S. 271—272; G. Tabouis, They Called Me Cassandra, New York 1942, S. 166—167; W. Goerlitz, Der deutsche Generalstab, Frankfurt 1950, S. 404. Eine übersichtliche Zusammenstellung der meisten Quellenstücke siehe in: Silva rerum. Eppur si volle movere (Wiadomości, London, Nr. 395, 25. 10. 1953).

[60] H. A. Spanaus, Die deutsch-polnischen Beziehungen von 1933 bis zum Ausbruch des zweiten Weltkrieges, Phil. Diss. Erlangen 1950, Bl. 29.

[61] R. Breyer, Die deutsch-polnischen Beziehungen und die deutsche Volksgruppe in Polen 1932—1937, Phil. Diss. Göttingen 1952, Abschnitt: „Die Präventivkriegsgefahr während des Zwischenfalles auf der Westerplatte im März 1933" (Bl. 75—80 und Bl. 105—106).

[62] H. L. Roberts, The Diplomacy of Colonel Beck in: The Diplomats 1919—1939, hrsg. von Craig und Gilbert, Princeton 1953, S. 579—614. Vgl. vor allem: Note on Polish proposals for preventive action against Germany (S. 612—614).

Jahrgang 3 (1955), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ventivkriegsthese spricht, daß sie in den polnischen Akten, die im September 1939 in Warschau erbeutet wurden[63], dann in den Memoiren Noëls[64], in den Untersuchungsberichten des französischen Parlamentsausschusses[65] und in Becks Memoiren nicht erwähnt werden. Roberts schließt weiter, daß Marschall Pilsudski, falls die Interpretation stimme, die Beck von den Ansichten Pilsudskis gibt, in dem Hitlerregime 1933 kaum „eine ernste Drohung" habe sehen können. Die Ergebnisse der Konferenzen vom 21. 10. 1933[66] und vom 12. 4. 1934 (in der letzteren wurde festgestellt, daß das Reich für Polen weniger gefährlich sei als die UdSSR) sollen diese These stützen. Roberts schließt seine Beweisführung mit dem Satz: „If such was the case it would be both unnecessary and dangerous to move against Germany."

Die Argumente, die Roberts verwendet, sind keineswegs zwingend. Daß in den von ihm angegebenen Quellen keine Nachrichten über Pilsudskis Präventivkriegsangebote erscheinen, dürfte wesentlich daran liegen, daß Pilsudski – nach allen erhaltenen Angaben – lediglich vertrauliche Fühlungnahmen, hauptsächlich über militärische Kanäle, vornehmen ließ. Es ist kaum anzunehmen, daß über einen derart heiklen Gegenstand Akten angelegt wurden. Im einzelnen ist festzustellen: In den im September 1939 von deutschen Dienststellen erbeuteten polnischen Akten finden sich vermutlich deshalb keine Hinweise, weil die polnischen Behörden derart kompromittierende Dokumente – falls sie überhaupt existierten – sicherlich zuerst vernichteten. Noël war im Jahre 1933 französischer Gesandter in Prag und könnte allenfalls auf Umwegen oder nachträglich von Präventivkriegsplänen erfahren haben. Falls Noël dennoch um derartige Pläne wußte, wäre ein Hinweis darauf inopportun gewesen, denn er hätte der Tendenz seines Buches, Beck der Deutschfreundlichkeit anzuklagen, widersprochen. Von den Ergebnissen der französischen Untersuchungskommission wird später noch die Rede sein. Was endlich Beck anbetrifft, so macht Roberts hier eine unrichtige Aussage, denn Beck hat die Präventivkriegspläne Pilsudskis in seinen Erinnerungen erwähnt[67].

Roberts eigentliche Beweisführung ist noch weniger schlüssig. Er stützt sich im wesentlichen darauf, daß Pilsudski, falls die Becksche Darstellung richtig sei, im Dritten Reich keine ernsthafte Bedrohung Polens sehen konnte. Nun ist es evident und beinahe eine Binsenwahrheit, die des Hinweises auf Beck und die Konferenz vom 21. 10. 1933 nicht bedurft hätte, daß Polen dem Reich damals militärisch weit

[63] Auswärtiges Amt 1940, Nr. 3, Polnische Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges. Erste Folge. Berlin 1940.

[64] L. Noël, Une ambassade à Varsovie, 1935–1939. L'agression allemande contre la Pologne. Paris 1946. (Deutsche Ausgabe unter dem Titel: Der deutsche Angriff auf Polen, Berlin 1948.)

[65] Siehe unten, Anm. 70 und 79 und den zugehörigen Text.

[66] Roberts verwendet das in seiner Quelle (J. Szembek, Journal 1933–1939, Paris [1952], S. 1) gegebene falsche Datum 1. 10. 1933, obwohl aus dem Inhalt der Notiz Szembeks hervorgeht, daß sich die Konferenz auf den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund bezog, also frühestens Mitte Oktober stattgefunden haben kann.

[67] Beck, a. a. O. S. 66. — Roberts zitiert — in anderem Zusammenhang — diese Seite sogar selbst.

Jahrgang 3 (1955), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

überlegen war. Indessen handelte es sich im militärischen Bereich nicht um eine aktuelle, sondern um eine potentielle Gefahr für Polen, nämlich um die Aussicht auf Aufrüstung, welche die Abrüstungskonferenz Hitler bot. Dazu trat die politische Bedrohung durch den Viererpakt, der Hitler die Möglichkeit der Revision der deutsch-polnischen Grenze eröffnete, und die Gefahren, die Hitlers maßloses Temperament in sich barg[68]. Besonders unzulässig erscheint daher der Schluß, mit dem Roberts die Ergebnisse der Konferenz vom 12. 4. 1934, die doch nach dem Abschluß des Nichtangriffspaktes mit Deutschland stattfand, auf die Zeit vor diesem Pakt anzuwenden versucht. Allein schon diese Unsicherheit über den chronologischen Zusammenhang entwertet die Beweisführung Roberts'.

Sehr viel tiefer greift dagegen, insbesondere auch in der Quellenerfassung, der Aufsatz von Boris Čelovský über „Pildsuskis Präventivkrieg gegen das nationalsozialistische Deutschland"[69]. Der Autor gibt seiner Arbeit den Untertitel „Entstehung, Verbreitung und Widerlegung einer Legende" und antizipiert damit seine Ergebnisse. Čelovský kommt zu dem Schluß, daß Polen vor dem Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund Frankreich „kein formelles Angebot einer präventiven Aktion gegen das nationalsozialistische Deutschland gemacht" habe; die „allgemein vertretene Behauptung eines polnischen Angebots vom März oder April" sei „auf die nervöse Stimmung im Ausland und in Deutschland angesichts der nazistischen Innen- und Außenpolitik zurückzuführen". In dem Zeitabschnitt vom 21. Oktober bis 15. November kam es nach Čelovský „zu einer polnischen Initiative bei der französischen Armee, die sich jedoch im Rahmen der Besprechungen zweier alliierter Generalstäbe bewegte". Čelovský schließt mit der Feststellung: „Ein formelles polnisches Angebot eines Präventivkriegs gegen Deutschland wurde Frankreich im Jahre 1933 nicht gemacht."

Čelovský führt im einzelnen aus, daß das Jahr 1933 „durch Kriegsstimmung gekennzeichnet" sei. Die Presse und die Publizistik Frankreichs, Polens, der ČSR und in geringerem Maße auch Englands hätten über die Möglichkeit eines Präventivkrieges gegen Deutschland geschrieben, was im Reich zu ernsthaften Befürchtungen geführt habe. Diese Gerüchte seien zu einem der Ansatzpunkte für eine spätere Legendenbildung geworden, die von einem konkreten Angebot Pilsudskis an Frankreich wissen wollte.

Anschließend gibt Čelovský eine Übersicht über die meisten der Angaben, die 1937–1954 über dieses Angebot erschienen, und versucht sie zu widerlegen. Die wesentlichsten Argumente sind folgende:

1. Im Jahre 1933 lassen sich aus französischen Äußerungen, vor allem im Parlament, keinerlei Anhaltspunkte dafür gewinnen, daß Pilsudski ein Präventivkriegsangebot gemacht hat.

[68] Pilsudski schätzte damals, wie sein Gespräch mit Rauschning am 11. Dezember 1933 erweist, die „Überspannung der Diktaturmaßnahmen" Hitlers und die „unnatürliche und ungesunde Übersteigerung" seines Regimes durchaus richtig ein (H. Rauschning, Die Revolution des Nihilismus, S. 408).

[69] Siehe Anm. 5.

Jahrgang 3 (1955), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

2. Die französische Memoirenliteratur und die Untersuchungsergebnisse der französischen Parlamentskommission[70] schweigen mit Ausnahme François-Poncets, dessen Zeugnis offenbar ex post abgegeben wurde, ebenfalls über dieses Thema.
3. Die deutschen Zeugnisse – angeführt werden Brüning und Meißner – sind unbelegt, erst nach dem Kriege abgegeben und dienen teilweise Rechtfertigungszwecken.
4. Die Angaben aus polnischer Quelle – vor allem die Rauschnings, Lipskis und Becks – lassen sich auf die Zeit nach dem Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund anwenden oder dienen zur Rechtfertigung des deutsch-polnischen Abkommens vom 26. Januar 1934.

Indessen läßt sich auch gegen die Argumentation Čelovskýs, so bestechend sie zu sein scheint, mancherlei einwenden. Einmal ist grundsätzlich, auch von Čelovský, anerkannt worden, daß Marschall Pilsudski den Gedanken eines Präventivkriegs intensiv erwog[71]. Schließlich war Polen allein dem Reich militärisch weit überlegen. Aber es sprach vieles gegen ein isoliertes Vorgehen[72]. Offenbar war auch der polnische Generalstab nicht in der Lage, ein selbständiges Vorgehen Polens gegen Deutschland zu planen[73]. Hier liegt also ein Motiv, das Pilsudski trotz seines Mißtrauens gegen Frankreich zum Kontakt mit ihm nötigte.

Ein weiterer Punkt war die moralische, juristische und diplomatische Fundierung eines Präventivschrittes. Falls Pilsudski gegen Deutschland vorzugehen wünschte, konnte dies nur unter der Voraussetzung geschehen, daß Hitler Verstöße gegen den Versailler Vertrag, vor allem gegen die Rüstungsbestimmungen, nachgewiesen wurden. Pilsudski ließ alle Einzelheiten darüber sorgfältig erkunden[74]. Die militärische Planung Polens war, seitdem Marschall Foch während der Ruhrkrise im Mai 1923 in Warschau geweilt hatte, auf „Angriffshandlungen mit Präventivcharakter", die als „Strafinterventionen" gegen Ostpreußen, Danzig, Oberschlesien und Hinterpommern deklariert wurden, ausgerichtet[75]. Derartige Schritte konnten nur im Einvernehmen mit Frankreich unternommen werden, gewissermaßen als Neuauflage der Ruhrbesetzung unter polnischer Beteiligung. Man wird also den Ausdruck „Präventivkrieg" als eine militärische Okkupation deutscher Ostprovinzen mit dem Ziel, Hitler zur Einhaltung des Versailler Vertrags zu zwingen, zu verstehen haben.

Es dürfte also feststehen, daß Pilsudski im Jahre 1933 eine Präventivaktion gegen

---

[70] Les Événements survenus en France de 1933 à 1945; Rapport, I–II, Témoignageset documents, I–IX, Paris (1947–1953).

[71] Čelovský a. a. O. S. 69.

[72] Nach den Angaben des polnischen Generalstabswerkes (Polskie Siły Zbrojne, I, 1, S. 111 bis 113) hatte der polnische Generalstab damals lediglich Pläne für eine gemeinsame polnisch-französische Offensive, nicht aber für selbständige Operationen gegen Deutschland ausgearbeitet.

[73] Nach Beck war Pilsudski der Ansicht, „que le point le plus faible de notre armée était le commandement supérieur". (Beck, a. a. O. S. 66.)

[74] J. Laroche, a. a. O. S. 136–137.

[75] Polskie Siły Zbrojne, I, 1, S. 111–112.

Jahrgang 3 (1955), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Hitler erwog und diese ohne Beteiligung Frankreichs keinesfalls durchführen konnte. Unter diesen Umständen gewinnen die Angaben über Sondierungen Pilsudskis in Paris erheblich an Wahrscheinlichkeit. Dabei ist festzuhalten, daß es sich nach den erhaltenen Angaben niemals um ein formelles Angebot Pilsudskis gehandelt hat, sondern um Fühler, die neben der offiziellen Diplomatie her in vorsichtiger Form – sei es durch die Militärattachés, sei es durch Sonderbotschafter – ausgestreckt wurden. Pilsudski hatte gerade 1933 eine besondere Vorliebe für die Fiktion, „von Armee zu Armee" zu sprechen[76]. Sehr gerne verwendete er Sonderbotschafter – für die Präventivkriegssondierungen wird einmal General Wieniawa-Długoszewski genannt –, die ausschließlich und allein ihm Bericht erstatteten. So entsandte er beispielsweise im Mai 1933 seinen ehemaligen Adjutanten Graf Georg Potocki als Sonderbotschafter zu Kemal Atatürk. Er gab ihm folgende Instruktion: „Deshalb schicke ich Euch auf diesen Posten, damit Ihr nicht nur die polnische Regierung vertretet, sondern damit Ihr mein persönlicher Vertreter in der Türkei seid und nach meinem Befehl mit ihm in persönlichen Kontakt kommt. Dies soll kein geschriebenes Wort sein, auch kein Brief, sondern eine mündliche Instruktion, die eine einfache Aufforderung und ein Händeausstrecken von mir zu Kemal sein soll." Potocki sollte als „Adjutant und Vertrauensmann Pilsudskis" auftreten und seine Mission „ohne Unterrichtung der Regierungen und Parlamente, und sogar der Minister" durchführen[77]. Wenn also Marschall Pilsudski in Paris überhaupt Sondierungen vornehmen ließ – und die größere Wahrscheinlichkeit spricht dafür –, dann geschahen sie auf die oben beschriebene Art[78]. Somit können in Frankreich damals nur wenige Männer – vielleicht Ministerpräsident Daladier, General Weygand als Generalinspekteur der bewaffneten Macht, der Generalstabschef General Gamelin, der Kriegsminister und allenfalls Außenminister Paul-Boncour — von den Anfragen Pilsudskis gewußt haben. Damit ist auch hinlänglich klar, warum sich 1933 in den Debatten des französischen Parlaments keine Spuren von Pilsudskis Sondierungen auffinden lassen. Daß die Beteiligten weder in ihren Memoiren noch vor dem Untersuchungsausschuß des Parlaments über Pilsudskis Initiative aussagten, ist ebenfalls kein schlüssiger Beweis. Selbst wenn man die Möglichkeit menschlicher Vergeßlichkeit beiseite läßt, so konnte es doch offensichtlich niemals

[76] Vgl. dazu Laroche, a. a. O. S. 111–112, S. 136–137, S. 141.

[77] Nach der Abschrift des Berichtes Potockis im Archiv des Pilsudski-Institutes in New York. Abgedruckt in: W. Jędrzejewicz, Piłsudski i Kemal (Pilsudski und Kemal) in: Wiadomości, Nr. 21 (425), London, 23. Mai 1954. Der Autor, wahrscheinlich der Bruder des 1933 amtierenden polnischen Ministerpräsidenten, erwähnt das Präventivkriegsangebot Pilsudskis ebenfalls.

[78] Michael von Unruh (Unrug), als ehemaliger Adjutant Pilsudskis und Bruder des ehemaligen polnischen Flottenchefs Josef von Unruh gut orientiert, beschreibt in einem Brief vom 29. 1. 1953 an den Verfasser die Präventivkriegssondierungen Pilsudskis folgendermaßen: „Ich muß hierzu bemerken, daß England über dieses Thema überhaupt nicht befragt worden ist, ebensowenig wie es je eine offizielle Démarche diplomatischer Natur von seiten Polens in Paris gegeben hat. Es handelte sich lediglich um vertrauliche, mündliche Fühler durch militärische Kanäle, und zwar durch Marschall Pilsudski persönlich. Sie führten zu keinem Resultat."

Jahrgang 3 (1955), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

im Interesse der Betroffenen liegen, ihren Anklägern das Argument zu liefern, sie hätten eine von Polen gebotene Chance, Hitler in den Arm zu fallen, versäumt[79]. Der zuverlässigste und unverdächtigste französische Zeuge, der Botschafter in Warschau, Laroche[80], war zwar während der Westerplattenaffäre noch ohne Argwohn, sah sich aber doch im April zu den obengenannten Nachfragen veranlaßt[81]. Daß die Berichte Meißners und Brünings erst nach dem Kriege abgegeben wurden, unbelegt sind und Rechtfertigungszwecken dienen, wie Čelovský betont, ist unbestritten. Man wird ihnen denselben Quellenwert zubilligen dürfen wie der gesamten Nachkriegs-Memoirenliteratur: Ihr Bericht wird nur dann gültig sein, wenn er durch andere, zuverlässigere Quellen erhärtet wird.

Damit bleiben die Angaben aus polnischer Quelle als entscheidende Zeugnisse übrig. Der Bericht Rauschnings vom Jahre 1937 kann von Čelovský nicht widerlegt werden; Čelovský hebt lediglich hervor, „daß es sich um eine polnische Information handelt, und daß diese höchstwahrscheinlich nach dem Abschluß der deutsch-polnischen Erklärung erteilt wurde"[82]. Wenn Pilsudski mit dieser „Behauptung"[83] seine Deutschlandpolitik hätte rechtfertigen wollen, so wäre es sehr ungeschickt gewesen, dies ausgerechnet gegenüber Rauschning zu tun und so den kaum geschlossenen Nichtangriffspakt mit Deutschland selbst zu stören. Die Darstellung, die Lipski direkt und indirekt durch Namier gibt, daß Pilsudski im November 1933 „encore une fois" bzw. „once more" wegen einer Präventivaktion in Paris habe sondieren lassen, hat Čelovský ebenfalls nicht entkräftet. Endlich bleibt auch das Zeugnis Becks in vollem Wortlaut bestehen. Čelovský versucht lediglich, die Erwägungen Pilsudskis auf Ende Oktober 1933 zu datieren, was er aber in keiner Weise belegen kann.

Es dürfte also feststehen, daß die „Legende" vom Präventivkriegsplan Pilsudskis durch Čelovský zwar in ihrer Wahrscheinlichkeit etwas erschüttert, aber keineswegs mit schlagenden Argumenten widerlegt worden ist. Man wird dem Autor darin zustimmen dürfen, daß „ein formelles polnisches Angebot eines Präventivkriegs gegen Deutschland" im Jahre 1933 nicht gemacht wurde. Die Möglichkeit aber, daß Marschall Pilsudski mehrmals vertraulich und inoffiziell in Paris wegen einer präventiven militärischen Sanktion gegen Deutschland anfragen ließ und die französische Regierung darauf nicht einging, bleibt offen. Es besteht kein zwingender Grund, an den Zeugnissen aus kompetenter polnischer Quelle zu zweifeln.

Darüber hinaus gibt es gewisse Indizien, welche die polnische These stützen[84].

---

[79] Paul-Boncour und Weygand bestritten später ausdrücklich, daß ein Angebot Pilsudskis an sie gelangt sei. Daladier gab die Möglichkeit zu, daß über den Militärattaché eine derartige Anfrage erfolgt sei, erklärte jedoch, er sei nie informiert worden (A. Bregman, Legenda czy fakt historyczny [Legende oder historische Tatsache] in: Dziennik Polski, London, 4. 1. 1954).

[80] Čelovský sagt von ihm: „Es ist die Stimme eines Kronzeugen." (a. a. O. S. 67).

[81] Siehe Anm. 51—58 und den zugehörigen Text.

[82] Čelovský, a. a. O. S. 62.

[83] Ausdruck Čelovskýs (S. 62).

[84] Auf die in den Anm. 19, 26 und 36 genannten Zeugnisse soll im folgenden nicht mehr eingegangen werden.

Jahrgang 3 (1955), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Weder Roberts noch Čelovský haben sie verwendet. Die erste polnische Initiative ist nach den vorliegenden Nachrichten während der Westerplattenaffäre (6. bis 15. März 1933) erfolgt. Es steht fest, daß Marschall Pilsudski in dieser Zeit Truppen im Korridor so versammelte, daß sie jederzeit zu einer Strafintervention gegen Danzig oder Ostpreußen eingesetzt werden konnten[85], wofür ja ausgearbeitete Aufmarsch- und Operationspläne vorlagen[86]. Als gesichert kann auch gelten, daß die militärische Führung des Reichs damals an die Gefahr eines unmittelbar bevorstehenden polnisch-französischen Präventivkriegs ernsthaft glaubte. Reichswehrminister von Blomberg beauftragte Mitte März den Chef der Heeresleitung, General von Hammerstein, und den Chef des Truppenamts, General Adam, ihm sofort schriftlich zu berichten, ob das Reich in der Lage sei, einen Krieg gegen Frankreich und Polen zu führen. Beide verneinten dies kategorisch[87]. Adam schrieb damals[88]: „Bei der ungeheuren Zahlen- und Rüstungsüberlegenheit der Franzosen und Polen, zu denen sich wahrscheinlich die Tschechen gesellen, sind die Möglichkeiten, den Krieg auch nur auf Zeitgewinn zu führen, gering." Nachdem er diese Möglichkeiten eingehend behandelt hatte, kam er zu folgendem Ergebnis: „Wir können zur Zeit keinen Krieg führen. Wir müssen alles tun, ihn zu vermeiden, selbst um den Preis diplomatischer Niederlagen . . . Aber auch, wenn wir alles tun, um den Krieg zu vermeiden und dem Feind auch jeden Vorwand zum Krieg nehmen: Wir können den Krieg nicht verhindern, wenn die andern ihn präventiv führen wollen."

Die Befürchtungen fanden ihren Niederschlag in der Ministerbesprechung vom 7. April 1933, in der Neurath u. a. ausführte[89]: „Der Ernst der uns bedrohenden Gefahren ist nicht zu unterschätzen. Mit dem Gedanken eines Präventivkriegs wird von verschiedenen Seiten bereits gedroht . . . Daß Polen mit dem Gedanken eines Präventivkriegs wegen unserer territorialen Forderungen spielt, ist bekannt." Es ist kaum zu bestreiten, daß die polnischen Angaben über Präventivkriegsanfragen in Paris im März dadurch einen höheren Grad an Wahrscheinlichkeit gewinnen. Mindestens wird festzuhalten sein, daß Pilsudski, wie der deutsche Botschafter in Warschau, von Moltke, am 11. März berichtete, „mit dem Feuer spielte" und einen „dolus eventualis" im Sinne hatte[90].

[85] Vgl. dazu A. Pilsudska, Pilsudski. A biography by his wife Alexandra P. New York 1941, S. 340—341, und Ostland 1933, S. 106.

[86] Polskie Siły Zbrojne, S. 111—112.

[87] Eidesstattliche Erklärung General Adams vom 8. 3. 1948. (Krupp-Prozeß, Verteidigungsdokumentenbuch 2b, Nr. 104.)

[88] Zitiert nach dem Originalentwurf der Denkschrift Adams von Mitte März 1933 (Eidesstattliche Erklärung General Adams vom 5. 3. 1948, Krupp-Prozeß, Verteidigungsdokumentenbuch 2b, Nr. 105).

[89] „Ganzer Auszug aus der Niederschrift über die Ministerbesprechung vom 7. April 1933" (Reichskanzlei, Akten betr. Auswärtige Politik, Allgemeines, Bd. 1, vom 1. Febr. 1933; ungedrucktes Nürnberger Dokument NG-2456).

[90] Auswärtiges Amt 1939, Nr. 2, Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges, Berlin 1939, Nr. 24. Durch die obengenannten Belege gewinnt auch die Darstellung des sonst nicht gerade zuverlässigen Hesse (siehe Anm. 47) erhöhten Wahrscheinlichkeitswert. Deshalb wurde sie in voller Breite zitiert.

Jahrgang 3 (1955), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Für die zweite polnische Initiative, die etwa in die Zeit vom 18.–21. April zu verlegen ist, existieren noch deutlichere Hinweise. Major M. B. Lepecki, damals einer der Adjutanten Pilsudskis, bekam am 18. April ein Dokument zu Gesicht, aus dem hervorging, daß der Marschall den Krieg gegen das Reich vorbereitete[91]. Über die Erkundigungen, die Botschafter Laroche um dieselbe Zeit einziehen ließ, wurde oben schon berichtet. Der tschechische Gesandte in Warschau, Girsa, erhielt Ende April oder Anfang Mai 1933 aus den Kreisen der polnischen Opposition folgende Information[92]: „Der Gedanke eines Präventivkrieges hat Anhänger nicht nur in Marschall Pilsudski, sondern auch im Generalstab, der schon gewisse Maßnahmen an den Grenzen getroffen hat. So wurde Anfang April mit der Konzentration der Kavallerie an der deutsch-litauischen Grenze und im Korridor begonnen, wohin gleichzeitig die polnische Elitetruppe KOP von der Sowjetgrenze konzentriert wurde." Auch Moltke war in der zweiten Hälfte des April 1933 überzeugt, daß Pilsudski ein offensives militärisches Vorgehen gegen Deutschland plane. Er suchte deshalb am 22. April den französischen Botschafter Laroche auszuhorchen. „Il reconnut", schrieb Laroche über Moltke in seinem Telegramm am 22. April[93], „que seule une guerre défensive serait admise par l'opinion, mais fit remarquer qu'en pareil cas il était difficile de déterminer s'il y avait ou non aggression." Moltke suchte ferner zu erfahren, ob Frankreich bei einem offensiven Vorgehen Pilsudskis mitgehen oder es tolerieren werde. Laroche berichtete über seine Antwort:[94] „. . . je mentionnai que le gouvernement polonais considérait son alliance avec la France comme la base essentielle de sa politique, et que cette alliance avait un caractère strictement défensif." Entsprechend berichtete Moltke an Hitler. Staatsminister Meißner bezeugt dies folgendermaßen[95]: „Die ersten Nachrichten über den Versuch der polnischen Regierung, Frankreich zu einem Präventivkrieg gegen Deutschland zu bewegen, erhielt Hitler in der zweiten Hälfte April, und zwar in einem persönlichen Geheimbericht des Gesandten von Moltke, der, soviel mir erinnerlich ist, auch durch einen mündlichen Vortrag bei Hitler ergänzt wurde." Damit erhält die These von einer Anfrage Pilsudskis im April eine wichtige Bestätigung.

Die dritte Anregung Pilsudskis fällt nach Lipski in die Zeit nach dem 28. November 1933. Diese Anfrage wird auch von Čelovský nicht bestritten, wenn er sie auch ohne zwingenden Grund entgegen dem klaren Wortlaut Lipskis auf die Zeit „vor dem 15. November (und wahrscheinlich noch Ende Oktober)"[96] datiert. Zu dieser Umdatierung besteht keinerlei Veranlassung. Auch Laeuen[97] setzt diese Anfrage

[91] Siehe: Silva rerum, a. a. O. Nach Pobóg-Malinowski (siehe den in Abschnitt 1, Anm. 42 genannten Aufsatz) ließ Pilsudski Ende April ein „Dekret für den Fall eines Krieges" und die Bildung einer „Regierung der Verteidigung und nationalen Einheit" vorbereiten.

[92] Aus dem Bericht Girsas vom 10. Mai 1933 (Prager Akten Nr. 10).

[93] Nach Laroche, a. a. O. S. 126.

[94] Ebenda.

[95] In einem Brief an den Verfasser vom 12. Januar 1953. Der Bericht Laroches erschien erst nach dem Tode Meißners im Druck.

[96] Čelovský, a. a. O. S. 68.

[97] H. Laeuen, a. a. O. S. 122.

Jahrgang 3 (1955), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

in die Zeit nach dem 28. November. Für die Datierung Lipskis spricht ferner, daß die deutsch-polnischen Nichtangriffspaktverhandlungen nach dem 28. November eine dilatorische Behandlung erfuhren, weil Hitler sie nach polnischer Ansicht zur Remilitarisierung des Rheinlandes benutzen wollte[98], und daß Pilsudski in jener Zeit, also im Dezember 1933, die Beziehungen zu Frankreich und, wie im April, auch zur ČSR wieder enger gestalten ließ[99]. Diese Anfrage wird also entsprechend der Datierung Lipskis auf Dezember 1933 anzusetzen sein. Daß Laroche diese Anfrage nicht erwähnt, kann darauf zurückzuführen sein, daß sie – nach Namier – durch militärische Kanäle ging.

Als Ergebnis ist also festzustellen, daß Marschall Pilsudski möglicherweise im März, mit großer Wahrscheinlichkeit aber im April und im Dezember 1933 in Paris Sondierungen wegen einer gemeinsamen militärischen Aktion gegen das nationalsozialistische Deutschland vornehmen ließ. Diese Sondierungen erfolgten nicht auf dem üblichen und offiziellen diplomatischen Wege, sondern durch Sonderbevollmächtigte aus militärischen Kreisen. Die Anregungen des Marschalls zielten weiterhin weniger auf einen allgemeinen, das ganze Gebiet des Reiches einbeziehenden Präventivkrieg ab als vielmehr – nach dem Vorbild der Ruhrbesetzung – auf die Okkupation territorialer Faustpfänder, etwa Ostpreußens oder Schlesiens, um dadurch Hitler zur Einhaltung des Versailler Vertrages zu zwingen. Es dürfte ferner gesichert sein, daß die französische Regierung auf alle diese Angebote nicht einging.

Andererseits erscheint es sehr wohl möglich, daß die These Čelovskýs, die Kriegsstimmung des Jahres 1933 sei zum Ansatzpunkt für spätere Legendenbildung über Präventivkriegsgerüchte geworden, Ursache und Wirkung vertauscht. Wahrscheinlich ist es, daß in diesem Jahre unklare Gerüchte über die verschiedenen, von Polen an Frankreich gerichteten Angebote an die Öffentlichkeit drangen, um die sich dann später ein Kranz von Vermutungen und Entstellungen rankte. Jedenfalls wird man nach der augenblicklichen Quellenlage nicht das Recht haben, die vielen Berichte polnischer Provenienz über das Thema Präventivkrieg in Zweifel zu ziehen.

Damit dürfte endlich auch feststehen, daß der „Krieg" gegen Hitler, der infolge der Ablehnung Frankreichs nicht stattfand, seinen bedeutsamen Einfluß auf die Deutschlandpolitik Pilsudskis gehabt hat. Man mag zweifeln, ob der Marschall die Situation richtig einschätzte, als er die Initiative zu einer derartigen Aktion ergriff, die an die Ruhrbesetzung von 1923 erinnerte. Er dachte in Begriffen eines Krieges mit begrenztem Ziel und freigewähltem Moment, bei dem massenmäßige Haßgefühle wohl benutzt, zugleich aber in Schranken gehalten werden sollten. Sicher entsprach ein solcher „Krieg" eher der polnischen Staatsraison als einer, bei dem es

[98] Vgl. die Telegramme Laroches vom 21. 12. 1933 und vom 30. 1. 1934 (Laroche, a. a. O. S. 145 und S. 149).

[99] Vgl. das Telegramm Laroches vom 8. 1. 1934 (Laroche, a. a. O. S. 146) und die Unterredung zwischen General Sosnkowski und dem tschechischen Gesandten in Warschau, Girsa, Anfang Januar 1934 (Prager Akten Nr. 18). Sosnkowski sagte Girsa, „daß die polnischen Militärkreise dieselbe Animosität gegen Deutschland wie früher hegen und daß sie kein Vertrauen zu irgendwelchen positiven Ergebnissen jener Verhandlungen haben, die Polen mit Deutschland gerade führt."

Jahrgang 3 (1955), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

um Sein oder Nichtsein ging. Indessen lag gerade hier eine Schwäche des Planes, da er in Frankreich, aber auch in Polen die Vorstellung eines totalen Vernichtungskrieges wachrufen mußte, eines Krieges, der nur im Falle der Verteidigung erlaubt sein durfte. Gerade das Scheitern dieser begrenzt gedachten Initiative aber trieb den Ausgleich mit dem Reich voran. Als der Weg der militärischen Intervention sich als ungangbar erwies, empfahl sich ein anderer Weg, für den auch sonstige Gründe sprachen. Daher bildete der Fehlschlag des Präventivkriegsplanes eine wichtige Voraussetzung für das Zustandekommen der deutsch-polnischen Nichtangriffserklärung.

Nach Abschluß des Manuskripts erschien der Aufsatz „Did Pilsudski attempt to initiate a preventive war?" (in: The Journal of Modern History, Vol. XXVII, No. 2, June 1955, S. 135–151) von Zygmunt J. Gasiorowski, Assistant Professor of History, Eeastern Washington College of Education. Professor Gasiorowski hat sich bereits durch seine Arbeit „The German-Polish non-aggression pact of 1934" (in: Journal of Central European Affairs, Vol. XV, No. 1, April 1955, S. 3–29) als spezieller Kenner der polnischen Außenpolitik der Jahre 1933/34 ausgewiesen. In beiden Arbeiten, die stofflich und darstellerisch sich überschneiden, lehnt Gasiorowski die These vom Präventivkriegsangebot Pilsudskis entschieden ab. Er stützt seine Argumentation, soweit es um das eigentliche Thema geht, nur auf die bereits bekannten, durchweg auch hier benutzten Quellen, die er – manchmal etwas gewaltsam – in seinem Sinne interpretiert. Er hat dagegen einige von mir verwendete Quellen, vor allem das in den Anm. 85–89 genannte zeitnahe deutsche Material, das für das Thema doch erheblich ist, nicht herangezogen. Im übrigen zielt seine Beweisführung insofern ins Leere, als sie Pilsudski von dem Vorwurf, eine Aggression gegen Deutschland und die Annexion deutschen Gebietes geplant zu haben, freisprechen soll und deshalb jede Initiative auf seiner Seite bestreitet, während eine solche tatsächlich vorgelrgen hat, aber mehr in Richtung einer „Polizeiaktion", die Hitler zur Einhaltung des Versailler Vertrages zwingen sollte.

HEINZ GOLLWITZER

BAYERN 1918–1933[1]

Vorbemerkung des Herausgebers: Im allgemeinen bringen die Vierteljahreshefte keine Einzelbesprechungen, sondern suchen den Neuerscheinungen durch Sammelreferate oder Forschungs- bzw. Problemberichte gerecht zu werden. Im folgenden handelt es sich um einen Aufsatz, der zugleich vier Bücher zu einem Spezialthema bespricht, das seinerseits sich in allgemeinere Zusammenhänge von großem zeitgeschichtlichem Interesse einordnet. Es ist der Ausweg gewählt worden, den ersten im wesentlichen besprechenden Teil in kleinerem Druck zu setzen. H. R.

Der Weg des Freistaates Bayern von der Novemberrevolution 1918 zur nationalsozialistischen Machtergreifung 1933 ist von Problemen überschattet, die ein mehr als nur landesgeschichtliches Interesse beanspruchen dürfen. Die Fragen, die damals den Inhalt der

[1] W. G. Zimmermann, Bayern und das Reich 1918–1923. Der bayerische Föderalismus zwischen Revolution und Reaktion. Pflaumverlag München, 1953, 202 S. – K. Sendtner,

Jahrgang 3 (1955), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

um Sein oder Nichtsein ging. Indessen lag gerade hier eine Schwäche des Planes, da er in Frankreich, aber auch in Polen die Vorstellung eines totalen Vernichtungskrieges wachrufen mußte, eines Krieges, der nur im Falle der Verteidigung erlaubt sein durfte. Gerade das Scheitern dieser begrenzt gedachten Initiative aber trieb den Ausgleich mit dem Reich voran. Als der Weg der militärischen Intervention sich als ungangbar erwies, empfahl sich ein anderer Weg, für den auch sonstige Gründe sprachen. Daher bildete der Fehlschlag des Präventivkriegsplanes eine wichtige Voraussetzung für das Zustandekommen der deutsch-polnischen Nichtangriffserklärung.

Nach Abschluß des Manuskripts erschien der Aufsatz „Did Pilsudski attempt to initiate a preventive war?" (in: The Journal of Modern History, Vol. XXVII, No. 2, June 1955, S. 135–151) von Zygmunt J. Gasiorowski, Assistant Professor of History, Eeastern Washington College of Education. Professor Gasiorowski hat sich bereits durch seine Arbeit „The German-Polish non-aggression pact of 1934" (in: Journal of Central European Affairs, Vol. XV, No. 1, April 1955, S. 3–29) als spezieller Kenner der polnischen Außenpolitik der Jahre 1933/34 ausgewiesen. In beiden Arbeiten, die stofflich und darstellerisch sich überschneiden, lehnt Gasiorowski die These vom Präventivkriegsangebot Pilsudskis entschieden ab. Er stützt seine Argumentation, soweit es um das eigentliche Thema geht, nur auf die bereits bekannten, durchweg auch hier benutzten Quellen, die er – manchmal etwas gewaltsam – in seinem Sinne interpretiert. Er hat dagegen einige von mir verwendete Quellen, vor allem das in den Anm. 85–89 genannte zeitnahe deutsche Material, das für das Thema doch erheblich ist, nicht herangezogen. Im übrigen zielt seine Beweisführung insofern ins Leere, als sie Pilsudski von dem Vorwurf, eine Aggression gegen Deutschland und die Annexion deutschen Gebietes geplant zu haben, freisprechen soll und deshalb jede Initiative auf seiner Seite bestreitet, während eine solche tatsächlich vorgelrgen hat, aber mehr in Richtung einer „Polizeiaktion", die Hitler zur Einhaltung des Versailler Vertrages zwingen sollte.

HEINZ GOLLWITZER

BAYERN 1918–1933[1]

Vorbemerkung des Herausgebers: Im allgemeinen bringen die Vierteljahreshefte keine Einzelbesprechungen, sondern suchen den Neuerscheinungen durch Sammelreferate oder Forschungs- bzw. Problemberichte gerecht zu werden. Im folgenden handelt es sich um einen Aufsatz, der zugleich vier Bücher zu einem Spezialthema bespricht, das seinerseits sich in allgemeinere Zusammenhänge von großem zeitgeschichtlichem Interesse einordnet. Es ist der Ausweg gewählt worden, den ersten im wesentlichen besprechenden Teil in kleinerem Druck zu setzen. H. R.

Der Weg des Freistaates Bayern von der Novemberrevolution 1918 zur nationalsozialistischen Machtergreifung 1933 ist von Problemen überschattet, die ein mehr als nur landesgeschichtliches Interesse beanspruchen dürfen. Die Fragen, die damals den Inhalt der

[1] W. G. Zimmermann, Bayern und das Reich 1918–1923. Der bayerische Föderalismus zwischen Revolution und Reaktion. Pflaumverlag München, 1953, 202 S. – K. Sendtner,

Jahrgang 3 (1955), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

bayrischen Landespolitik ausmachten und in diesem Zusammenhang auch eine spezifisch bayrische Färbung trugen, waren im Grunde genommen wichtige, allgemeindeutsche Fragmale. Das gilt für die Alternative Unitarismus–Föderalismus und – eng mit ihr verwandt – für die Auseinandersetzung zwischen dem republikanischen und dem monarchischen Prinzip. Zu den Schicksalen der jüngsten deutschen Vergangenheit führt uns die Tatsache, daß Bayern das Ursprungsland und bis 1923 das Sammelbecken der natsoz. Bewegung, daß München bis 1945 das Hauptquartier der NSDAP gewesen ist. Schließlich weisen die konfessionspolitischen Probleme Bayerns auf diejenigen Tiefenschichten hin, ohne deren Kenntnis man deutsche Geschichte und deutsche Politik nicht verstehen kann. Im Laufe der letzten beiden Jahre sind zu dem Thema „Bayern 1918–1933" vier Veröffentlichungen erschienen, unterschiedlich hinsichtlich ihres historisch-politischen Erkenntniswertes, ihrer Zuverlässigkeit und ihrer Überzeugungskraft, aber sämtlich zeitgeschichtlich von hohem Interesse durch Aufschließung neuen Materials oder durch ihre Sicht der Ereignisse und Zusammenhänge. Daß von den Verfassern nur einer Vernunftrepublikaner, die anderen drei aber entschiedene Monarchisten sind, ist für die Beurteilung ihrer Werke wichtig. Das Zahlenverhältnis ist indessen nicht repräsentativ für die öffentliche Meinung in Bayern.

Um die zeitliche Folge ihres Erscheinens einzuhalten, sei mit dem Buch des jungen Schweizer Historikers W. G. Zimmermann begonnen, der sich mit Scharfsinn, juristischer Begabung und beträchtlich polemischem Temperament in die bayrischen Verhältnisse nach dem ersten Weltkrieg eingearbeitet hat. Zimmermann bringt aus seiner Heimat Anhänglichkeit und Verständnis für das föderalistische Prinzip mit. Überraschend wirkt, daß der Schweizer Republikaner zum Verteidiger des bayrischen Legitimismus wurde, und zwar in solcher Intensität, daß seine Untersuchung stellenweise nach Ton und Inhalt den Charakter einer Partei- und Kampfschrift annimmt. Zimmermann konnte seine Arbeit nicht auf Akten und anderen ungedruckten Quellen aufbauen, doch hat er mit Akribie und Umsicht wohl alles Wesentliche erfaßt, was an gedruckten Materialien aus dem Zeitraum von 1918–1923 und über ihn vorlag. Die Darstellung wechselt von der chronologisch-historischen Entwicklung zu der politisch-staatsrechtlichen Erörterung. Eigene Kapitel wie „Das Schicksal der bayrischen Sonderrechte und des bundesstaatlichen Rechtsgedankens", „Bayern und die Grundzüge des Verfassungslebens", „Der bayrische Separatismus" und „Föderalismus, Demokratie und Staatsform" sind in den Gang der Ereignisse eingebaut. Wenn der Untertitel des Zimmermannschen Buches „Der bayrische Föderalismus zwischen Revolution und Reaktion" lautet, so ist zwar klar ersichtlich, was der Verfasser unter Revolution, nicht jedoch, was er unter Reaktion versteht. Den Nationalsozialismus und die Völkischen insgesamt empfindet er mit Recht als revolutionär. Die bayrischen Monarchisten nimmt er ausdrücklich vom Vorwurf der Reaktion aus. Die Bayrische Volkspartei kann er nicht gemeint haben. Wer bleibt noch als „reaktionär" übrig? Die „zugereisten" norddeutschen Offiziere und Beamten, eine Handvoll Deutschnationale, die Persönlichkeit Gustav v. Kahr . . .? In dieser Verengung wird er den Begriff der Reaktion nicht als vollwertige Antithese zur Revolution aufrechterhalten können. Zimmermann ist mit den anderen drei hier genannten Autoren die föderalistische Überzeugung eigen, doch erscheint sie ihm, was Bayern betrifft,

---

Rupprecht von Wittelsbach, Kronprinz von Bayern. Pflaumverlag, München, 1954, 759 S. — K. Schwend, Bayern zwischen Monarchie und Diktatur. Beiträge zur bayerischen Frage in der Zeit von 1918 bis 1933. Pflaumverlag, München, 1954, XVIII, 590 S. – E. v. Aretin, Krone und Ketten. Erinnerungen eines bayerischen Edelmannes. Herausgegeben von K. Buchheim und K. O. von Aretin, Süddeutscher Verlag, München, 1955, 443 S.

Jahrgang 3 (1955), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

vom Bekenntnis zur monarchischen Staatsform ohne Schaden nicht ablösbar. Die z. B. bei Schwend wiederholt anklingende Auffassung, daß Bayerns Staatlichkeit über den Untergang der Monarchie „triumphiert" (Cube) und der bayrische Staatsgedanke auch nach dem Fortfall der Krone unversehrt seine Kraft bewiesen habe, lehnt Zimmermann ab[2]. Die „Verwirklichung der Monarchie, ein Ziel, über dessen Wünschbarkeit kein Wort zu verlieren ist" (S. 162), wird als politische Nutzanwendung historischer Betrachtungen mehr oder minder deutlich empfohlen. Wenn Zimmermanns leidenschaftliche Apologetik nicht nur der Eigenstaatlichkeit Bayerns, sondern auch der vermeintlichen Unentbehrlichkeit der Krone gilt, so erscheint ihm die „empirische Argumentation" für die „Nützlichkeit" und „Zweckmäßigkeit" der monarchischen Staatsform unzureichend. Er läßt durchblicken, daß theologisierende Motive für ihn die Hauptrolle spielen. Die Erbmonarchie ist für Zimmermann „eine Möglichkeit der Verbindung des Staates mit dem göttlichen Willen" (S. 26) oder die „Unterwerfung des Staates unter das göttliche Gebot durch die menschlicher Willkür entrückte Geburt" (ebenda). Zu bedauern ist, daß man bei Zimmermann ein verstehendes Eingehen auf die Überzeugungen, auf das politische Weltbild und Geschichtsbild der Gegenseite, die er häufig nur als „borniert" empfindet, vermissen muß. Was soll man sagen, wenn Zimmermann nach den Gründen für mangelnde echte monarchische Gesinnung sucht und u. a. folgende Antwort findet: „Eine große Rolle spielt sicher auch das Minderwertigkeitsgefühl, das seit der Französischen Revolution der schlimmste Feind des Konservativismus ist. Es fand gerade in den gehobenen Schichten als Folge einer intellektuellen Überzüchtung am ehesten Eingang." (S. 27)? Als Gewährsmann wird hier Graf Ernst Reventlow genannt. Logik, Vernunft und Recht der Geschichte werden einseitig für das monarchisch-konservative Prinzip in Anspruch genommen, als ob nicht die Schöpferkraft der Revolutionen und das kühne Fortschreiten genau so zur Ökonomie der Historie gehörten wie die beharrenden Kräfte. Trotz grundsätzlicher Fehlgriffe ist es erstaunlich, in welchem Maße sich der Verfasser in die politische Psychologie und Mentalität der jüngsten bayrischen Geschichte eingelebt hat. Sieht man ab von seiner doktrinären Unerbittlichkeit und seiner Art, cum ira et studio zu schreiben, so bleiben auf jeden Fall eine anregende politisch-juristische Penetranz ins Geschichtliche, sensible Intuition und ein talentiertes Erfassen des Fluidums der bayrischen und besonders der Münchner Politik.

Kurt Sendtners Biographie des Kronprinzen Rupprecht von Bayern ist ein höfisch-offiziöses Prachtwerk, glänzend in Aufmachung und Ausstattung, mit wertvollem Bildmaterial versehen und journalistisch sehr geschickt redigiert. Inhaltlich verbindet die Biographie Bekanntes mit aufschlußreichen neuen Quellen. Zu der Kronprinz-Rupprecht-Biographie O. Kolshorns von 1918 und den 1929 erschienenen Kriegstagebüchern des Kronprinzen treten bisher unbekannte Briefe, Aufzeichnungen und Dokumente aus dem Privatarchiv des Kronprinzen Rupprecht und dem Geheimen Hausarchiv, ferner ein Briefwechsel aus dem Nachlaß Ernst Hildebrands. Der Kabinettschef Baron Redwitz, Fürst Eugen zu Öttingen-Wallerstein und Graf J. M. von Soden-Frauenhofen haben weiteres Material zur Verfügung gestellt und durch mündliche Auskünfte zu dem Werk beigesteuert. Die Jahre 1918–1933 sind in diesem Zusammenhang nur ein, freilich das wichtigste Kapitel neben anderen, und es gewährt eigenen Reiz, die Geschichte Bayerns in diesem Zeitraum vom Blickpunkt des Thronerben her zu sehen. Der bayrische Kronprinz stand während dieser Periode nie eigentlich im Mittelpunkt des Geschehens in seinem Lande. Gleichwohl befände sich eine Darstellung der bayrischen Geschichte, die gerade nach 1918 nicht gründlich auf die

[2] Er polemisiert z. B. gegen Barbarinos Buch „Staatsform und Willensbildung", weil der Verfasser gerade die Staatsformfrage ungenügend behandelt habe.

Jahrgang 3 (1955), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Person des Wittelsbachers und das monarchische Prinzip einginge, auf dem Holzweg. Die monarchische Lösung als stets zurückgehaltene letzte Trumpfkarte des politischen Spiels in Bayern, als nie angegriffene Eiserne Ration des bayrischen Staatsgedankens, ist wohl eingehender Würdigung wert, und die vorliegende Biographie liefert hierzu, selbstverständlich vom Standpunkt des Königlichen Hauses, bemerkenswerte Beiträge. Der Sturz der Monarchie 1918, die folgenden Bestrebungen monarchischer Restauration, deren Einschätzung und gelegentliches, höchst zögerndes Aufgreifen durch die offizielle Regierungspolitik, Organisation und politische Linie(n) der Königsanhänger im Freistaat Bayern werden in ihrer Problematik teils bewußt, teils unwillkürlich dargelegt. Eingehend wird das Verhältnis zwischen dem Haus Wittelsbach, der monarchischen Bewegung und dem Nationalsozialismus behandelt. Interessant sind u. a. Hinweise auf die monarchische Gesinnung und Anhänglichkeit Ernst Röhms. Manche halb vergessene Episode der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen rückt das Buch wieder ins Gedächtnis, z. B. die hysterischen Angriffe Ludendorffs auf den Kronprinzen, die für die ungute und aufgeregte Atmosphäre jener Jahre so kennzeichnend waren. Staatsrechtlich wie soziologisch bedeutsam ist das Kapitel über die Vermögensabfindung des Kgl. Hauses, die in Verbindung mit der Auseinandersetzung um die Fürstenenteignung und die moralische Position der ehemals regierenden Häuser in der Republik gesehen werden muß. Soweit dies noch notwendig sein sollte, vermag das Buch mit unanfechtbaren Belegen klärend gegenüber Behauptungen zu wirken, die von einer separatistischen Haltung der wittelsbachischen Politik nach 1918 wissen wollten. Dem historischen Verständnis leuchtet es wohl ein, daß der Kronprinz durch Tradition, Familienräson und Überzeugung darauf hingewiesen, ja geradezu gezwungen war, in besonderem Maße die Gesichtspunkte der Haus- und Landespolitik zu betonen, sei es in der elsässischen Frage während des ersten Weltkriegs, sei es in dem Memorandum an die Siegermächte vom 6. März 1945. Es schoß freilich über das Ziel hinaus, wenn in dieser Denkschrift für neu zu errichtende, bzw. wiederherzustellende deutsche Staaten eine Autonomie gleich derjenigen der britischen Dominions gefordert wurde, und es war zum mindesten einseitig formuliert, wenn ebendort davon die Rede war, daß Bayern in die letzten zwei großen Kriege „durch die Politik der preußischen Hegemonie verwickelt wurde" (S. 674 f.). Aber es wird die mißverständliche Bezugnahme auf den Dominionstatus durch die gleichzeitige Erwähnung der Vorbildlichkeit des Schweizer Kantonsystems und des nordamerikanischen Föderalismus abgeschwächt, und was die Stellung zu Preußen betrifft, so mögen persönliche Erfahrungen des Kronprinzen mit Kaiser Wilhelm II. und manche nicht zu bestreitenden Tendenzen der preußischen Politik bei dem Wittelsbacher Bitterkeit zurückgelassen haben. Auch gedanklich zeigt sich bei Kronprinz Rupprecht niemals die Neigung, das bayrische Problem und den bayrischen Staat aus dem Gesamt der deutschen Nation herauszulösen. Beiläufig sei bemerkt, daß das Werk für die Sozial- und Kulturgeschichte Bayerns sehr ergiebig ist. Eine Geschichte der deutschen Gesellschaft besitzen wir noch nicht, auch nicht eine Sozialgeschichte der oberen Zehntausend, keine wissenschaftliche Sozialgeschichte eines der bedeutenderen deutschen Höfe. Statt dessen könnte man mit den höfischen Klatsch- und Skandalgeschichten von Vehse bis zu denen unserer Illustrierten Zeitungen Bibliotheken füllen. Die vorliegende Kronprinz-Rupprecht-Biographie könnte ein Baustein für die wissenschaftliche Sozialgeschichte eines deutschen Hofes sein. Sie vermag überdies deutlich zu machen, welche eigenartige, nirgends festgelegte, aber allgemein anerkannte Stellung der Kronprinz im öffentlichen Leben Bayerns als Person gewordene Tradition und als erster Grandseigneur des Landes eingenommen hat.

K. Schwends Buch „Bayern zwischen Monarchie und Diktatur" ist ein bedeutendes Werk politischer Geschichtschreibung und die bisher am meisten belehrende Dar-

Jahrgang 3 (1955), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

stellung des Problems Unitarismus–Föderalismus, vom Standpunkt der Münchner Regierungspolitik gesehen. Schon durch seine klare, sachliche und staatsmännische Sprache macht Schwends Werk tiefen Eindruck. Von „politischer" Geschichtschreibung muß ausdrücklich aus zwei Gründen gesprochen werden. Einmal beschränkt sich der Verfasser im wesentlichen auf das Gebiet der Staats- und Parteipolitik. Fragen der Sozialstruktur des Landes oder das Feld der Kirchen- und Konfessionspolitik des Freistaates Bayern werden nur gestreift. Zum anderen vertritt Schwend einen sehr fest umrissenen politischen Standpunkt. So maßvoll und diszipliniert Denkungsart und Diktion des Buches sind, es geht ihm nicht ausschließlich um ein einfühlendes Verstehen der von ihm behandelten Epoche. Es hält mit Werturteilen nicht zurück, und durchweg will das Werk eine Beweisführung für die Richtigkeit des föderalistischen Prinzips und damit für die Generallinie der Bayrischen Volkspartei vornehmen, so wenig es in den Einzelheiten mit Kritik spart. Über die Fundierung seines Buches schreibt Schwend: „Die Arbeit beruht auf einer Kenntnis und Sicht der Vorgänge und Personen, wie sie der Verfasser persönlich erlebt hat. Sie stützt sich auf eigene Aufzeichnungen, Erinnerungen und Materialsammlungen, ferner auf eigene publizistische Arbeiten aus jenen Jahren, untermauert durch Verwertung von Akten des ehemaligen Bayrischen Staatsministeriums des Äußeren und aller einschlägigen Ministerratsprotokolle aus jener Zeit."

In der historischen Einleitung lehnt sich Schwend an seinen Lehrer Michael Doeberl an, der in einer anderen Zeitsituation zwar anders formulierte, aber prinzipiell das gleiche meinte wie Schwend, und, wenn er noch lebte, Schwend vermutlich vollinhaltlich zustimmen würde. Daß Schwend darauf verzichtet hat, in sein 1946/47 entstandenes Buch das in den letzten Jahren erschienene Schrifttum einzuarbeiten, empfindet man angesichts der Geschlossenheit und des inhaltlichen Reichtums seiner Ausführungen nicht als Mangel. Schwends Darstellung lehnt sich an den chronologischen Gang der Ereignisse an. Schwerpunktbildungen erfolgen bei der Erörterung der Entstehung der Weimarer Verfassung und ihrer Auswirkungen auf Bayern, der Geburt der Bayrischen Volkspartei und ihrer Trennung vom Zentrum, der konfliktreichen Zeit „Kahrbayerns", des Kampfes um die Reichsreform und der Ereignisse von der Reichspräsidentenwahl 1932 bis zum Sturz der Regierung Held 1933. Im zweiten Teil des Aufsatzes sollen die von Schwend aufgezeigten Probleme, soweit möglich, noch eingehender beleuchtet werden[3]. Als hoher Parteifunktionär und Staatsbeamter, dem zahlreiche Rücksichten auferlegt sind, bedient sich Schwend, was seine Parteifreunde anbelangt, verständlicherweise weithin der Methode der Silberstiftzeichnung. Vieles wird nur zart angedeutet, anderes überhaupt verschwiegen, und wenn er auf Vorgänge im Schoß der Bayrischen Regierung und der Bayrischen Volkspartei zu sprechen kommt, hat man oft das Gefühl, daß er mehr weiß, als er zum besten

[3] Für eine Neuauflage sei hier auf einige Kleinigkeiten hingewiesen: S. XIII unrichtige Zeile im Inhaltsverzeichnis; S. 11: Königin Marie, die Gattin Maximilians II., war nicht die Schwester König Friedrich Wilhelms IV. von Preußen, sondern eine Tochter des Prinzen Wilhelm d. Ä. von Preußen; S. 14: Die Formulierung „der protestantische Edelmann aus Franken" v. d. Pfordten könnte die Meinung entstehen lassen, es handle sich um einen Angehörigen der fränkisch-protestantischen Reichsritterschaft. Dies trifft nicht zu; v. d. Pfordten war kein Vertreter des bodenständigen fränkischen Adels; S. 45 lies Julitage statt Novembertage; S. 145 lies Schwarzburg statt Schwarzenburg; S. 409: die Worte „Presse" und „Anträge" sind hier irrig gesetzt; S. 443: nicht „ein Major Marx", sondern der spätere General Erich Marcks, Sohn des Historikers Erich Marcks; S. 453 lies Rundstedt statt Remstedt; S. 582: Ramsay Macdonald war nicht von 1924–1935 durchlaufend britischer Premierminister und Außenminister. Im Register finden sich mehrere falsche Schreibungen von Ortsnamen.

Jahrgang 3 (1955), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gibt. Wer halbwegs zwischen den Zeilen zu lesen versteht, wird diese Mischung von Takt und Taktik unbeschadet hinnehmen können. Der verbleibende Gewinn an geschichtlicher Erkenntnis und politischer Einsicht, den uns Schwends Buch vermittelt, ist auf jeden Fall groß.

Im Gegensatz zu dem politischen Generalstäbler Schwend wirkt Erwein Freiherr von Aretin als Freischärler eines extremen weiß-blauen Konservativismus. Der ebenso charaktervolle wie illusionistische Außenseiter spricht stets mit einem gewissen Ingrimm von dem sanftlebenden Fleisch der Bayrischen Volkspartei. Er meint, „an der Pflichtvergessenheit und Energielosigkeit dieser Phäaken" sei Bayern zugrunde gegangen. Dem maßgeblichen Mann der BVP, dem Eichstätter Dompropst Wohlmuth, wirft er vor, er sei zu „jeder Verantwortung zu faul" gewesen (S. 129). Während Schwend vorsichtig gelegentlich von Wohlmuth als dem „Mentor Helds" (S. 522) spricht, heißt es bei Aretin: „die von Wohlmuth tyrannisierte Partei" (S. 86). Auch andere homerische Schmähungen der Bayrischen Volkspartei zeigen, zu welcher Schärfe sich Bruderhaß entwickeln kann. Die Erinnerungen des streitbaren Edelmanns, betitelt „Krone und Ketten", zerfallen in zwei Teile, deren erster seine Rolle, seine Ansichten und seine Erlebnisse „als Journalist und Politiker in der Krise vor Hitlers Machtergreifung" enthält und durch Zusätze und Veröffentlichung von Dokumenten ergänzt wird. Beim zweiten Teil handelt es sich um einen Bericht über die Haftzeit Aretins im Münchner Polizeipräsidium, in Stadelheim und im KZ Dachau. Der Sohn, Karl Otmar von Aretin, hat das Erinnerungswerk seines Vaters sympathisch eingeleitet, der Hauptherausgeber Karl Buchheim versah es mit ausführlichen, manchmal sehr lehrhaft geratenen Anmerkungen und merzte manche, aber nicht alle auf Fakten und Daten bezüglichen Irrtümer aus. In einem Nachwort geht Buchheim zu einer Kritik des legitimistischen Standpunkts und einiger anderer Positionen Aretins über. Aretins Hafterinnerungen sind ein großartiges menschliches Dokument, und sie gewinnen ihm Sympathien wohl auch derjenigen Leser, die gegen seine politischen Auffassungen schwere Einwände erheben müssen[4]. Aretin war ein gebildeter Mann. Gleichzeitig Assistent an der Sternwarte und am kunsthistorischen Seminar in Göttingen, hat er mit einer astronomischen Arbeit promoviert und ist auch später auf diesem Gebiet beruflich und wissenschaftlich tätig geblieben. Nach dem ersten Weltkrieg befaßte er sich mit Volkshochschulplänen, und während Publizistik und Politik mehr und mehr in den Vordergrund traten, unter-

---

[4] An Einzelheiten sei angemerkt: S. 37: Daß alle deutschen Länderverfassungen der Weimarer Republik auf das Staatspräsidentenamt verzichtet hätten, ist unrichtig; S. 45: daß Hugenberg auf „nicht ganz durchsichtige Weise" sehr finanzkräftig gewesen sei, trifft nicht zu; jedermann wußte um die Quellen dieser Finanzkraft (Ufa, Scherl usw.); S. 62: Starhemberg als „Idealist von zu sauberer Weste" wird wohl Widerspruch erregen; S. 63 und 95: Daß in Bayern und ganz Süddeutschland zwischen 1923 und 1933 keine politischen Morde und Totschläge vorkamen, ist unrichtig (Fall Hirschmann in München u. a.); S. 63: Der SS-Obergruppenführer Best wurde nicht von Nationalsozialisten ermordet, sondern lebt heute noch (bei L. Misch, Deutsche Geschichte im Zeitalter der Massen, S. 544 wird Best ebenfalls irrig als hingerichtet bezeichnet); S. 89 f.: Zu den Vorwürfen gegen Papen wegen seiner Tätigkeit in Amerika und Palästina vgl. F. v. Papen, Der Wahrheit eine Gasse, S. 53 ff.; S. 137: Von „tschechischem Blut" Hitlers ist bisher nichts nachweisbar; ebenda ist die Behauptung, daß Hitler „von seiner österreichischen Heimat her und aus seiner Feindschaft gegen die Tschechen . . . ein wirklicher Freund Polens war, dessen Bemühungen, mit Polen zu einem Garantievertrag zu kommen, durchaus ernst genommen werden müssen", phantastisch; S. 185 f.: Daß der bayrische Kultusminister Schemm Sittlichkeitsverbrecher gewesen sei, ist unwahr; die Praxitelesanekdote sollte nicht als historisches Faktum erzählt werden;

Jahrgang 3 (1955), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

hielt er doch enge Beziehungen zu R. M. Rilke, R. Kassner, Binding, Friedell, Gebsattel, auch zu weniger bekannten Sternen am Himmel Schwabings. So ansprechend dieser außergewöhnliche Bildungsgang und geistige Verkehr sein mag, er verrät auf jeden Fall einen Hang zur Extravaganz und große Eigenwilligkeit. Dieser Extravaganz frönte er in politicis mehr, als es gut sein konnte. Es ist noch diskutabel, wenn er den nichtmonarchischen Föderalismus für saft- und kraftlos hielt. Aber wer könnte ihm im Ernst zustimmen, wenn er die Monarchie mit legitimistischen Argumenten verteidigt, wie sie royalistischen Theoretikern des 17. Jahrhunderts von der Art Robert Filmers angemessen wären? Liegt hier nicht überdies ein Mangel an politischem Stilgefühl vor, der sich etwa auch in der Idee bemerkbar machte, ausgerechnet in einer Operette am 10. Februar 1933 eine (an sich wohlgelungene) Ovation für Kronprinz Rupprecht als Vorbereitung größerer Dinge zu inszenieren? Zwei Seiten vor dem Bericht über dieses Ereignis schreibt Aretin, daß sich die Gedankengänge eines Berliner Generals wie Blomberg in einer „Mischung aus Film und Operette" erschöpfen (S. 143). Welche Sorgen man in legitimistischen Kreisen, in diesem Falle allerdings nicht den bayrischen, hatte, zeigt die Nachricht, daß der österreichische Legitimistenführer Baron Wiesner anläßlich einer Zusammenkunft mit Aretin befürchtete, eine künftige bayrische Monarchie könnte Aspirationen „auf Oberösterreich oder wenigstens auf das bis 1777 bayrische Innviertel" hegen (S. 124). Von Zeit zu Zeit lüftet Aretin etwas den Vorhang vor den nicht geringen innerern Spannungen, die im legitimistischen Lager selbst vorhanden waren[5]. Kennzeichnend für Aretins Auffassung des Konservativismus ist es, daß auch ihm der Sinn für das geschichtliche Phänomen der Revolution völlig abgeht. Das Wesen der Revolution sieht er im Kampf des Teufels gegen Gott. Bedauerlich sind schließlich, um Aretins willen, die zahllosen Äußerungen eines hemmungslosen antinorddeutschen Ressentiments. In dieser Hinsicht hält Aretin ganz die Tradition seines Vorfahren Christoph von Aretin aufrecht, der im Mittelpunkt der sogenannten Aretinschen Händel stand, soviel sonst den tiefgläubigen Katholiken Erwein Aretin von dem aufklärerischen, nur politischen Katholiken Christoph Aretin trennen mag. Alles Böse ist für Aretin im Preußentum konzentriert. Von einem einzigen Ansatz einer verstehenderen Beurteilung „dieses Volksstammes", dem er übrigens auch Franz von Papen zurechnet, abgesehen, ist das Buch durchweg in einer Tonart geschrieben, die nur das „halbrussische Ostelbien" und das „ganz im innersten Mark unehrliche und verlogene Preußentum" kennt. Auch auf diesem Wege kann man zum terrible simplificateur werden.

S. 214: Daß ein Koburger Volksschullehrer und Prügelheld und sein „Ansbacher Freund gleichen Kalibers" von Schemm zu Staatssekretären im Bayerischen Kultusministerium ernannt worden wären, ist ebenfalls unzutreffend; der einzige nationalsozialistische Staatssekretär im bayerischen Kultusministerium ist der frühere Verleger Dr. Ernst Boepple gewesen. S. 439: falscher Vorname des späteren Generals Erich Marcks. Einer ganzen Anzahl weiterer Behauptungen Aretins steht Rez. aus Gründen der „inneren Kritik" höchst skeptisch gegenüber, ohne indessen den strikten Nachweis ihrer Unrichtigkeit führen zu können. Aretin hat offenbar viele während der Haftzeit und seiner späteren Isolierung zu ihm gedrungene Gerüchte für bare Münze genommen, die es nicht verdienten. Dem schwergeprüften Mann ist daraus kein Vorwurf zu machen, doch hätte der Herausgeber hier kritischer sein müssen.

[5] Man lese in diesem Zusammenhang, was Aretin S. 124 über die Persönlichkeit und Wirksamkeit Karl Reichels schreibt, und vergleiche dazu die Ausführungen in der Kronprinz-Rupprecht-Biographie S. 439 f. Der Fall Reichel war indessen verhältnismäßig belanglos gegenüber anderen Differenzen persönlicher, taktischer und grundsätzlicher Art, an denen die ziemlich verbreitete und nicht schlecht organisierte monarchistische Bewegung Bayerns litt.

Jahrgang 3 (1955), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Konrad Beyerle, der Wortführer der Bayrischen Volkspartei in Weimar, hat in der Nationalversammlung alle Argumente zusammengefaßt, die von jeher für den Föderalismus ins Feld geführt worden sind: „Was durch Zufall entstanden sei, könne sich im staatspolitischen Bewußtsein der Volksgenossen zur lebendigen Zweckmäßigkeit, ja Notwendigkeit entwickeln", und schließlich gipfelten seine Ausführungen in der Meinung, „daß der Bundesstaat dem deutschen Volk gemäß sei, weil er sein Streben nach Freiheit in der Genossenschaft anspräche, einem Hort hoher Kulturwerte und Pflanzstätte des Heimatgefühls und bodenständiger Art und Sitte, einem Wirkungsfeld des politischen Lebens im übersehbaren Kreise gleichkomme[6]." Schwend stimmt Beyerle im Grundsätzlichen durchaus zu und ergänzt ihn an vielen Stellen durch den Hinweis auf den freiheitlich-demokratischen Charakter des Föderalismus und seine Bedeutung als Gegengewicht gegen despotisch-zentralistische Tendenzen. Diese Beweisführung ist geläufig, ebenso die der unitarischen Gegenpartei. Wer das Prinzip der „Verreichlichung" vertrat, erhoffte davon eine Erhöhung der äußeren und inneren Geschlossenheit der Nation, die Möglichkeit beträchtlicher Einsparungen, die Vermeidung unausbleiblicher Friktionen zwischen Reich und Ländern sowie der Rivalitäten der Staaten untereinander, die Konzentration der politischen Energien und die Beseitigung von Gefahrenherden für den Zusammenhalt des Reiches in großen Krisen, die einer Umbildung des Föderalismus in Partikularismus und Separatismus Vorschub leisten könnten. Man wies auf die Politik Eisnerbayerns und andere Erscheinungen der Jahre 1919–1923 hin. Der Unitarist ließ nicht gelten, daß durch Einschränkung oder gar Aufhebung der Länderselbständigkeit Reichtum und Vielfalt des deutschen Geisteslebens und der heimischen Überlieferungen Schaden leiden müßten. Ebensowenig konnte er dem Föderalisten zugestehen, daß dieser das Recht der Geschichte auf seiner Seite habe. Die vorwiegenden Tendenzen der politischen, wirtschaftlichen und technisch-zivilisatorischen Entwicklung der neueren und neuesten Zeit seien nicht geschichtsfremd, sondern besonders geschichtsmächtige Faktoren, die gebieterisch nach Berücksichtigung im Neubau des deutschen Staates verlangten, wolle man nicht mit veralteten Methoden im internationalen Wettbewerb der Staaten hoffnungslos ins Hintertreffen geraten.

So bekannt nun die theoretischen Positionen beider Parteien, der Föderalisten und der Unitaristen sind, hinsichtlich des soziologischen Standorts dieser Richtungen gäbe es noch manches zu klären. Gewiß, wie die politischen Parteien handelten und dachten, wissen wir ausreichend aus ihren Programmen und ihrer Tätigkeit. Aber wie verteilen sich die beiden Gruppen regional und beruflich, nach Klassenlage und Konfession? Schwend deutet oft genug darauf hin, daß die konsequent föderalistische Politik der Bayrischen Volkspartei die Bevölkerung des Freistaats Bayern nicht geschlossen hinter sich hatte. Er nennt nicht nur die Namen antiföderalistischer Politiker und Staatsrechtler der Weimarer Republik, er spricht auch gelegentlich von unitarisch gesinnten bayrischen Wirtschaftskreisen oder von der Politik des

[6] Zitiert nach Schwend, S. 101.

Jahrgang 3 (1955), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Deutschen Städtetages, die in Bayern in der Person Hermann Luppes einen Vorkämpfer hatte, des Oberbürgermeisters von Nürnberg, der Stadt, die sich – man möchte sagen natürlicherweise – nicht selten in einem gewissen Antagonismus zu München und der von der Landeshauptstadt ausgehenden Politik befand. Schließlich ist es wieder und wieder die Reichsministerialbürokratie, die Schwend als Hauptfeind betrachtet, während in seinem Lager die Landesbürokratie, insbesondere die höhere, die berufene Vorkämpferin föderalistischer Belange gewesen ist. Da sich die Frage Unitarismus–Föderalismus hauptsächlich auf dem staatsrechtlichen Gebiet abspielte, war es selbstverständlich, daß die Leiter und Träger der jeweiligen Apparate gemäß dem Schwergewicht der Institutionen sich am ehesten zu deren Hütern und Verteidigern entwickelten. Interessant wäre es, zu wissen, ob auch im Kreis der Reichsbürokratie föderalistische Lösungen erwogen wurden, ob andererseits bayrische Beamte im Reichsdienst unitarische Tendenzen vertreten haben. Wieviele bayrische Beamte haben aus politischen Gründen den Übertritt in den Reichsdienst abgelehnt? Und wie hat sich die Reichsbürokratie hinsichtlich der regionalen Zugehörigkeit ihrer Mitglieder zusammengesetzt? Nach Konfessionen aufgeschlüsselt war die Stellungnahme zu Zentralismus und Föderalismus wohl differenzierter, als man gewöhnlich annimmt. Klärend wirkt, was Schwend aus vorzüglicher Kenntnis der Materie zur Haltung der Kurie gegenüber der bayrischen Eigenstaatlichkeit und verwandten Problemen zu berichten weiß.

Das Verhältnis Bayerns zum Reich ist in der Geschichte der Auseinandersetzungen zwischen einer einheitlicheren und einer mehr gelockerten Auffassung der deutschen Staatlichkeit nur ein Teilproblem und nicht einmal das ausschlaggebende. Es scheint jedoch, daß dieses Gebiet in besonderem Maße mit Mißverständnissen belastet ist. Um dem historischen Sachverhalt gerecht zu werden, bietet sich als heuristisches Prinzip die Unterscheidung zwischen Bayern und Baiern an. D. h. wir trennen zwischen dem bairischen Stamm, der herzoglichen und kurfürstlichen Staatlichkeit eines stammesmäßig fast geschlossenen Baiern auf der einen und dem Königreich wie dem Freistaat Bayern auf der anderen Seite. Daß die Schreibung Bayern nicht unmittelbar mit der Gründung des bayrischen Königtums durchgedrungen ist und andererseits neben „Baiern" schon Jahrhunderte vor 1800 vorkommt, besagt nichts gegen die geschichtsmethodische Anwendbarkeit dieser Unterscheidung. Eine Kontinuität zwischen dem Baiern vor und dem Bayern nach 1806 ist durch die politisch-geographische Bedeutung des bairischen Kerngebiets, nunmehr „Altbayerns" in dem neuen Staatswesen gegeben, durch die Beibehaltung der Landeshauptstadt München, durch den Fortbestand der, wenn auch seit 1799 in einer neuen Seitenlinie in den Vordergrund tretenden Dynastie Wittelsbach, durch die Fortdauer mancher staatspolitischer Traditionen, die der bairische Fürstenstaat schon seit Jahrhunderten ausgebildet hatte, nicht zuletzt der dynastischen pfälzisch-bayrischen Beziehungen. Trotz dieser Zusammenhänge ist es im Hinblick auf die neubayrischen Gebietsteile bedenklich, von einer ununterbrochenen, mehr als tausendjährigen bayrischen Geschichte zu sprechen, da diese politisch und kulturell, z. T. auch konfessionell in den rheinbündischen Mittelstaat ganz andere

Jahrgang 3 (1955), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Traditionen mitbrachten, als sie in Altbayern vorhanden waren. Ebensowenig läßt es sich rechtfertigen, eine wiederum weit mehr als tausendjährige bayrische Kultur ins Treffen zu führen. Es gibt eine großartige bairische Stammeskultur des Mittelalters und der frühen Neuzeit sowie eine nicht minder eindrucksvolle landschaftlich geprägte, insbesondere höfisch und geistlich bestimmte Kultur der kurfürstlichen Barockzeit und deren Ausklänge. Aber die Errichtung des bayrischen Königreichs fiel zusammen mit einem endgültigen Ausreifen der deutschen Kulturnation. Was seitdem im Staatsraum Bayerns an Kulturwerten höheren Ranges geschaffen wurde, zählte – noch bestimmter als früher – zur deutschen Kultur. Die europäische und innerdeutsche Fluktuation des Geisteslebens war durch die technischen Möglichkeiten des 19. Jahrhunderts so lebhaft geworden, daß von Bodenständigkeit der Kultur wie in vergangenen Zeiten auch nicht mehr annähernd gesprochen werden konnte. Was sich über das Regionale und Provinzielle, über das Mundartliche und das nur Atmosphärische zu höherer Geltung erhob, war deutsch. Klenzes Klassizismus, Döllingers theologisch-historisches Werk, Jean Pauls Dichtung, Regers Musik sind weder bairisch noch bayrisch. Solche Feststellungen sind nicht, wie man meinen möchte, selbstverständlich: Sämtliche hier rezensierten Autoren operieren unbedenklich und gänzlich unkritisch mit einer bayrischen Geschichts- und Kulturkontinuität, wie sie in der von ihnen behaupteten Form nicht vorhanden ist.

Wir wollen uns indes auf das Politische beschränken. Die Aufgabe, Baiern in Bayern umzuschaffen, haben Graf Montgelas, seine Mitarbeiter und Nachfolger dem Zeitgeist und dem französischen Vorbild entsprechend auf rein zentralistische Weise gelöst. Wenn Montgelas auch der Verfassung und dem Parlament noch in skeptischer Zurückhaltung gegenüberstand, so hat er doch als typischer „Revolutionär von oben" die für ein „modernes" Staatswesen unabdingbaren Voraussetzungen und damit die Grundlagen geschaffen, auf denen der bayrische Staat heute noch beruht. Symbole und offizielle Historie des neuen Staates knüpften nach Lage der Dinge vorwiegend an die bairische Überlieferung an. Dies leistete einem geschichtlich-politischen pars pro toto-Denken Vorschub, das unter Bayern mehr oder weniger nur das bairische Kerngebiet verstand, die neubayrischen Provinzen als quantité négligeable behandelte und bis zum heutigen Tage nicht ausgestorben ist. Das rationalistisch-zentralistisch erbaute Bayern strebte unter Montgelas und noch nach ihm eine bayrische Nationalisierung der neuerworbenen Gebiete an. Jede politische Sonderexistenz und jedes politische Sonderbewußtsein innerhalb der bayrischen Staatsgrenzen und insbesondere der neuen Provinzen sollte beseitigt werden. Diesem Ziel diente die nach dem Beispiel der französischen Département-Ordnung und ihrer Namengebung durchgeführte Ausmerzung historischer Landschafts- oder Staatsbezeichnungen innerhalb der Nomenklatur der bayrischen Verwaltung. Wenn auch 1837/1838 König Ludwigs I. romantische Geschichtsliebe für die Regierungsbezirke des Landes teils historische, teils historisierende, auf die Stammesnamen zurückgreifende Benennungen einführte, so änderte sich deswegen das zentralistische Verwaltungssystem nicht im geringsten, ganz abgesehen davon, daß die Stämme als

Jahrgang 3 (1955), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

politische Faktoren gegenüber den Staaten in der deutschen Geschichte je länger je weniger von Bedeutung gewesen sind.

Nun ging allerdings die bayrische Nationalisierung nicht so weit, daß sich in dem neuen Staate nicht kräftige landschaftliche Sonderart gerade im politischen Denken erhalten hätte, und diese Tatsache zu kennen und zu verstehen ist unerläßlich auch für die geschichtliche Betrachtung der bayrischen Politik von 1918–1933. Nicht nur, daß die Standesherren mit Bitterkeit an den Vorgang der Mediatisierung zurückdachten oder manche reichsstädtische Kreise der Vergangenheit nachtrauerten. Wichtiger war das allgemeine Verhalten der politisch aktiven und tonangebenden Staatsbürger in den neuen Gebietsteilen. Die Pfalz, in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts Würzburg und Bamberg, ferner Nürnberg und mehrere andere fränkische und schwäbische Städte und Landschaften waren Zentren einer gegen die von Altbayern ausgehende bürokratische, mitunter reaktionäre Staatsomnipotenz gerichteten Opposition. Man vergleiche das Verhalten der altbayrischen und der neubayrischen Bevölkerung 1848, 1866 und 1870/71! Man betrachte ferner die Wahlergebnisse in den altbayrischen und neubayrischen Provinzen vom ersten bayrischen Landtag 1819 bis zum heutigen Tag, und man wird erkennen, daß historisch-politische und konfessionelle Unterschiede beträchtlich nachwirken und von einer völligen Nivellierung des gesamten Staatsgebiets nicht die Rede sein kann. Aretin, der, sobald er seine doktrinäre Brille ablegt, ein vorzüglicher Beobachter sein kann, liefert für die Zeit zwischen 1918 und 1933 einige hierfür einschlägige Belege, die sich beliebig vermehren ließen. Anläßlich einer Fahrt durch Ost- und Nordbayern 1932 stellt er fest: „Politisch war es interessant, die schroffe Grenze zwischen der Oberpfalz und dem protestantischen Oberfranken zu beobachten. In der Oberpfalz warf man der Regierung vor, in Berlin zu leise zu sein, in Oberfranken aber ging die Meinung ungefähr dahin, daß Berlin hilfsbereit sei, die bayrische Regierung aber nur für Wahlbezirke der Bayrischen Volkspartei sorge und die protestantischen Bezirke gewissermaßen absichtlich verrecken lasse. Das roch stark nach ‚Los von Bayern!' und war die natürliche Folge einer Politik, die Bayern unabsichtlich, aber verzweifelt ungeschickt zum Privatbetrieb der Bayrischen Volkspartei degradierte" (S. 52). Oder: 1932 hielt Aretin in Niederbayern einige monarchistische Versammlungen ab, die sehr gut besucht waren und offenbar völlig zu seiner Zufriedenheit verliefen. Daraufhin stieß er einige wenige Kilometer über den altbayrischen Bereich nach Unterdiessen bei Landsberg vor und stellte bei einer dortigen Versammlung trotz sehr guten Besuches fest, daß „natürlich der schwäbische, weniger traditionsgebundene Boden sich fühlbar machte" (S. 129). Unter d e r Tradition verstand Aretin offenbar monarchische Überlieferung in spezifisch altbayrischer Fassung. Die eigenständige Tradition anderer Gebiete kam für ihn weniger in Betracht.

Die vorstehenden Ausführungen wollen als kritische Anmerkungen verstanden sein, aber keineswegs in Zweifel ziehen, daß das bayrische Staatsexperiment der Montgelaszeit im ganzen geglückt ist. In zahlreichen kleinstaatlichen Gebilden wurde zu Beginn des 19. Jahrhunderts der Übergang in ein ansehnlicheres und kräftiges Staats-

Jahrgang 3 (1955), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wesen von mittlerer Größe mit Befriedigung aufgenommen. Loslösungsgedanken vom bayrischen Staat sind kaum je ernsthaft in Betracht gezogen, geschweige denn ausgeführt worden, abgesehen von dem von Frankreich gestützten pfälzischen Separatismus nach 1918, der sich ebenso gegen das Reich wie gegen Bayern richtete. Es zeigte sich, daß es wieder einmal gemeinsames geschichtliches Schicksal und die Realitäten des politischen Alltags gewesen sind, nicht „Volksgeist" oder Stammescharakter, die staatsbildend wirkten: Die gemeinsame Zugehörigkeit zu einer einheitlichen Verwaltung und Justiz, die innerbayrischen Wirtschaftsbeziehungen, die bindenden Kräfte der Krone und des Parlaments, die Entstehung ganz Bayern übergreifender Parteien – alle diese Tatsachen haben auch in Neubayern ein starkes bayrisches Staatsbewußtsein erzeugt, das als politische Kraft in die Waagschale geworfen werden konnte. Sehr förderlich war dieser Entwicklung, daß dem geschlossen katholischen Altbayern nicht ein gleichermaßen geschlossen protestantisches Neubayern gegenüberstand, so daß vom katholischen Franken und Schwaben im Zeichen einer zunehmenden politisch-konfessionellen Demokratisierung leicht der Brückenschlag zum katholischen Altbayern erfolgen konnte. Mehr Neubayern als Altbayern haben das Land regiert. Man benötigt nur wenig mehr als die Finger einer Hand, um die altbayrischen Regierungschefs von 1800–1955 aufzuzählen. Im katholischen Franken, in Gaibach, war es, wo ein Graf Schönborn als Denkmal gesamtbayrischer Integration unter liberalem Vorzeichen die Verfassungssäule und den Konstitutionssaal erbauen ließ.

Die Anfänge eines bayrischen Staates fielen zusammen mit der Unterwerfung sämtlicher Glieder des ehemaligen Römischen Reiches Deutscher Nation durch Napoleon Bonaparte. Die napoleonische Ära war der Ausgangspunkt für ein politisch schlagkräftiges und wirksames deutsches Nationalbewußtsein, das sich vom früheren Reichspatriotismus grundsätzlich unterschied. Dieses Nationalbewußtsein steuerte den deutschen Nationalstaat an, der die machtpolitische Rückständigkeit der Nation gegenüber den westlichen Völkern überwinden sollte. Man mag über den Nationalstaat grundsätzlich denken wie man will – daß er heute nicht mehr der politischen Weisheit letzter Schluß sein kann, liegt auf der Hand –, im 19. Jahrhundert waren es die stärksten politischen Triebkräfte, die in diese Richtung drängten, und für die Selbstbehauptung der Nation war unter den damaligen Umständen der Nationalstaat die am meisten gemäße, mit einer gewissen Notwendigkeit zustandegekommene Lösung. Von der bayrischen Politik her gesehen gab es verschiedene Möglichkeiten, zu diesem Sachverhalt Stellung zu nehmen. Einmal konnte man den Kopf in den Sand stecken und die problematische Souveränität, die Rheinbund und Deutscher Bund dem bayrischen Staate zuerkannten, für den Höhepunkt des Erreichbaren und Wünschbaren halten. Einzelstaatliche Souveränität war ein Zauberwort für die meisten deutschen Staatsmänner, Diplomaten und Bürokraten in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, die der deutschen Einheitsbewegung meist Skepsis und Abneigung entgegenbrachten. Ein Publizist wie Christoph Freiherr von Aretin hat zu Beginn des 19. Jahrhunderts eine Art von Ideologie eines rheinbündisch bestimmten bayrischen Partikularismus konstruiert. Nicht mehr föderative, sondern

Jahrgang 3 (1955), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ausgesprochen partikularistische Tendenzen hat es in Bayern fortan neben anderen stets gegeben. Nicht immer freilich waren partikularistische Formulierungen so bös gemeint, wie sie sich anhörten. Wo innerhalb einer föderativen Grundkonzeption die bayrische Eigenstaatlichkeit kräftig verteidigt werden sollte, nahmen oft Verlautbarungen ihren Weg an die Öffentlichkeit, die von Außenstehenden nur mehr als partikularistisch aufgefaßt werden konnten. Es wird niemand wundern, wenn der preußische Ministerpräsident Braun in seinem Buch „Von Weimar zu Hitler" als Beleg für eine dem Reich bestenfalls indifferent gegenüberstehende Politik folgende Stelle aus der Bayrische Volkspartei-Korrespondenz zitiert: „Für die Bayrische Volkspartei, die mit dem Bayrischen Staat steht und fällt, muß bei allen ihren Entschlüssen der Gesichtspunkt maßgebend sein, ob damit der bayrischen Sache genützt oder geschadet wird. Die Politik der Bayrischen Volkspartei darf nichts anderes sein als Dienst am bayrischen Gedanken[7]."

Der andere Weg war, die bayrische Eigenstaatlichkeit, wenn nötig unter Aufgabe von Souveränitätsrechten, in eine neue kräftige Bundes- oder Reichsorganisation einzubauen. Vom Standpunkt der Erhaltung des Eigengewichts Bayerns wäre in diesem Zusammenhang die sogenannte trialistische Lösung die günstigste gewesen. Die dahin zielende bayrische Initiative stieß aber ins Leere. Die deutsche Frage wurde da entschieden, wo die stärkste deutsch-europäische Machtkonzentration vorlag. Bayern hatte nur zu optieren zwischen Wien und Berlin, zwischen der großdeutschen und der kleindeutschen Lösung. Die großdeutsche Reform hatte die Reichstradition hinter sich und eine mitteleuropäische Blockbildung vor sich mit unvermeidlich expansiver Ost- und Südostpolitik. Sie mußte den politisch-katholischen Kräften in Bayern, soweit sie nicht einseitig partikularistisch gerichtet waren, der willkommenere Weg sein. Die kleindeutsche Lösung war „moderner" und dem nationalstaatlichen Zeitgeist angemessener. Sie war auch praktischer, weil sie künftige Komplikationen mit den nichtdeutschen Nationalitäten Österreichs auszuscheiden schien, weil sie die unvermeidlichen Rivalitäten zwischen den Dynastien Habsburg und Hohenzollern, zwischen den schwer aufzulockernden schwarz-weißen und schwarz-gelben Staatstraditionen, auf dem Weg einer freilich schmerzlichen Operation beseitigen wollte und beseitigt hat. Eine saturierte europäische Existenz der deutschen Nation war in kleindeutscher Fassung am ehesten zu erwarten. Von Bayern her kamen Preußen manche protestantischen Sympathien entgegen. Ausschlaggebender war, daß bis zu Bismarcks Amtsantritt und noch einmal nach 1866 Preußen in Deutschland und damit auch in Bayern mehr liberale Hoffnungen erweckte als das Österreich der fünfziger Jahre, das ein im freisinnigen Deutschland mit großem Argwohn aufgenommenes Konkordat abgeschlossen hatte. Es ist sehr aufschlußreich, in Schwends historischer Einleitung die Partien zu lesen, die sich mit dem Hineinwachsen Bayerns in das Bismarckreich befassen. Schwend ist, wie bei seiner politischen Einstellung nicht anders zu erwarten, Gegner der bismarckisch-kleindeutschen Lösung. Trotzdem ist es auffallend (und spricht für sein geschicht-

[7] A.a.O. S. 146.

Jahrgang 3 (1955), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

liches Denken), wie sehr er gerade in diesen Ausführungen mit dem Begriff der historischen Notwendigkeit arbeitet. Alles in allem hat sich die bayrische Bevölkerung in das Bismarckreich recht gut eingelebt. Das Vorhandensein beträchtlicher föderativ-legitimistischer Bestandteile des neuen Reiches erleichterte den Übergang in ein neues geschichtliches Stadium. Manche romantisch angehauchten Reichspatrioten ließen sich an Namen und Symbol von Kaiser und Reich genug sein und übertrugen ihre Kaiserbegeisterung auf das Hohenzollernreich, das allerdings kein „echtes" Reich im Sinne der Tradition, sondern ein Nationalstaat war bzw. dazu wurde und aus dem Nationalstaat zu einem Imperium neuer Ordnung, einem imperialistischen Großstaat heranwuchs. Die Reichsideologie des 19. Jahrhunderts ist ein geistesgeschichtlich sehr differenziertes Gebilde. In der Masse der Bevölkerung zeigte sich von einer Kontinuität des Reichspatriotismus des 18. oder noch früherer Jahrhunderte nicht viel, in Bayern in den neubayrischen Regierungsbezirken gewiß noch mehr als in den altbayrischen, die seit dem Mittelalter eine eigenwillige, häufig dem Reich trotzende Staatlichkeit ausgebildet hatten. Was dann die politische Ideengeschichte des 19. Jahrhunderts an Reichsgedanken bewegt und durchzieht, ist mehr romantisch-literarische Neubelebung, Historie und Historismus, symbolische Einkleidung modernen Nationalbewußtseins und der Sehnsucht nach einem starken Staat. Diesem starken Staat galt die Reichsfreudigkeit derjenigen Schichten, auf die auch in Bayern viel ankam. Selbst anfänglich abseits stehende Kreise haben allmählich den neuen Zustand bejaht, und etwas unwillig gibt Schwend zu, daß auch unter vielen seiner Parteifreunde nach 1918 eine Restauration nach den Grundzügen der Bismarckschen Reichsordnung begrüßt worden wäre.

Unter den Fittichen des Bismarckreichs konnte sich das bayrische Staatsbewußtsein erhalten und sogar weiter entfalten. Der realistisch denkende Teil der Bevölkerung hat es dankbar empfunden, daß ihm unter dem Hort und Schutz des Reichs die Möglichkeit zu reicherer wirtschaftlicher und auch politischer Betätigung gegeben war. Auch angesichts der Niederlage des ersten Weltkriegs war mit reichsfeindlichen Parolen im Volke wenig Staat zu machen. Die öffentliche Meinung, die in solchen Fällen eines Sündenbocks bedarf, der „Volkszorn", wandte sich in Bayern gegen die Preußen und Berlin. Preußen zeichnete zwar für die Reichsführung verantwortlich, aber es war doch ein Unterschied, ob sich der Mann auf der Straße gegen das Reich oder gegen Preußen aussprach. Militärisch-politische Katastrophen vom Ausmaße derjenigen des ersten Weltkriegs rufen selbst in alten Nationalstaaten Auflösungserscheinungen hervor. In dem Bundesstaat Deutschland, einem jungen Nationalstaat, war es kaum vermeidbar, daß im Elend des Zusammenbruchs manches ans Licht des Tages stieg, was bis dahin lange Zeit nur ein Winkeldasein hatte fristen können. Es war nicht erfreulich, aber begreiflich, daß 1918 bis 1923 in einzelnen Fällen sich separatistische, stärker partikularistische Aktivität entfaltete. Wir überblicken heute, was damals an Sonderung und Absonderung im Schwange war. Was einzelne notorische Reichsfeinde ins Werk zu setzen versuchten, wog nicht schwer und zerging wie Seifenblasen. Beachtung ver-

Jahrgang 3 (1955), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dient nur, was bei den Führungsschichten und den maßgeblichen politischen Gruppen, insbesondere bei der Bayrischen Volkspartei, vor sich ging. Prüft man etwa neben anderen Veröffentlichungen sine ira et studio das Material[8], das F. Hilpert in seiner Dissertation „Die Grundlagen der bayrischen Zentrumspolitik 1918 bis 1921" (München 1941) zusammengetragen hat, so bleibt nicht sehr viel Gravierendes übrig, allenfalls Dr. Georg Heims politische Robustheit und seine Auffassung von Realpolitik und eine gewisse allgemeine Direktionslosigkeit, die in Bayern wie anderswo in den ersten Jahren der Republik zutage trat. Angesichts einer ungewissen Zukunft des Reichs und mitunter anarchischer Zustände war es naheliegend, daß sich größere Gruppen der Bevölkerung vorwiegend aus praktischen Erwägungen und unter dem Motto, daß ihnen das Hemd näher sei als der Rock, mit einer gewissen Verdrossenheit in das leidlich intakte und, wie es schien, rechts des Rheins territorial nicht gefährdete bayrische Gehäuse zurückzogen. Daß dieser intakte Zustand nach der Eisner- und Räteära unter Mithilfe nichtbayrischer Kräfte hergestellt wurde, hat man nicht sonderlich beachtet.

Bevor die neue Reichsverfassung unter Dach und Fach gebracht war, bemühte man sich, das künftige Verhältnis Bayern–Reich zugunsten einer stärkeren Position des eigenen Staates umzugestalten. Im Sinne alter Vorstellungen und Wünsche der 1866 und 1870/71 innenpolitisch unterlegenen Gruppen, deren Vertreter mit dem Bismarckreich bestenfalls in einer Vernunft- und nie in einer Liebesehe gelebt hatten, wurde auch über Bayerns Grenzen hinausgedacht und ein Neubau des Reiches auf weit mehr föderativen Grundlagen erwogen. Aber die Zeichen der Zeit standen 1919 ganz anders. Der Zusammenbruch der Monarchie 1918 war nicht, wie man oft gesagt hat, Ende und Widerlegung der 1871 verwirklichten Konzeption eines deutschen Bundesstaates. Was die Grundstruktur und die Haltbarkeit des Reichsganzen betrifft, muß man von einer bestandenen Bewährungsprobe sprechen. In Anbetracht des Sieges harter Staatsräson über Wilsons weltbündische Ideen, der Exaltation des Nationalismus in ganz Europa, eines harten Existenzkampfes des deutschen Volkes und der Bedrohung seiner nationalen Einheit war in der politischen Praxis damals kaum mit einem anderen als dem alten nationalstaatlichen Rezept auszukommen. Die großen Parteien der Weimarer Republik gingen unter diesem Gesichtspunkt ans Werk, den Bismarckschen föderativen Nationalstaat in eine mehr unitarische Nationaldemokratie umzubauen. Die Auseinandersetzung zwischen dem neuen demokratischen Reichszentralismus und dem bayrischen Staatsbewußtsein, bzw. seiner zwar nicht alleinigen, aber wichtigsten Trägerin, der Bayerischen Volkspartei und der von ihr 1920—1933 geleiteten bayrischen Regierungspolitik, ist das Hauptthema des Schwendschen Buches. Von der Gründung der Bayrischen Volkspartei, ihrem Kampf gegen den preußischen Unitarismus und dem Bamberger Programm der Partei vom 18. September 1920 bis zu den letzten Aktionen der Regierung Held 1932/1933 verzeichnet Schwend jede von offizieller bayrischer Seite unternommene Bemühung um eine Stärkung der bayrischen Stel-

[8] Ich spreche nur vom Material. Eine Auseinandersetzung mit den Grundsätzen und Tendenzen Hilperts würde hier zu weit führen.

Jahrgang 3 (1955), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

lung und eine föderative Umgestaltung der Reichsverfassung. Schwend zieht für seine Person folgendes Fazit: „Im Widerstreit zur preußisch-deutschen Entwicklung war die bayerische Frage erstanden und so in ein Mißverhältnis zur deutschen Frage geraten. Eine Befreiung aus dieser schiefen Lage war nur möglich, wenn es gelang, die Reichsfrage, die preußische Frage und die bayerische Frage miteinander zu harmonisieren. Dann mußte man sich aber auch entschließen, die Prinzipien eines wirklichen Föderalismus folgerichtig und ohne Scheu vor dem historischen Nimbus Preußens auf diesen Staat anzuwenden. Dann durfte es keinen Halt mehr vor der Unversehrtheit des preußischen Staatsgebietes geben. Dann mußte die Frage der Neugliederung des Reiches, die föderalistisch betrachtet doch nur eine Aufgliederung des preußischen Staatsgebietes sein konnte, in das Zentrum der Reichsreform gestellt werden." (S. 328 f.)

Richtig ist jedenfalls, daß das Problem der Reichsreform in erster Linie das Verhältnis Preußens zum Reich berührte. Das rechtsrheinische Bayern konnte unversehrt in jeden Reichsumbau übernommen werden. Aber bereits eine die bayrische Zugehörigkeit der Pfalz in Mitleidenschaft ziehende Neuregelung des Reichsgebietes hätte ohne Zweifel den heftigsten Widerstand der offiziellen Hüter des bayrischen Staatsbewußtseins hervorgerufen. Waren aber schon die weiß-blauen Staatstraditionen nicht schwächlich entwickelt, wer konnte erwarten, daß der schwarz-weiße Staatswille eingeschlafen war? Auch nach dem Sturz der Monarchie zeigte es sich, daß die alten Staatspersönlichkeiten fortfuhren, sich zu behaupten und zu sichern. Ihr Lebenswille war keine schlechthin unerschütterliche, aber doch eine sehr starke Potenz. Wie sollte die von Schwend gewünschte und unter anderem Vorzeichen bereits von Hugo Preuß vorgeschlagene Aufgliederung Preußens vor sich gehen? Wie und wo sollte man neue Staaten aus dem Boden stampfen, die föderativ brauchbare Gebilde darstellten? Das Hannoversche Volksbegehren 1924 hatte an der innerhalb Preußens relativ aussichtsreichsten Stelle für einen staatlichen Neuansatz keine ermutigenden Ergebnisse gezeitigt. In polemischer Beleuchtung läßt Schwend auch die von ihm abgelehnten Lösungen einer Neugliederung des Reiches Revue passieren. Er erörtert den Verfassungsentwurf von Hugo Preuß und die bei Deutschnationalen wie bei Mitgliedern der Bayrischen Volkspartei häufigen, nicht sehr phantasievollen Restaurationsbestrebungen, er spricht mit äußerstem Mißfallen von den Unternehmungen des Deutschen Städtetags, er analysiert die Vorschläge, die aus Reichskanzler a. D. Luthers „Bund zur Erneuerung des Reiches" hervorgegangen waren und Schwends Reichs- und Staatskonzeption ebenfalls zuwiderliefen, er erörtert die innerhalb der Reichsministerien entworfenen Baupläne, und er beschäftigt sich wiederholt mit Linie und Taktik des preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun, der zwischen preußischer Staatsräson und deutschem Unitarismus einen schwierigen Weg gegangen ist. Braun hat aus der Rückschau seine Ansichten zur Reichsreform wie folgt zusammengefaßt: „Personalunion der leitenden Regierungsstellen im Reich und in Preußen, reichisch-preußische Verwaltungsgemeinschaften auf allen wichtigen Gebieten mit ihrer aufsaugenden Wirkung auf die vornehmlich durch Reichssubsidien selbständig erhaltenen Kleinstaaten und

Jahrgang 3 (1955), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

spätere allmähliche organische Eingliederung der noch abseits gebliebenen Länder in dem so ausgebauten einheitlichen Verwaltungs- und Wirtschaftskörper bis zur zweckmäßig organisch gegliederten Reichseinheit[9]." Auf eine Möglichkeit, die Anfang 1919 in greifbare Nähe gerückt zu sein schien, ist Schwend nicht näher eingegangen: die Vereinigung Deutschösterreichs mit der Deutschen Republik. Die Spekulationen, wie sich ein 1919 vollzogener Anschluß innen- und außenpolitisch ausgewirkt hätte, könnten ins Uferlose gehen. Sicher ist jedoch, daß das Verhältnis zwischen Reich und Ländern, zwischen Süd- und Norddeutschland, ein ganz anderes Aussehen gewonnen hätte.

Wiederholt taucht bei Schwend die Frage föderalistischer Bundesgenossenschaft für Bayern im Reich auf. Parteipolitisch konnte sich die Bayrische Volkspartei außer den Deutsch-Hannoveranern kaum einen auch nur regional ernst zu nehmenden Alliierten erhoffen. Ihr großer und einzig möglicher Erfolg ist es gewesen, das Zentrum von der zentralistischen Erzbergerlinie wieder abgebracht zu haben. Staatspolitisch bot sich die Taktik einer gemeinsamen Front der süddeutschen Länderregierungen an. Schwend berichtet, was an Versuchen in dieser Richtung geschehen ist, und nennt insbesondere Gedanken und Tätigkeit des badischen Staatspräsidenten Baumgartner. Wer die Geschichte der drei süddeutschen Mittelstaaten seit der Rheinbundzeit verfolgt und beobachtet, wie im gegenseitigen Verhältnis dieser Länder das Trennende meist mehr als das Gemeinsame betont worden ist – man denke an die Vorgänge in Versailles 1870 –, wird nicht erstaunt sein, daß von einer wirksamen und kontinuierlichen süddeutschen Tatgemeinschaft in Fragen der inneren Reichspolitik nicht die Rede sein konnte. Auch ein ausgeprägter föderatives Staatsgebilde, als die Weimarer Republik es gewesen ist, kommt nicht nur nicht ohne Hauptstadt und Zentralregierung, sondern auch nicht ohne regionale Schwerpunktbildung(en) innerhalb seines Staatsgebietes aus. Unter diesem Blickpunkt stellt sich die Frage, ob das Reich etwa von Süddeutschland aus hätte regiert oder maßgeblicher beeinflußt werden können. Alle quantitativen Realitäten der deutschen Politik und die mächtigeren Traditionen unserer neueren Geschichte sprachen dagegen – selbstverständlich immer unter der Voraussetzung, daß der Anschluß Österreichs unterblieb. Auch nach 1945, als Bayern erheblich an politischem Terrain zurückgewinnen konnte, hat sich die neue Schwerpunktbildung innerhalb der Bundesrepublik aus politisch-geographischen, wirtschaftlichen, verkehrstechnischen und anderen Ursachen nicht in Süddeutschland abgespielt.

Abschließend noch einige zusammenfassende Bemerkungen zu dem Problem Unitarismus–Föderalismus von 1918–1933:

1. Zentralismus und Föderalismus wurden nicht immer um ihrer selbst willen betrieben. Man muß stets nach den partei-, gesellschafts- und kulturpolitischen Motiven fragen, für die beide Staatsprinzipien jeweils das Vehikel abgeben sollten. Die Fronten verlaufen hier nicht starr, und gegnerische Weltanschauungen oder Parteimeinungen klammern sich bald an die föderative, bald an die unitarische

[9] Braun a. a. O., S. 215.

Jahrgang 3 (1955), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Konzeption. Beispielsweise haben zwei so entgegengesetzt denkende und handelnde Persönlichkeiten wie Eisner und Kahr für höchst unterschiedliche Zielsetzungen eine schroffe bayrische Sonderpolitik gegen Berlin betrieben.

2. Das Generalthema des Schwendschen Buches war nicht das der deutschen öffentlichen Meinung zwischen 1918 und 1933. Es gab in Deutschland nur eine ausgeprägte, starke Landespartei. Die staatsrechtlichen Fragen zwischen Reich und Ländern beschäftigten die Regierungssphäre, die juristischen Spezialisten der Kabinette, Universitäten und Parteien weit mehr als die Allgemeinheit, die von ihren wirtschaftlichen Nöten und dem Kampf zwischen Rechts und Links viel stärker in Anspruch genommen wurde.

3. Unitarismus und Föderalismus sind nicht nur mit Absolutheitsanspruch auftretende grundsätzliche Haltungen, sondern auch richtige oder falsche Antworten auf verschiedene politische Situationen. Die Bewegtheit der deutschen Geschichte ist nicht zuletzt aus dem Widerstreit beider Grundhaltungen zu erklären. Die Weimarer Republik, Erbin des in den imperialistischen Wettbewerb eingetretenen Kaisertums und je länger, je mehr einer neuen machtpolitischen Ära zusteuernd, hat dem föderativen Prinzip engere Grenzen gezogen, gleichwie das machtpolitisch auftretende Bayern von 1806 innerhalb seiner Grenzpfähle keine regionalen Autonomien verschenkte. Eine gänzlich gewandelte außenpolitische Situation, in der auf die Dauer doch übernationale und internationale Zusammenhänge und Zusammenschlüsse den Gang der Politik bestimmen werden, erlaubte es dem Grundgesetz der Bundesrepublik, größeren Spielraum für den Föderalismus zu gewähren. Freilich wäre es ein Irrtum zu glauben, daß die Nationalstaaten heute abgetan wären. Als Bewußtseins- und Willens-, als Traditions-, Leistungs- und Schicksalsgemeinschaften sind sie nach wie vor echte Potenzen und für die Praxis der Gegenwart offenbar noch unentbehrlich. Daher stehen weder Partikularismus noch Separatismus zur Debatte. Nur ein gesunder, maßvoller Föderalismus, der aus der Spannung zwischen Selbstbehauptung der Einzelstaaten und ihrer Hingabe an die gemeinsamen Bundeszwecke lebt, kann den Gegebenheiten der Stunde entsprechen.

4. Mit guten Gründen machen heute die Anhänger des Föderalismus auf dessen demokratische Vorzüge aufmerksam. Zwischen 1918 und 1933 wurde indessen der Kampf für den Föderalismus nicht gleichermaßen deutlich und ausdrücklich unter demokratischen Parolen geführt. Zwar war der süddeutsche Lebensstil auch in dem hier zur Erörterung stehenden Zeitraum „demokratischer" als anderswo, und ein gefühlsmäßiger Demokratismus des Südens wurde gern gegen den Norden ausgespielt. Aber wie stand es mit dem Verhältnis des bayrischen Föderalismus zu der schwarz-rot-goldenen Demokratie der Weimarer Republik, mit der er sich konfrontiert sah? Wo rangierte eigentlich auf der Tafel seiner Werte die Demokratie? Schwend sagt ganz eindeutig: „Es war aber auch eine Schwäche der föderalistischen Verfassungsreformer, daß sie viel zu wenig den demokratischen Grundgehalt föderalistischen Staatsdenkens in das Bewußtsein der Zeit rückten und es so versäumten, an den Kern der Verfassungskrisis heranzugehen, in der sich die junge Demokratie befand . . . Das Bündnis zwischen demokratischem und föderalistischem Denken

Jahrgang 3 (1955), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

kam nicht zustande" (S. 334). Die liberaldemokratischen Grundprinzipien der Weimarer Verfassung entstammten dem Vernunftrecht, der Aufklärung, der Französischen Revolution; klassische westliche Konstitutionen hatten bei ihrer Entstehung Pate gestanden. Nun hatte zwar der politische Katholizismus Europas im 20. Jahrhundert zum größeren Teil die Demokratie als Staatsform und mit ihr das parlamentarisch-rechtsstaatliche Prinzip akzeptiert, aber die katholische Sozialphilosophie konnte nicht vorbehaltlos mit den Gedankengängen etwa eines Hugo Preuß einig gehen, und sie bot auch Ansatzpunkte für patriarchalische, ständestaatliche, royalistisch-konservative, militant-autoritäre Staatsgesinnung. Es ist nicht notwendig, die vielfältigen konkreten Erscheinungsformen des politischen Rechtskatholizismus hier aufzuzählen. Die Bayrische Volkspartei, der katholischen Sozialphilosophie verbunden und auf dem rechten Flügel des deutschen politischen Katholizismus stehend, war dennoch eine demokratisch-parlamentarische Partei und „Abweichungen" von der Art des Austrofaschismus oder der (schließlich vom Vatikan verurteilten) Action Française kamen nicht vor. Aber für Demokratie in dem verpflichtenden Sinn, den man ihr heute beilegt, überanstrengte man sich nicht. Auch der maßvollere Teil des weiß-blauen Konservativismus beargwöhnte in der Demokratie Weimarer Gepräges leicht das Berlinerische, das Protestantisch-, auch Jüdisch-Liberale, das primär republikanisch-zentralistische Element. Daß die Demokratie im Sinne der Weimarer Verfassung und ihrer Farben Schwarz-Rot-Gold in Bayern, insbesondere in Altbayern, populär geworden sei, kann man gewiß nicht behaupten, Aber wo war sie es schon? Es wäre auch ganz abwegig, hier über die Feststellung des „wie es eigentlich gewesen" hinauszugehen und einer Generation Vorwürfe machen zu wollen, die auf Grund ihrer geistig-politischen Herkunft und ihrer entscheidenden Erlebnisse gleich dem größeren Teil des deutschen Volkes damals kaum ein hieb- und stichfestes Verhältnis zur Demokratie haben und schwerlich ermessen konnte, welche menschlichen und politischen Chancen mit einer recht verstandenen Demokratie stehen und fallen. Dazu mußten erst noch andere Erfahrungen gemacht werden.

Auch das Verhältnis erheblicher Teile des bayrischen Konservativismus zum Nationalsozialismus bis 1923, die nicht sehr haltbare weiß-blau-schwarz-weiß-rot-hakenkreuzlerische Kollaboration mit gemeinsamem vaterländisch-nationalen Nenner und mit der gleichen Stoßrichtung gegen das rote „Sündenbabel" Berlin, muß unter dem Gesichtspunkt eines gänzlich mangelnden positiven Verhältnisses zur Demokratie gesehen werden. Man kann streiten, ob Kahrs Politik noch föderalistisch zu nennen war. Mit Demokratie hatte sie unbestreitbar nichts zu tun. Kahr war Mitglied der Bayrischen Volkspartei, und Schwend schildert, wie ihn seine Partei auf den Schild erhob. Schwend läßt ferner keinen Zweifel, daß die Politik Kahrs und Lossows die Voraussetzungen für den Hitlerputsch von 1923 schuf, ja, daß man sie zeitweise kaum im Grundsätzlichen von derjenigen der radikalen Aktivisten unterscheiden konnte: „Tatsächlich waren die Grenzen zwischen dem, was die Kreise um Kahr und Lossow mehr abwartend erhofften, und dem, worauf Hitler, Ludendorff und die Kampfbünde mit Ungestüm zusteuerten, unklar und verschwom-

Jahrgang 3 (1955), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

men wie die ganze Politik des Generalstaatskommissars" (S. 234). Andererseits war es gerade das weiß-blaue Bayern, das am 9. November 1923 Hitlers Putsch vereitelte und sich fortan, abgesehen von den Kontaktversuchen 1932/33, dem Nationalsozialismus gegenüber durchaus spröde verhielt.

Bayern und der Nationalsozialismus – dieser Komplex müßte sachlicher behandelt werden, als es bisher zumeist geschehen ist! Es genügt nicht, auf die Ziffern an sich beweisstarker Wahlresultate und die richtige Tatsache hinzuweisen, daß es in Bayern bis 1933 einen besonders starken und geschlossenen antinationalsozialistischen Wählerblock der kirchlich-katholischen Wählermassen gegeben hat. Zum Verständnis der Zusammenhänge Bayern–Nationalsozialismus muß auch auf den sehr erheblichen Anteil von Bayern, gerade von Altbayern, an der ersten und zweiten Garnitur der nationalsozialistischen Prominenz hingewiesen werden. Die NSDAP bis 1923 war nicht nur eine norddeutsche Kolonie in der bayrischen Landeshauptstadt, soviele Nichtbayern sich auch in ihren Reihen befunden haben mögen. Es gibt geradezu einen Typus des Münchner Altparteigenossen. Wenn man schon mit so problematischen Begriffen wie Volkscharakter und Stammeseigenart arbeiten und nicht soziologisch zuverlässigere termini technici in Anwendung bringen will, wäre immerhin auf die altbayrische Neigung zu Gefühls- und Temperamentspolitik, zur „Gaudi" auch im Politischen hinzuweisen, der der Kampfstil der NSDAP sehr entgegenkam. Man weiß, es waren nicht allein die Münchner, die Adolf Hitler faszinierte. Die politisch-soziologischen Voraussetzungen für das Wachstum der NSDAP waren in München und Bayern grundsätzlich keine anderen als in den übrigen Teilen des Reichs: Folgen der militärisch-politischen Niederlage, Deklassierung des Mittelstandes und vieler Angehöriger des Offiziersstandes, Arbeitslosigkeit, allgemeine wirtschaftliche Depression, das Übergreifen militärischen oder quasimilitärischen Geistes in die zivile Politik, das in Deutschland nie so stark gewesen ist wie nach 1918, ideologische Motive, um nur einiges zu nennen. Als Verstärkungsfaktor mag in Bayern speziell das Trauma hinzugekommen sein, das die Eisner- und die Rätezeit in der Seele des Bürgertums hinterlassen haben. Nicht nur die allgemeinen Krisen bis 1923, sondern vor allem der Revolutionsschock ist es wohl gewesen, der das bayrische Bürgertum einige Jahre alles dulden, ja willkommen heißen ließ, was antimarxistisch auftrat und „nationale" Resistance gegen „das System" (Weimars) betätigte. Die Rolle des „Bayrischen Ordnungsblocks" und die Geldquellen Hitlers bis 1923 müßten in diesem Zusammenhang untersucht werden. Schließlich zählten zu den münchnerisch-bayrischen Schildträgern der NSDAP nicht nur Gestalten wie Christian Weber oder Hermann Esser, sondern auch sehr angesehene, honorige Familien des Bildungs- und Besitzbürgertums.

Der Hitlerputsch 1923 bildete in der Geschichte des Verhältnisses zwischen dem bayrischen Bürgertum und der NSDAP eine tiefe Zäsur, und er war es gleichermaßen für die Partei selbst, die im Laufe der Jahre nicht wenigen Strukturwandlungen unterlegen ist. Keine Zäsur bildete das Jahr 1923 indessen in der bleibenden Verhärtung der bürgerlichen Parteien Bayerns und insbesondere der Bayrischen Volkspartei gegenüber der Sozialdemokratie. Auch hier wirkten die Ereignisse von

Jahrgang 3 (1955), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

1918/19 nach. Aretin erkennt es als Fehler, ja er empfindet es geradezu als Schuld, erstmals in der Haft den trefflichen Erhard Auer kennengelernt zu haben. In der Freiheit hatte es offensichtlich für beide keine gemeinsame Gesprächsbasis gegeben. Auch Schwend schreibt zu diesem Problem: „Das Mitverdienst der deutschen Sozialdemokratie an der Überwindung der Revolution durch ihren Einsatz für den demokratischen Staatsgedanken und durch ihre Abwehr der eigentlichen revolutionären politischen Triebkräfte war kaum in das Bewußtsein der dem Sozialismus fremd und ablehnend gegenüberstehenden Volkskreise getreten. Hier sah man nur, wie sich außerhalb Bayerns auf dem linken Flügel der sozialistischen Bewegung Radikalismus und Extremismus mit Erfolg anschickten, die Massen an sich zu ziehen. Um so entschiedener glaubte man, die Grenzziehung nach der gesamten Linken vornehmen und aufrechterhalten zu müssen, die bei allen ihren inneren Gegensätzen sich doch als Klasseneinheit darstellte" (S. 200). Es bleibt allerdings zu bedauern, daß Schwend die Geschichte der bayrischen SPD und ihrer Politik in seinem Buch sehr stiefmütterlich behandelt hat.

Für die Rolle der NSDAP in Bayern 1918–1933 sind weiterhin wichtig die beträchtlichen regionalen innerparteilichen Verschiedenheiten in Stärke und Wesensart. Wenn sie auch weitgehend mit Charakter und Temperament der jeweiligen Gauleiter zusammenhingen – man vergleiche die Persönlichkeiten Karl Wahls in Schwaben und Julius Streichers in Nürnberg und deren Spiegelung im Bereich ihrer Gaue –, so geben sie doch auch zu landschaftshistorischen und konfessionssoziologischen Betrachtungen Anlaß. Die vorstehenden Bemerkungen möchten nicht den Anschein erwecken, als sei der Entstehung der NSDAP in Bayern und ihrer Fortentwicklung in diesem Lande primäre Bedeutung für die Erkenntnis des Gesamtphänomens zuzumessen. Es kann sich nur um einen Beitrag neben vielen anderen handeln.

Zu den Problemen Bayerns zwischen 1918 und 1933 gehören ferner Tätigkeit und Einfluß der monarchistischen Strömungen, die wir auf Grund der hier besprochenen Veröffentlichungen sowie älterer Literatur im großen und ganzen überblicken, wenn auch noch nicht alle Einzelheiten ans Licht des Tages getreten sein mögen. Heutzutage ist es ein Gemeinplatz, daß monarchische Staatsform und demokratischer Staatscharakter sich nicht widersprechen müssen; auch die integrierende Kraft der Krone bei günstig liegenden Verhältnissen bestreitet man nicht. Für streng legitimistische Begründungen der Monarchie sind außer Angehörigen der ehemals regierenden Häuser, einigen Adelskreisen und vereinzelten Intellektuellen freilich nur wenige Zeitgenossen empfänglich, aber . . . eine monarchische Restauration müßte selbstverständlich alle legitimistischen Konsequenzen nach sich ziehen. Die demokratisch-sozialistische Bewegung 1918/19 hielt die Republik für die ihren Zwecken angemessenere Staatsform. Sie sah die Demokratie unter monarchischer Staatsführung oder auch nur mit monarchischer Staatsspitze für nicht gesichert an, die bis dahin regierenden Dynastien schienen unlösbar mit denjenigen Schichten und Gruppen verknüpft, denen eben die Gegnerschaft der Weimarer Koalition galt. Die deutsche Geschichte kennt wohl bedeutende Ansätze der

Jahrgang 3 (1955), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

„patriotischen Monarchie" als Bündnis von Herrscher und Volk gegen privilegierte Stände, des sozialen Königtums oder liberaler Hofpolitik. Aber es ist bei Ansätzen geblieben, und im ganzen haben die Monarchen des 19. und 20. Jahrhunderts ihrem natürlichen Hang zu einem Bündnis mit dem Konservativismus nachgegeben. Die Einstellung der deutschen Linken zur Monarchie war also empirisch wohlbegründet, wie immer man zu ihrer prinzipiellen Richtigkeit stehen mag. Welche Massen unter geeigneten Parolen noch Jahre nach der Revolution für antimonarchische Zwecke aufgeboten werden konnten, zeigte der Volksentscheid zur Fürstenenteignung. Man kann darüber streiten, ob die Monarchie 1918 ihre Aufgabe schon erfüllt hatte, ob eine parlamentarische Monarchie die Diktatur Hitlers verhindert hätte. Möglich, aber keineswegs sicher angesichts der Entwicklung in anderen europäischen Staaten! Was die bayrische Dynastie betrifft, so waren ihre Tradition, ihr Stil und ihre Charakterologie gewiß anders als die des Hauses Hohenzollern. Aber es lag in der Konsequenz des gemeindeutschen Schicksals, daß Bayern bei dem allgemeinen Übergang zur Republik nicht Königreich bleiben konnte. Daß Ludwig III. persönlich kein populärer Monarch war, spielte dabei nur eine ganz untergeordnete Rolle. Und es war wiederum die unlösbare Verbundenheit des Freistaates Bayern mit der Weimarer Republik, die eine verschiedentlich zur Debatte stehende monarchische Restauration in Bayern nicht zustandekommen ließ. Das verfassungsmäßig festgelegte Homogenitätsprinzip der Länder mit dem Reich hätte allein eine Restauration nicht verhindert, wohl aber haben es die Machtverhältnisse in der deutschen Republik. Eine Reichsintervention wäre wohl nicht nur gegen die Ausrufung der Monarchie in Bayern, sondern auch gegen ein Generalstaatskommissariat Kronprinz Rupprechts zu erwarten gewesen. So gut man sich ohne die Revolution von 1918 eine Fortentwicklung des bayrischen Königtums zu einer parlamentarisch-demokratischen Monarchie vorstellen könnte – sie war schon beinahe verwirklicht –, eine monarchische Restauration nach 1918 wäre in Bayern so wenig wie in einem anderen deutschen Staate im Zeichen der Demokratie erfolgt, aus deren Geist die Weimarer Republik erstanden war. Die Weimarer Demokratie hätte sich um ihrer Existenz willen zur Wehr setzen müssen, und das Reich wäre in eine weitere, vielleicht seine gefährlichste Krise geraten. Die Bayrische Volkspartei hat zwar in ihrem Bamberger Programm von 1920 das Recht der Einzelstaaten, ihre Staatsform selbst zu bestimmen, beansprucht. Es spricht für den Realismus der Partei, daß sie die Verwirklichung dieses Anspruchs nicht eben stürmisch angestrebt hat. Als man 1932/33 der Idee der Restauration wieder näher trat, war die Lage für die BVP bereits verzweifelt. Sehr starke gefühlsmäßige Bindungen an das Haus Wittelsbach in den altbayrischen, nicht unerhebliche in den neubayrischen Landesteilen und allgemeine bürgerliche Neigung zu monarchischer Restauration vor 1933 sind unbestreitbar. Wäre eine plebiszitäre Entscheidung für oder gegen die Monarchie in Bayern zwischen 1919 und 1933 möglich gewesen, die royalistische Seite hätte mit eindrucksvollen Zahlen aufwarten können. Anders lagen aber die Dinge, wenn nur um den Preis eines Bürgerkriegs, den zu vermeiden stets das Anliegen Kronprinz Rupprechts gewesen ist, die Re-

Jahrgang 3 (1955), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

stauration zu erzwingen oder zu behaupten war. Von der ungefährlichen Entscheidung mit dem Stimmzettel bis zur Besiegelung der Königstreue mit dem Blut war ein weiter Weg. Monarchistische Einsatzbereitschaft nennenswerter Teile der Bevölkerung Bayerns hat sich 1918 als nichtvorhanden herausgestellt. Auch zwischen 1918 und 1933 unterblieben überzeugende Beweise für monarchistische Hingabefreudigkeit breiterer Kreise. So verging Jahr um Jahr, und immer mehr ging vom Wichtigsten verloren, was eine Monarchie besitzt: Kontinuität, Kontinuität nicht nur im Besitz der Krone, sondern auch im Bewußtsein der Bevölkerung. Der jüngeren Generation konnte die Restauration schon deswegen kein Bedürfnis sein, weil sie kein persönliches, erlebtes Verhältnis zur Monarchie besessen hat.

Zu denjenigen bayrischen Hauptthemen zwischen 1918 und 1933, die Schwend nur am Rande erwähnt, gehört auch die Konfessionspolitik. Die Monarchie hatte die aus der Bikonfessionalität ihres Staates sich ergebenden Probleme alles in allem zufriedenstellend gelöst. Zwar gab es unter Ludwig I. das Ministerium Abel, dessen einseitig-konfessionelle Politik tiefe Beunruhigung in das Land getragen hatte. Andererseits hat Ludwig I. bereits protestantische Minister berufen, deren Reihe sich unter den Regierungen seiner Nachfolger fortsetzte, bis sie dann im Freistaat Bayern Seltenheitswert erlangten. Im „glücklichsten Jahrhundert bayrischer Geschichte" (Riezler) war es, abgesehen von der Ära Abel, eine Hauptsorge der meist liberal-konservativen Bürokratie, Reibungen zwischen den Bekenntnissen und eine Benachteiligung der konfessionellen Minderheit zu vermeiden. Die staatskirchlich denkende und handelnde höhere Beamtenschaft, die Bayerns Politik leitete, sah es als ihre Aufgabe an, über den Gegensätzen zu stehen und von der ihrer Meinung nach erhabeneren Position des Staates aus ausgleichend, vermittelnd, aber auch abwehrend und einschränkend zu wirken. Hierin trat schon in den letzten beiden Jahrzehnten der Monarchie ein gewisser Wandel ein, der aber erst nach 1918 voll sichtbar wurde. Die neue Situation war gekennzeichnet durch die konfessionspolitische Renaissance des im Kulturkampf siegreichen deutschen Katholizismus im öffentlichen Leben. Die Demokratisierung und Parlamentarisierung der Politik eröffnete den kirchlichen Massenorganisationen Möglichkeiten, die ihnen der alte Obrigkeitsstaat der bürokratischen Omnipotenz verbaut hatte. Die juristische Tonart in der Behandlung konfessionspolitischer Fragen wich seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts und zum Teil schon früher häufig der kräftigeren Sprache der Agitatoren. Die alte, religiös-liberale Beamtengeneration wurde zu einem guten Teil durch Männer abgelöst, die aus den katholischen Akademikerverbänden hervorgegangen waren – eine der wichtigsten Erscheinungen in der bayrischen Geschichte zwischen 1918 und 1933 – und nicht mehr wie Montgelas, Hohenlohe oder Lutz dachten, sondern die Idee einer katholischen Politik zu verwirklichen suchten. Der protestantische Volksteil hatte dieser Entwicklung nichts Gleichwertiges entgegenzusetzen. Seine eigensten konfessionellen Traditionen ließen es kaum zu, eine ähnliche Politik zu betreiben, und wo der Versuch trotzdem gemacht wurde, waren die Ergebnisse nicht überzeugend. Der Protestantismus kann politisch wirksam nur indirekt in Erscheinung treten.

Jahrgang 3 (1955), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Unangefochten war die Machtstellung des politischen Katholizismus in Bayern indessen nicht. Er sah sich nicht nur einer halb indifferenten, halb freidenkerischen Linken gegenüber; gefährlicher noch war die Gegnerschaft eines scharfen Antiklerikalismus von rechts. Die Bayrische Volkspartei suchte diesen Gefahren durch sorgsamen Ausbau ihrer Schlüsselstellung, durch entsprechende Personalpolitik und durch völkerrechtlich-staatsrechtliche Sicherung der kirchlichen Verhältnisse entgegenzuarbeiten. Dem letztgenannten Zweck diente das bayrische Konkordat von 1924/25, dem Verträge mit den evangelischen Kirchen des Landes parallel liefen. Schwend behandelt die Geschichte des Konkordats nur ganz nebenbei. Tatsächlich war der Konkordatsabschluß ein zentrales Ereignis der inneren Geschichte Bayerns. Von den kirchen- und schulpolitischen Folgen ganz zu schweigen, hat das Konkordat auch das Koalitionssystem und damit das innenpolitische Gefüge des Landes maßgeblich beeinflußt. Gewiß lassen sich viele andere politisch-psychologische Gründe für die Methode der Bayrischen Volkspartei anführen, ihren wichtigsten Koalitionspartner rechts zu suchen. Aber Schwend selbst billigt dem Umstand entscheidende Bedeutung zu, daß nur mit den Deutschnationalen das Konkordat durchzubringen war. Was den evangelischen Volksteil betrifft, waren die Verträge mit den Kirchen rechts und links des Rheins nur gegen beträchtliche Minderheiten in den zuständigen Gremien durchzusetzen. Wiederholt wurde dort geltend gemacht, daß das Konkordat der katholischen Kirche Begünstigungen zuwende, wie sie in gleicher bzw. reziproker Weise der evangelischen Kirche nicht gewährt würden. Die bayrische Staatsmaxime der „Parität" – wo bleiben die staatsrechtlichen und rechtshistorischen Untersuchungen über diesen Begriff, namentlich über seine Geschichte und Bedeutung in Bayern? – gestattete sehr verschiedene Auslegungen und nicht jede konnte die protestantische Minderheit des Landes befriedigen. Verstimmend mußte vielfach die Personalpolitik der Regierungspartei wirken. Der ob seiner Kirchlichkeit gewiß unverdächtige Freiherr von Aretin schreibt: „Daß seit Kahr in Bayern kein Protestant Minister wurde, während sie in der Monarchie beinahe bevorzugt waren – auch Gürtner war Katholik –, war eine Torheit ohnegleichen" (S. 52)[10]. Man vermißt in diesem Zusammenhang in Schwends Buch eine Erläuterung, warum es nicht bei der ursprünglichen, Heimschen, überkonfessionellen Konzeption der Bayrischen Volkspartei geblieben ist, warum ihr die protestantischen Mitglieder fast durchweg wieder den Rücken gewandt haben.

Nicht an den Parteigegensätzen allein darf der Blick haften bleiben, wenn man die bayrische wie die gesamtdeutsche Geschichte zwischen 1918 und 1933 recht verstehen will. Man muß auch in die oft nur halbbewußt wirksamen konfessionellen Tiefenschichten hinabsteigen und wird erkennen, daß – freilich nicht allgemein, aber doch manchmal – politische Stellungnahmen als konfessionelle Derivate zu umschreiben sind. Auch auf diesem Gebiet ist in der erregten, von Ressentiments aller Art erfüllten Weimarer Zeit auf beiden Seiten oft die Gabe der Unter-

[10] Der letzte Protestant im Kabinett Held war der Handelsminister v. Meinel.

Jahrgang 3 (1955), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

scheidung verlorengegangen. Die Propaganda der radikalen Rechten arbeitete häufig mit abenteuerlichen Vorstellungen über „schwarze" Machenschaften und geheimnisvolle internationale Verbindungen des politischen Katholizismus. Andererseits vereinfacht Aretin wieder einmal in unverantwortlicher Weise, wenn er schreibt: „Hinter Hitler . . . stand das evangelische Deutschland, das sich bescheiden das ‚nationale' nannte: letzten Endes um das Zentrum zu stürzen. Hinter dem Protestanten Kahr stand das katholische Bayern, das sich in seine Autonomie nicht vom Katholikenhaß des deutschen Nordens mittels Berliner Mehrheitsbeschlüssen hineinregieren lassen wollte" (S. 26). Welche Verzerrungen haben nicht auf dem Umweg über Schule und Lektüre auf beiden Seiten die Geschichtslegenden und die historisch-politische Polemik der Weltanschauungsparteien zustandekommen lassen! Wie leicht hat man sich die Definition des politischen Katholizismus gemacht, wie wenig wußte man von der Vielfalt der ihn tragenden Ideen und der Schärfe seiner inneren Auseinandersetzungen, wie unbekümmert erhob man den Vorwurf der Romhörigkeit im Sinne nationaler Unzuverlässigkeit, wie leichtfertig warf man Föderalismus, Partikularismus und Separatismus in einen Topf! Auf der anderen Seite breitet Aretin als Exponent einer extremen Gruppe vor uns die Quintessenz nicht minder einseitigen Geschichtsdenkens aus, bei dem man ebenso wie bei den antiultramontanen Übersteigerungen untersuchen müßte, welche Breitenwirkung ihm zukam oder heute noch zukommt. In munterem Geschichtsdilettantismus spricht Aretin z. B. von „Ostrom, das ja durch seinen russischen Erben und durch den von dort übernommenen Cäsaropapismus so ungeheuer befruchtend bei der Bildung dessen gewesen war, was man den preußischen Geist nennt und was jetzt mit der geistlosen Virulenz des Nazitums das europäische Deutschland, das im Kerne katholisch geblieben war, zu vergewaltigen im Begriffe stand" (S. 185). An anderer Stelle ist die Rede von der großen „Trennungslinie zwischen Europa und Asien, die mitten durch Deutschland hindurchgeht und in rohen Zügen mit den Grenzen des antiken Römerreichs zusammenfällt" (S. 35). Solche Sätze liest man angesichts der heutigen Aufspaltung Deutschlands mit besonderer Aufmerksamkeit, und es wundert einen nicht, wenn Aretin, grundsätzlich zwischen dem „alten Kulturland Deutschland" und dem „barbarischen", „preußischen" Norden und Osten unterscheidend, gelegentlich der Meinung Ausdruck gibt, „daß von mir aus die Brüder da droben sich Ringe durch die Nasen ziehen lassen könnten . . ." (S. 95; Sperrung vom Verf.).

Eine Erörterung bayrischer Probleme zwischen 1918–1933 an Hand von vier aufschlußreichen Veröffentlichungen kann nicht an den Überzeugungen und Gesinnungen weltanschaulicher und historisch-politischer Art vorbeigehen, die die politisch Anteil nehmenden, sich entscheidenden und handelnden Menschen leiteten. Es gehört zu den politischen Aufgaben der Geschichtswissenschaft, solche heißen Eisen anzufassen, Ressentiments abzubauen, auf Fehlerquellen hinzuweisen und der Verketzerung, von welcher Seite sie auch ausgehen mag, in nüchterner Wahrheitsliebe zu wehren.

Jahrgang 3 (1955), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

RUTH KÖRNER

KANADISCHE AUSSENPOLITIK

In seinem einst aufsehenerregenden Buch „Inside Europe" (1936) umriß John Gunther die spanische Außenpolitik in einem einzigen Satz: Spanien wünscht, hinter den Pyrenäen zu bleiben. Der heutige Mitteleuropäer neigt zur analogen Beurteilung der kanadischen Außenpolitik: Kanada wünscht, sich neben den USA zu behaupten. Diese vereinfachende Betrachtung der vielschichtigen Situation ist wohl darauf zurückzuführen, daß nach 1945 die vordringlich wichtige Auseinandersetzung mit immensen eigenen Problemen die Mitteleuropäer abhielt, dem international immer bedeutsameren und wirksameren politischen Aufstieg Kanadas die gebührende Aufmerksamkeit zu schenken. Seine Vorgeschichte macht dies nur noch begreiflicher.

Er hatte 1919 auf den Pariser Friedenskonferenzen zu bescheiden begonnen, um von den Unbeteiligten bemerkt zu werden. Seine Fortsetzung im Völkerbund war nüchtern und ruhmlos – wenn künftige Historiker auch vielleicht Kanada mit dem traurigen Ruhm belasten werden, durch seinen, von der „Oslo-Gruppe" unterstützten, zähen Widerstand gegen die sogenannten „starken" Artikel X und XVI des Paktes wesentlich zur Untergrabung der Schlagkraft und damit der Autorität des Völkerbundes beigetragen zu haben. Um der Gerechtigkeit willen muß man allerdings feststellen, daß die kanadische Völkerbundspolitik von innerkanadischen Komplikationen[1] und unumgänglichen Rücksichten auf die Vereinigten Staaten bestimmt war und zugleich sittliche Werte zum Maßstab nahm[2]. Zufolge der europäischen Konzeption sollte der Völkerbund ein Machtfaktor sein, zufolge der kanadischen ein Hohetempel der Verständigung und Versöhnung.

[1] „The real reason behind the so-called ‚back seat' policy of pre-war Canadian Governments lay in the profound differences of opinion on European affairs held by important sections of our countrymen": So Außenminister Pearson auf der Jahresversammlung der Canadian Historical Association, Winnipeg, Man., am 4. 6. 1954. Zur Zeit der Rheinlandkrise hatte Premierminister Mackenzie King erklärt: „I believe that Canada's first duty to the League and to the British Empire, with respect to all the great issues that come up, is if possible to keep this country united." In seiner berühmten Unterhausrede am 8. 9. 1939 sagte er: „I have made it the supreme endeavour of my leadership . . . to let no hasty or premature threat or pronouncement create mistrust and division between the different elements that compose the population of our vast Dominion, so that when the moment of decision came . . . our national effort should be marked by unity of purpose, of heart and of endeavour." Wie notwendig diese Vorsicht war, bewies die Haltung breiter französisch-kanadischer Kreise während der folgenden Monate, gipfelnd in der vorzeitigen Auflösung des Kabinetts und Neuwahlen in der Provinz Quebec unter dem Motto „Rettung der französisch-kanadischen Freiheiten". Diese Wahlen brachten Provinzpremierminister Duplessis stimmenmäßig eine nur knappe Niederlage, doch infolge der Wahlordnung einen entscheidenden Verlust von Sitzen im Provinzparlament.

[2] Siehe die wiederholten Erklärungen, die Sanktionsparagraphen stünden in Widerspruch zum Sinn und Ziel des Völkerbundes und beeinträchtigten seinen sittlichen Wert; es sei unmoralisch, den Wortbruch eines der Hohen Vertragschließenden, die sich zu den friedlichen Völkerbundprinzipien bekannt hatten, vorauszusetzen; Abrüstung diene der Sicherheit besser

Jahrgang 3 (1955), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Kanadas Einstellung zum Hitler-Regime maß man außerhalb der betroffenen Kreise seinerzeit wenig Bedeutung bei. Erst in der Retrospektive ist für uns interessant, daß während des deutschen Wahlkampfs im Februar/März 1933 die kanadischen Konservativen und Liberalen übereinstimmend versicherten, in keinem „Eventualfall" würden kanadische Truppen nach Europa geschickt werden; daß die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in Deutschland und die Wiederbesetzung des Rheinlands von fast allen Kanadiern zumindest als verständlich empfunden wurden; daß am Jahrestag der Unterzeichnung des deutsch-englischen Flottenvertrages Premierminister Mackenzie King noch „the fatal hour in 1933" bedauerte, „als Deutschlands Antrag auf Rüstungsgleichheit verworfen wurde"[3]. Ein weiterer interessanter Punkt, die Frage nämlich, wie weit Kanada direkt oder indirekt das Münchner Abkommen mitbestimmte, ist jedoch bis heute nicht klargestellt.

Ein kanadischer Kommentator, George V. Ferguson, schrieb vor kurzem, Premierminister Mackenzie King habe in den Tagen vor München nachdrücklich erklärt, er wolle sich nicht im voraus zu bestimmten Aktionen unter noch unüberschaubaren Umständen verpflichten und sei mit der Formel: „das Parlament würde entscheiden", jeder Verantwortung ausgewichen[4]. In Unterhausdebatten im März 1939 hatte Mackenzie King allerdings betont, die Zurückhaltung Kanadas zur Zeit der tschechoslowakischen Krise sei der englischen Regierung außerordentlich willkommen und Kanadas einzige Möglichkeit gewesen, denn angesichts einer Sachlage, bei der die Regierung in London die Führung als reine Vermittlerin übernommen hatte, sei es Kanada nicht zugekommen, eine Erklärung abzugeben, die ihrer Art oder Wirkung nach eine parteiische Stellungnahme bedeutet hätte[5]. Von anderer Seite wird festgestellt, Kanada sei während der kritischen Septembertage von der englischen Regierung wohl informiert, doch nicht konsultiert worden[6]; gut unter-

als militärische Beistandspakte. – Maßgebend für Kanadas Ablehnung aller engeren Bindungen in Zusammenhang mit dem Völkerbund war jedoch auch der Wunsch, nicht „von oder durch Genf" regiert zu werden, die von London eben erreichte und gegen Washington verteidigte nationale Selbständigkeit nicht zu schmälern. Prof. Frank H. Underhill, der scharfsinnige Interpret moderner englischer und kanadischer Geschichte an der University of Toronto, erklärte einmal, Kanada sei Mitglied des Völkerbundes geworden, nicht weil es internationalistisch, sondern weil es nationalistisch war; in der Teilnahme an der Genfer Institution habe es eine Bestätigung seines neuen nationalen Status gesehen.

[3] House of Commons Debates, 18. 6. 1936.

[4] G. V. Ferguson „An Eye on Europe" in „25 Years of Canadian Foreign Policy". Mr. Ferguson ist Herausgeber des Montreal Star.

[5] Premierminister Mackenzie King in den House of Commons Debates, 20. und 30. 3. 1939.

[6] Zitiert in „Canada in World Affairs", vol. I. Pre-War Years. Übereinstimmend schreibt Prof. G. P. de T. Glazebrook in „A History of Canadian External Relations": das Münchener Abkommen „appears to have been effected without even the expression of any Canadian view . . . The Canadian Government seems to have regarded the whole transaction as the responsibility of London." Eine weitere Bestätigung wird in „Canada in World Affairs" angeführt: „The Government release of September 28, 1938, ‚Documents Relating to the German-Czechoslovak Crisis', Ottawa, September 1938, is a duplicate of the British release and contains no Canadian correspondence at all."

Jahrgang 3 (1955), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

richteten Kreisen zufolge hat im kanadischen Kabinett volle Übereinstimmung darüber geherrscht, im Falle eines Einmarsches Hitlers in die Tschechoslowakei und eines daraus resultierenden Krieges zwischen England-Frankreich und Deutschland dem kanadischen Parlament die Teilnahme am Kriege zu empfehlen[7]. Zwei Jahre später erklärte King, daß sein Entschluß zum Eingreifen bereits in den Tagen vor München festgestanden habe, obwohl dies vermutlich das Kabinett gespalten hätte[8]. Jedenfalls aber kabelte er seine „tiefe Befriedigung", als Chamberlains Flug nach Berchtesgaden angekündigt wurde, und unbestritten ist, daß der Abschluß des Münchener Abkommens von der kanadischen Regierung und Bevölkerung begeistert begrüßt wurde.

Nach dem Einzug Hitlers in Prag wurde das außenpolitische Denken in Kanada realistischer, doch noch immer sprach Mackenzie King kritisch von der „Abneigung der führenden Mächte" – Frankreichs und seiner Verbündeten –, „Deutschland das von ihm geforderte bescheidene Maß von Wiederaufrüstung zuzubilligen" als der Ursache des Wettrüstens und seiner Folgen[9]. Sollte es Hitler jedoch einfallen, eines Tages London anzugreifen, hege er – King – keinerlei Zweifel über die Entscheidung des kanadischen Parlaments und Volks[10].

Die Frage, ob oder wie weit die deutsche Regierung über die Haltung Kanadas in einem „Ernstfall" informiert war, wurde jedoch in Kanada trotz dieser Erklärung noch lange erörtert. In den Debatten des kanadischen Unterhauses im August 1944 gab Premierminister Mackenzie King jenen Kreisen, die argumentierten, Deutschland würde den Krieg nicht begonnen haben, wäre ihm klar gewesen, daß Kanada sich den Westmächten anschließt, die für seine Fehleinschätzung Hitlers und der wirklich treibenden Kräfte charakteristische Antwort: „Diese Leute können sehr wenig von dem wissen, was im deutschen Kriegsministerium seit Jahrzehnten vorging oder von dem Maß, in welchem Hitler selbst zum Werkzeug der deutschen Kriegsmaschine gemacht worden war[11]." In der gleichen Debatte sagte King, seine Deutschlandreise im Juni 1937 „habe bezweckt, völlige Klarheit darüber zu schaffen, daß im Falle eines Angriffskrieges nichts in der Welt das kanadische Volk davon abhalten würde, sich auf die Seite Großbritanniens zu stellen. Dies war der deutschen Regierung damals bekannt . . . [und] selbstverständlich wußte es die britische Regierung."

---

[7] „Back Stage in Ottawa", Maclean's Magazine, vol. LI, 1. 11. 1938. Klarer dürfte Premierminister Mackenzie King's Einstellung und Verhalten in Zusammenhang mit der Vorgeschichte und dem Abschluß des Münchener Abkommens sowie in anderen Zusammenhängen werden, wenn die authentische Biographie erscheint, an der seine langjährigen Privatsekretäre Mr. J. E. Handy und Mr. MacGregor seit März 1954 in Laurier House, Ottawa, arbeiten. Herausgeber wird Prof. Dawson, University of Toronto, sein.

[8] The Gazette, Montreal, vom 8. 7. 1941.

[9] House of Commons Debates, 30. 3. 1939.

[10] Prof. G. P. de T. Glazebrook „A History of Canadian External Relations", Oxford University Press, 1950.

[11] House of Commons Debates, 11. 8. 1944.

Jahrgang 3 (1955), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Als dann das kanadische Parlament am 10. September 1939 den Eintritt Kanadas in den zweiten Weltkrieg nahezu einstimmig beschloß, hatte man in Mitteleuropa wenig Zeit, sich mit kanadischer Politik zu beschäftigen.

Aus diesem Krieg, dem Kanada 42 000 Soldaten und über 20 Milliarden Dollar geopfert hat, ging es als kleine Großmacht hervor mit allem, was ihm vorher gefehlt hatte: der Bereitschaft zur Übernahme globaler Verpflichtungen und Verantwortungen[12], einem hohen Maß nationaler Einheit[13], einer breiten diplomatischen Basis[14] und einem natürlicheren Verhältnis zu seinem südlichen Nachbarn. Die Kräfteverschiebung im atlantischen Raum hatte die seit dem amerikanischen Unabhängigkeitskrieg für Kanada bestehende Trennung der geographischen von den politischen Bindungen weitgehend aufgehoben. Betrachtete aber Kanada bis 1941 die Vereinigten Staaten vor allem als potentielle neue Schutzmacht[15], so entwickelten sich die Beziehungen zwischen den beiden Ländern auf Grund des Interesses, das

---

[12] „La Délégation canadienne vient à cette Conférence animée avant tout du désire de collaborer aussi complètement qu'elle pourra avec les délégations des autres pays, à l'établissement, aussitôt qu'il sera réalisable, d'une Charte de la sécurité mondiale." Premierminister Mackenzie King auf der 2. Vollversammlung der UN-Konferenz, San Franzisko, 27. 4. 1945. Die Wendung des Premierministers in Fragen der kollektiven Sicherheit datiert von seinem Zusammentreffen mit Wendell Wilkie im März 1941. Offiziell erörtert wurden sie in den Debatten des kanadischen Unterhauses im Mai und August 1944 im Zusammenhang mit den Plänen der Gründung einer Weltorganisation, ferner auf der Londoner Konferenz der Commonwealth-Premierminister im Mai 1944 und in der kanadischen Öffentlichkeit vor allem von Senator Wishart Robertson und dem prominenten liberalen Parlamentarier Brooke Claxton.

[13] Die vor allem psychologischen Schwierigkeiten der französischen Kanadier wurden während des zweiten Weltkriegs sehr geschickt berücksichtigt, u. a. durch Aufrechterhaltung diplomatischer Beziehungen zur Vichy-Regierung bis November 1942, was allerdings auch der Absicht diente, Marschall Pétain gegen den deutschen Druck zu stärken. Der Abbruch dieser Beziehungen erfolgte, nachdem Frankreich der Landung alliierter Truppen in Nordafrika Widerstand geleistet hatte. Gleichzeitig mit dem Vichy-Gesandten waren auch inoffizielle Vertreter General de Gaulles in Kanada. 1945 hatte Kanada die Aufnahme Frankreichs als ständiges Mitglied in den Sicherheitsrat vorgeschlagen und durchgesetzt.

[14] Während des zweiten Weltkrieges wurden kanadische High Commissioners nach Neuseeland, Südafrika, Irland und Neufundland (damals noch Dominion) entsandt; diplomatische Vertretungen wurden in Argentinien, Chile, Brasilien, Sowjetrußland, China, Mexiko und Peru eröffnet, diplomatische Beziehungen unterhielt Kanada mit den in London residierenden Exilregierungen Frankreichs (nach 1942), der Tschechoslowakei, Griechenlands, Norwegens, Polens und Jugoslawiens.

[15] Die Verträge von Ogdensburg und Hyde Park (USA, August 1940 und April 1941) bestätigten u. a. die Schaffung des Permanent Joint Board on Defence sowie die Mobilisierung und gemeinschaftliche Ausnützung aller Hilfsquellen, einschließlich Rohstoffreserven. Mit diesen Verträgen hatte Präsident Roosevelt sein Versprechen in Kingston, Ont., vom 18. 8. 1938 eingelöst: „I give you assurance that the people of the United States will not stand idly by if domination of Canadian soil is threatened by any other Empire." (Zitiert in „Canada in World Affairs", Vol. I.) Der Abschluß dieser Verträge führte in Kanada zwar zu einer allgemeinen Erleichterung wegen der Sicherung der Landesverteidigung, ließ aber gleichzeitig in manchen Kreisen das seit 1812 existente „Gespenst des Anschlusses" wieder aufleben. So veröffentlichte beispielsweise l'Action Nationale im Juni 1941 eine Sondernummer „L'Annexionisme".

Jahrgang 3 (1955), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die Vereinigten Staaten nach ihrem Eintritt in den zweiten Weltkrieg für den „Bruder im Norden" zeigten, rasch zu einer etwas ungleichen, doch beispiellos engen Partnerschaft. Mit Recht betont Außenminister Pearson immer wieder, es gebe in der Welt keine zwei Nationen, deren Verhältnis intimer sei als jenes zwischen Kanada und den Vereinigten Staaten[16].

Nachbar und Verbündeter der USA

Die außerordentlichen Probleme, die diese Partnerschaft mit sich bringt, haben zwei verschiedene Ausgangspunkte: die „rein zwischenstaatlichen Fragen" und „die Stellung der Vereinigten Staaten als der führenden Macht der freien Koalition, von der Kanada ein Teil ist"[17]. Die rein zwischenstaatlichen Fragen werden teilweise in paritätischen Ausschüssen behandelt[18], welche von europäischen Beobachtern oft aber fälschlich als Wegbereiter einer Gleichschaltung betrachtet werden. Mit Ausnahme der Joint Commission on Boundary Waters haben die Ausschüsse ziemlich begrenzte Befugnisse und nur beratende Funktionen, sie beschäftigen sich mit Tagesfragen, niemals mit grundsätzlichen Lösungen. Die Gestaltung der Beziehungen zwischen Kanada als einem Repräsentanten der mehr konservativen Kräfte innerhalb der westlichen Koalition und den traditionsgemäß mehr dynamischen Vereinigten Staaten ist das Kernstück der kanadischen Außenpolitik.

Vor allem duldet Kanada keinen Zweifel darüber, daß die Basis seiner Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten eine gleichberechtigte Partnerschaft und durchaus keine Gefolgschaft ist. „Wir wünschen, daß diese Zusammenarbeit bleibt, was sie bisher war – eine Zusammenarbeit zwischen zwei verschiedenen Ländern", erklärte Premierminister St. Laurent im National Press Club, Washington[19]. An die kanadische Souveränität – „noch nicht überall voll gewürdigt; nicht einmal in den Vereinigten Staaten"[20] – erinnert Außenminister Pearson oftmals die amerikanische Öffentlichkeit. Immer wieder betonen die Kanadier, sie wünschten sie selbst zu sein und nicht irgend jemandes Spiegelbild, und sind gewillt, ihre Rechte und Interessen zu wahren. Stets lassen sie erkennen, daß sie unter einem anderen politischen System als die Amerikaner heranwuchsen, daß sie dessen Grundsätze lieben und daher politische Probleme manchmal aus besonderer Perspektive betrachten, näm-

[16] Außenminister Pearson u. a. in den House of Commons Debates, 5.–12. 2. 1953.

[17] Ebenda.

[18] 1954 bestanden: Joint Commission on Boundary Waters, Permanent Joint Board on Defence, Joint Committee on Trade and Economic Affairs, International Boundary Commission, Canada-US-Committee on Education, Joint Industrial Mobilization Planning Committee. Die bereits 1909 eingesetzte Joint Commission hat weitreichende Befugnisse und fungiert unter gewissen Umständen als Schiedsgericht, dessen Sprache für die kanadische wie die amerikanische Regierung verbindlich ist. Seit ihrem Bestehen hat sie 68 Streitfälle geschlichtet.

[19] Premierminister St. Laurent im National Press Club, Washington, 8. 5. 1953.

[20] Außenminister L. B. Pearson u. a. in der Town Hall, New York City, 3. 3. 1953.

Jahrgang 3 (1955), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

lich als „a North American nation in a British Commonwealth"[21]. Kanadas Stellung gegenüber den Vereinigten Staaten definieren sie als die eines äußerst verständnisvollen und loyalen Freundes – „in der stürmischen Welt von heute strahlt diese Freundschaft wie ein Leuchtturm der Zuversicht und des Vertrauens"[22] –, eines Freundes, der aber durchaus kein „yes-man" ist, sondern auf seinem Recht besteht, „to agree or to disagree"[23], und sich die Freiheit vorbehält, auch anderen Staaten ein loyaler Freund mit unabhängiger Meinung zu sein. „Wenn unsere Fähigkeiten sich voll entfalten und unsere schöpferischen Kräfte sich in ihren natürlichen Richtungen auswirken sollen, so kann uns eine starre und gelenkte kontinentale Ordnung kaum zufriedenstellen", sagte Außenminister Pearson kürzlich bei seiner Ansprache in einer amerikanischen Universität, und „weder bei euch noch bei uns besteht der Wunsch, in einer starren Organisationsform allzu eng aneinander gebunden zu sein[24]."

Die engen freundschaftlichen Kontakte außerhalb des nordamerikanischen Raums, vor allem Kontakte mit den Commonwealth-Ländern, haben für die kanadische Außenpolitik unschätzbaren Wert. Durch seine Zugehörigkeit zum Commonwealth stärkt Kanada seine Position, ist es ständig mit dem Osten verbunden, sichert es die Kontinuität seiner Vermittlerrolle zwischen England und den Vereinigten Staaten sowie in der Welt, die – zufolge kanadischer Auffassung – nicht nur in die beiden politischen Systeme zerfällt, sondern überdies in die Staaten mit „harter" und „weicher" Währung, die „Wohlbestallten" und „Habenichtse", die industriell überentwickelten und die unterentwickelten Länder, die Kolonialmächte und Antikolonialmächte. Das Commonwealth ist auch und „bleibt eine der wichtigsten Organisationen zur Gestaltung der kanadischen Außenpolitik in Gemeinschaft mit unseren Freunden", die Beziehungen „zwischen den UNO-Delegationen der Commonwealth-Länder sind sehr eng und wichtig[25]". Doch wie schon im 19. Jahrhundert Kanada die Zusammenfassung des Empire und der Dominions in einer Imperial Federation und später in einem Imperial Parliament ablehnte – das Commonwealth war nicht zuletzt eine Schöpfung Premierminister Bordens und

[21] Außenminister Peason in der Town Hall, New York City am 3. 3. 1953.

[22] Außenminister Pearson im Rollins College, Winter Park, Florida, 21. 2. 1954.

[23] Außenminister Pearson in der Town Hall, New York City, 3. 3. 1953: „Proximity does not for us mean the imposed leadership of the master on the enforced obedience of the reluctant satellite. It means a partnership, based on consultation and co-operation, and it includes the right to agree – or to disagree." Das Recht auf Meinungsfreiheit unterstrich Außenminister Pearson auch in seinen Reden zur Eröffnung und zum Abschluß der außenpolitischen Debatte im House of Commons, 24. 3. – 21. 4. 1955.

[24] Außenminister Pearson in the University of Rochester, USA, am 2. 9. 1954. Gegen einen „entrenched continentalism" wandte sich Außenminister Pearson auch im National Press Club, Washington, am 15. 3. 1954 und im House of Commons am 20. 1. 1955.

[25] Außenminister Pearson in den House of Commons Debates, 5. – 12. 2. 1953. Eine nähere Erklärung gab er in Oregon, USA, am 25. 5. 1953: „. . .it is the custom for Commonwealth delegations to meet regularly, in informal ‚family' gatherings . . . we are able to discuss questions very frankly and amicably, even when – in public – India may be attacking South Africa bitterly . . ."

Jahrgang 3 (1955), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

General Smuts' zur endgültigen Verhinderung eines solchen Schrittes –, so wehrte Kanada sich noch in der jüngsten Vergangenheit gegen die Bildung eines Commonwealth-Blocks, der einer weiteren freien Ausdehnung seiner Kontakte hinderlich sein oder seiner Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten Abbruch tun könnte[26].

Die einzige internationale Verbindung, die Kanada mit Rücksicht auf die Vereinigten Staaten und seine unabhängige Stellung in der westlichen Hemisphäre nicht intensiviert, ist die mit Lateinamerika. Um die Mitgliedschaft in der von den USA geführten Pan-Amerikanischen Union hat Kanada sich niemals beworben, offiziell wurde sie ihm nie angeboten, obwohl sie seit 1948 auch nicht-republikanischen amerikanischen Staaten und somit dem monarchischen Kanada offensteht. Es beteiligt sich lediglich an unpolitischen interamerikanischen Institutionen, wie dem Institute of Geography, Radio Office und Statistical Institute, schloß während des Krieges Kulturabkommen mit Argentinien und Brasilien und bemüht sich um die Belebung des Handels; Anfang 1953 unternahm Handelsminister C. D. Howe eine Good-Will-Tour durch die meisten lateinamerikanischen Länder. In kanadischen außenpolitischen Kreisen wird diese Zurückhaltung allerdings damit begründet, daß der Süden des amerikanischen Kontinents den Kanadiern, besonders in psychologischer Hinsicht, wesentlich ferner liege als der Westen des europäischen Kontinents und daß sie daher, obwohl der Wichtigkeit engerer interamerikanischer Verbindungen bewußt, vor allem als Angehörige der nordatlantischen Völkergemeinschaft handelten.

Um die Verteilung von Macht und Einfluß

Kanadas weltweite Kontakte, die Betonung der Eigenstaatlichkeit, sein Ruf als selbstloser Vermittler[27] und seine Unentbehrlichkeit als bedeutender Rohstofflieferant geben ihm in den Vereinigten Staaten Prestige. Dies erleichtert wohl, aber löst keineswegs das im kanadisch-amerikanischen Verhältnis innerhalb der west-

[26] Gespräche über die Gründung eines Imperial Parliament gingen 1916 von Lionel Curtis und der Round-Table-Gruppe in London aus. Während des zweiten Weltkrieges verhinderte Premierminister King die Bildung eines Empire War Cabinet, wie es gegen Ende des ersten Weltkrieges erfolgreich bestanden hatte; King wurde deswegen in Kanada u. a. von Prof. McGregor Dawson scharf kritisiert, da Kanada und die anderen Dominions sich der direkten Einflußnahme auf die Kriegführung begeben hätten. Im Januar 1944 befürwortete Lord Halifax (damals britischer Botschafter in den USA) die besonders vom australischen Premierminister John Curtis gemachten und später auch von Eden unterstützten Versuche, das British Commonwealth and Empire als „vierte Kraft" zu konsolidieren. Zuletzt wurde der Gedanke eines „gemeinsamen Sekretariats" oder gemeinsamer Streitkräfte der Commonwealth-Länder von Außenminister Pearson in den House of Commons Debates, 24. 3. — 21. 4. 1955, entschieden abgelehnt.

[27] Dieses Rufes ist Kanada sich wohl bewußt. Unterstaatssekretär für Äußeres, L. D. Wilgress, sagte auf der Jahresversammlung der University of British Columbia, Vancouver, am 19. 5. 1953 u. a.: „We are perhaps more trusted than any other of the developed countries, largely because our history has shown that we have no selfish ambitions to pursue in relation to other countries."

Jahrgang 3 (1955), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

lichen Koalition unbedingt heikelste Problem der Verteilung von Macht und Einfluß. „Da in dieser Koalition die Vereinigten Staaten die weitaus größte Macht besitzen und ihr Einfluß daher, und mit Recht, größer als derjenige anderer ist, so bewegt uns andere – und zeitweise sehr intensiv – die Frage, wie diese Macht gebraucht und wie diese Führung ausgeübt werden wird[28]." Diese Fragen sind besonders für Kanada lebenswichtig, denn „kein Land der Welt hat geringere Chancen, sich den Folgen amerikanischer Politik und amerikanischer Entscheidungen zu entziehen"[29]. Eine der größten Schwierigkeiten bei der kanadischen Einflußnahme auf die amerikanische Führung in internationalen Belangen ist, „zu entscheiden, wann wir unseren besonderen Standpunkt zugunsten einer allgemeinen Verständigung aufgeben sollen und wann wir auf unserer eigenen Politik bestehen müssen, selbst wenn dies Meinungsverschiedenheiten jener Art bedeutet, die für die Kommunisten so nützlich und erquicklich sind"[30].

Seiner eigenen politischen Linie zu folgen entschloß sich Kanada 1950, als es – zumindest gegen die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten – ein Eingreifen in den Korea-Konflikt ohne reifliche Überlegung und ohne Stellungnahme der Vereinten Nationen ablehnte, und 1951, als es die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht sowie die Vermehrung und Verschärfung der Wirtschaftskontrollen verweigerte. Anders als die Vereinigten Staaten reagierte Kanada auf den „inneren Feind", indem es Gedankenfreiheit und Handlungsfreiheit sicherstellte, deren Schutz vor überspitzten Maßnahmen zur Abwehr subversiver Bestrebungen auch von Außenminister Pearson mit unmißverständlichem Bezug auf Senator Mc-Carthys „Hexenjagd" gefordert wurde, damit die demokratischen Völker nicht eines Tages entdeckten, „daß wir eine Tyrannei geschaffen haben im Namen des Schutzes gegen die Tyrannei"[31]. Von der amerikanischen Politik weicht die kanadische ab in den Fragen der Unterstützung Tschiang-Kai-scheks, der Zukunft Formosas, der Anerkennung der chinesischen Volksregierung und in Zusammenhang mit der SEATO, von der sich Kanada fernhält. Im Gegensatz zu den Vereinigten Staaten befürwortete Kanada die Zulassung Indiens zu den koreanischen Friedensverhandlungen. Die tiefsten Meinungsverschiedenheiten ergaben sich aber aus der divergierenden

[28] Außenminister Pearson in den House of Commons Debates, 5.–12. 2. 1953. Ebenso in der Zeitschrift Foreign Affairs, Oktober 1951. Ähnlich im House of Commons am 24. 3. 1955.

[29] Außenminister Pearson im House of Commons, 22. 10. 1951. Ebenso in seiner Eröffnungsrede der außenpolitischen Debatte im House of Commons am 24. 3. 1955. In der gleichen Rede sowie in seiner Abschlußrede am 21. 4. 1955 kommentierte Außenminister Pearson seine heftig umstrittene Torontoer Rede dahin, sie habe keineswegs ausdrücken wollen und dürfe nicht derart interpretiert werden, „that whenever the Unites States is at war we are bound to participate"; Kanada habe keinerlei „obligation to participate in any war, except a war against aggression within the principles of the United Nations Charter". In der dazwischenliegenden Debatte hatten zahlreiche Abgeordnete die amerikanische Politik, besonders im Zusammenhang mit Formosa, scharf kritisiert.

[30] Außenminister Pearson in den House of Commons Debates, 5.–12. 2. 1953. Ähnlich im House of Commons, 22. 10. 1951.

[31] Außenminister Pearson in einer Versammlung der B'nai B'rith, Guelph, Ont., 2. 2. 1953. Ähnlich vor der Harvard University Alumni Association, Cambridge, Mass., 11. 6. 1953.

Jahrgang 3 (1955), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Auffassung der militärischen Verpflichtungen und der Zielsetzungen im Korea-Konflikt.

Es war ein politisches Credo, dessen Bedeutung weit über den Anlaß hinausging, als Außenminister Pearson im Mai 1951 die koreanische Streitfrage innerhalb der Koalition und die mit ihr verbundene Verantwortung klarstellte und sich dabei zu einer bei ihm seltenen Bewegung steigerte: „Auf der einen Seite wird erklärt, daß der totale militärische Sieg errungen werden muß und errungen werden kann, wenn China bombardiert und blockiert wird und wenn nationalchinesische Truppen außerhalb Formosas eingesetzt werden. Ich möchte jetzt nicht wiederholen, weshalb ich diese Politik für einen profunden Irrtum halte; aber ich möchte meine Ansicht betonen, daß eine solche Politik von der begrenzten Aktion zur unbegrenzten führen würde, mit dem Ergebnis, daß die Sowjetunion in den Konflikt hineingezogen werden könnte. Auch wenn dies nicht der Fall wäre, so würden wir meines Erachtens nahezu sicher in einen Krieg mit 450 Millionen Chinesen auf dem asiatischen Festland verwickelt werden ... Mag sein, daß trotz unserer Bemühungen die Katastrophe eines dritten Weltkriegs nicht abgewendet werden kann. Mag sein, daß trotz unserer Bemühungen dieser Konflikt auf (Kontinental-)China übergreift. Wir haben darauf vielleicht keinen Einfluß. Doch wenn dieser Konflikt so weit führt, sollen für die Schrecken, Qualen und Verwüstungen, die kommen werden, andere verantwortlich sein, nicht wir[32]." Als 1953 Präsident Eisenhower durch Modifizierung von Trumans Flottenorder die Garantie der Neutralität Formosas im Korea-Konflikt beseitigte, erklärte Außenminister Pearson dies nachdrücklich als einen Schritt, für den allein die amerikanische Regierung verantwortlich sei. Durch die Aktion in Washington sei selbstverständlich Kanada in keiner Weise gebunden, es sei aber an ihr interessiert, werde die Entwicklung der Dinge mit höchster Wachsamkeit verfolgen und, falls die Umstände es erfordern sollten, das Gegebene tun, um Kanadas Standpunkt den Beteiligten zur Kenntnis zu bringen[33]. Dies solle „aufrichtig und klar", mit deutlichem „kanadischem Akzent" geschehen und doch in möglichst großer Harmonie mit den anderen Mächten der Koalition, besonders mit der führenden Macht[34].

Immer wieder betonten Außenminister Pearson und andere kanadische Politiker, es sei und bleibe das einzige Streben des Westens, den Korea-Konflikt nicht zu erweitern sondern zu beenden[35], immer wieder lehnten sie jeden Schritt, jeden

[32] Außenminister Pearson im House of Commons, 14. 5. 1951. Ähnlich im House of Commons, 8. 12. 1952.

[33] Außenminister Pearson in den House of Commons Debates, 5.–12. 2. 1953. (Den gleichen Standpunkt vertrat Außenminister Pearson sehr nachdrücklich Anfang 1955 im Zusammenhang mit der amerikanischen Haltung im Streit um die Inseln Quemoy und Matsu.)

[34] Ebenda.

[35] Ebenda. In seiner Eigenschaft als Präsident der UNO-Generalversammlung erklärte er am 22. 12. 1952: „To bring the fighting in Korea to an end and to move into the positive phase of reconstruction and peaceful settlement ... remains our only objective in Korea." Sein Begleitschreiben zu den Waffenstillstandsvorschlägen der UNO, die er den Außenministern der Pekinger und Nordkoreanischen Regierungen übermittelte, war in Ton und Inhalt ein Muster von Zurückhaltung, Klugheit und internationalem Verantwortungsbewußtsein.

Jahrgang 3 (1955), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Gedankengang ab, welche auf Einmischung in die inneren Angelegenheiten Rot-Chinas, den Sturz seines im Westen gehaßten, im Osten jedoch tolerierten Regimes oder einen gewaltsamen Zusammenschluß Nord- und Südkoreas hinzielten[36]. Solches betrachtete Kanada als außerhalb seiner Obliegenheiten. Auch war es überzeugt, dafür niemals die seine Fernost-Politik maßgeblich formende Zustimmung der nicht-kommunistischen asiatischen Länder, besonders der drei Commonwealth-Länder, zu erhalten. Bei allen gegebenen Gelegenheiten unterstützte und förderte Kanada die offiziellen und inoffiziellen Versuche einzelner Staaten, vor allem Indiens, eine Verständigung zwischen den Gegnern im Korea-Konflikt herbeizuführen. In jedem gebotenen Zusammenhang erklärte es seine Bereitschaft, mit der chinesisch-kommunistischen Regierung hinsichtlich Koreas zu einer ehrenvollen politischen Lösung zu kommen[37], welche die Möglichkeit der Anerkennung dieser Regierung durch Kanada ernstlich erwägbar machen würde[38]. In der Frage der Anerkennung Rot-Chinas änderte Kanada später zwar seine Haltung, doch betonte Außenminister Pearson zur Zeit der Formosa-Krise Anfang 1955, die umstrittenen Inseln Quemoy und Matsu gehörten fraglos zum chinesischen Festland, und empfahl, die Neutralisierung Formosas ins Auge zu fassen, bis seine Zukunft in Übereinstimmung mit den Wünschen der Bevölkerung entschieden sei[39]. Eine Einmischung in den Formosa-Konflikt, außer auf Grund von Verpflichtungen im Rahmen der UNO-Charter, lehnte er ab. Mit aller Bestimmtheit, wenngleich nicht als einzige Nation, widersetzte sich Kanada dem Vormarsch der koreanischen UNO-Streitkräfte in Richtung der chinesischen Grenze, bestand es auf der Festsetzung der Verteidigungslinie entlang dem 38. Breitengrad.

Wie weit die schließliche Nichtanwendung der Atombombe in Korea, die amerikanische Ablehnung des national-chinesischen Plans eines Angriffs von Formosa auf das chinesische Festland und die Abberufung General MacArthurs auf kanadische Einflüsse zurückzuführen sind, wird sich erst sagen lassen, wenn die Archive geöffnet werden. Kanadische außenpolitische Kreise lehnen die Diskussion dieser Fragen ab, die in den häufigen inoffiziellen Besprechungen kanadischer und amerikanischer Politiker in Washington und den geheimen Beratungen der anderen am Korea-

---

[36] Außenminister Pearson in den House of Commons Debates, 5.–12. 2. 1953. Ähnlich in einem Artikel in „World", Dezember 1953, in seiner Rede vor der Harvard University Alumni Association, Cambridge, Mass., 11. 6. 1953, UN-Vollversammlung 23. 9. 1953, etc.

[37] Außenminister Pearson im House of Commons, 8. 12. 1952.

[38] Außenminister Pearson im Men's Canadian Club of Vancouver, 27. 5. 1953, in der St. Francis Xavier University, Antigonish, N.S., 7. 11. 1954, UN-Vollversammlung 23. 9. 1953, ebenso Premierminister St. Laurent im House of Commons, 25. 3. 1954. In einer Erklärung Außenminister Pearsons vom 7. 11. 1954 heißt es hingegen: „. . . unless and until there is some evidence of a genuine disposition to follow the rules of acceptable international behaviour the Chinese Communist Government has no claim to our formal recognition." Im Gegensatz zur bisherigen allgemeinen kanadischen Auffassung betonte Außenminister Pearson auch in dieser Erklärung, die Anerkennung der Pekinger Regierung „does not have to include a commitment to support the handing over of Formosa to the control of that government."

[39] Außenminister Pearson in seiner Rundfunkrede am 28. 1. 1955.

Jahrgang 3 (1955), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Konflikt beteiligten Mächte eine bedeutende Rolle gespielt haben müssen. Man darf immerhin annehmen, daß der kanadische Einfluß wesentlich war, da in den Vereinigten Staaten die Stimme des „nordamerikanischen Bruders" erfahrungsgemäß ungleich mehr gilt als die Stimme irgendeiner andern Nation. Übrigens finden inoffizielle kanadisch-amerikanische Besprechungen seit 1922 regelmäßig statt und bleiben weiterhin ein Instrument der politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit der beiden Länder.

Auch über das tatsächliche Ausmaß kanadischer Einflüsse auf andere amerikanische oder englische und westlich-kollektive Entscheidungen kann nach dem bisher vorliegenden Material nichts ausgesagt werden. Die kanadische Außenpolitik folgt dem von Mackenzie King gewiesenen Weg, im stillen zu wirken, Erfolge und nicht Ruhm zu suchen[40], so daß es Aufmerksamkeit erfordert, selbst die nicht verschleierten Einflüsse Kanadas festzustellen, wie bei der weltpolitisch bedeutsamen Überbrückung der Differenzen zwischen Indien und den USA sowie Pakistan, der Gründung und Entwicklung des indonesischen Staates, dem auch als Präzedenzfall wichtigen Verbleiben Indiens im Commonwealth trotz Proklamation der Republik, sowie der Befriedungsaktion der UNO in Israel. Kaum zu bezweifeln ist jedoch, daß Kanada die britische Haltung bezüglich der Nichteinmischung in Indochina entscheidend stärkte, und klar ist Kanadas Bestreben, die internationale Zusammenarbeit im Rahmen der UNO und NATO als Gegengewicht gegen das amerikanische Übergewicht in der Weltpolitik auszubauen.

Bekenntnis zur Kollektivität

Dem Gedanken der Vereinten Nationen hatte Kanada von Anbeginn uneingeschränktes Interesse entgegengebracht und in frühen Stadien direkt und indirekt an der Ausarbeitung der Grundsätze und später der Einzelheiten der UNO-Charter teilgenommen. Viele Artikel – so 14, 23, 44, 55–59, 63, 64, 70, 100, 109 und teilweise Artikel 1 – wurden mehr oder weniger nach kanadischen Vorschlägen und Entwürfen gestaltet. Kanada erkannte an, „daß Macht und Verantwortung einander die Waage halten müssen und daß die Sicherheit der Welt in erster Linie von der Aufrechterhaltung eines erdrückenden Übergewichts der Friedenskräfte abhängt"[41]. Doch schon in San Franzisko erklärte Premierminister Mackenzie King: „Die Macht liegt jedoch nicht allein in den Händen von vier oder fünf Staaten,

[40] Auch Außenminister Pearson empfiehlt immer wieder: „Diplomacy should ... play a greater part than in recent years; ... there should be more room for and greater reliance on quiet and confidential negotiation ... full publicity for objectives and policies and results does not mean ... that negotiations must always be conducted, step by step, in public." Bemerkenswert ist, wie oft er selbst sehr wichtige Erklärungen auf dem neutralen Boden und in der entspannten Atmosphäre einer Universität oder eines Klubs abgibt.

[41] Premierminister Mackenzie King in seiner Eigenschaft als Außenminister und Führer der kanadischen Delegation in der zweiten Vollversammlung der San-Franzisko-Konferenz am 27. 4. 1945.

Jahrgang 3 (1955), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

welche es immer sein mögen, und die Konferenz sollte sich nicht von einer solchen Annahme leiten lassen. Die Erfahrung lehrt, daß die Rolle der kleinen Nationen durchaus nicht unbedeutend ist[42]."

Dem entsprechen die wiederholten Erklärungen Außenminister Pearsons, daß die Vereinigten Staaten zwar die weitaus größte Bürde der Verteidigung des Friedens tragen, aber auch die kleinen Nationen Verpflichtungen haben und erfüllen und daher gehört werden müssen. In Zeiten einer Ausnahmelage war und ist auch Kanada einverstanden, die besonderen Interessen den allgemeinen unterzuordnen. Obwohl es während des zweiten Weltkriegs mehr als eine Million Männer und Frauen unter Waffen hatte, verzichtete es auf Vertretung im alliierten Oberkommando und beugte sich im Korea-Konflikt dem Beschluß, die militärische Führung den Vereinigten Staaten zu überlassen, obwohl es das drittstärkste Kontingent der UNO-Streitkräfte stellte. In normaleren Zeiten besteht es jedoch auf „Konsultation und Kooperation"[43].

„In solchen weniger kritischen Lagen ... wird das Erfordernis allseitiger Beratung vor der Entscheidung einer einzelnen Macht zu einem wesentlichen Element internationaler Zusammenarbeit. Dies ist unvermeidlich, solange es sich um Zusammenarbeit freier Staaten handelt, die theoretisch gleichberechtigt sind, wie unterschiedlich ihre Macht und ihre Verantwortung auch sein mögen. Eine Zusammenarbeit, bei der die schwächeren Mitglieder einer Verbindung freier Staaten sich ohne entsprechende Beratung allen Beschlüssen der führenden Macht oder einer engeren Mächtegruppe beugen müssen, ist mit nationaler Freiheit nicht vereinbar und daher unzulässig[44]." – „Ein einziger politischer, wirtschaftlicher oder strategischer Mißgriff der Über-Großmacht, und wir anderen können gefährlich, ja sogar tödlich getroffen sein[45]."

Als Voraussetzung zur Herbeiführung eines möglichst gerechten Ausgleichs der innerhalb der westlichen Koalition unvermeidlichen Meinungsverschiedenheiten

---

[42] Ebenda. Ähnlich auf den Pariser Friedenskonferenzen 1946 und schon am 9. 7. 1943 im kanadischen Unterhaus, als der Premierminister sich zum nachdrücklichen Befürworter einer Weltorganisation gemacht und die jetzt weitgehend eingeführte „funktionelle Vertretung" kleiner Staaten in internationalen Institutionen vorgeschlagen hatte. – Die UNO-Charter wurde vom kanadischen Unterhaus bereits im Oktober 1945 einstimmig ratifiziert.

[43] Außenminister Pearson in der Town Hall, New York City, am 15. 4. 1953. Beim Executives Club Luncheon, Chicago, am 19. 3. 1954, sagte der Minister: „... we ask to be consulted before decisions are taken which affect us. Collective actions must be based on collective decisions worked out – at least in broad outlines – beforehand." Ähnlich im National Press Club, Washington, 15. 3. 1954.

[44] Außenminister Pearson in der Town Hall, New York City, 15. 4. 1953. Eine andere Stelle der Rede lautet: „To take just one illustration, no representative from a nation of the British Commonwealth which has supplied troops, ships and aircrafts, sits on these discussions (in Panmunjon) and no report of them can be made to any United Nations member participating in the Korean conflict, except through Washington ... this is obviously not the best way to carry on a genuinely collective operation by a group of freely associated states."

[45] Außenminister Pearson vor der Harvard University Alumni Association, Cambridge, Mass., am 11. 6. 1953.

Jahrgang 3 (1955), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

fordert Kanada die Bereitschaft der Vereinigten Staaten, Zugeständnisse an die Auffassungen und besonderen Bedürfnisse der anderen Nationen zu machen, und die Willigkeit dieser andern Nationen, den außerordentlichen Beitrag der USA zum gemeinsamen Kräfteeinsatz sowie die große amerikanische Verantwortung anzuerkennen[46]. „Der Alptraum ist, daß die Vereinigten Staaten es für nötig erachten könnten, im Rahmen unserer Koalition eine Politik zu treiben, welcher die anderen Mitglieder nicht vorbehaltlos zu folgen vermögen, oder daß eine unzulängliche Unterstützung von seiten jener anderen Mitglieder die amerikanische Einsatzbereitschaft und Führung derart entmutigen könnte, daß Washington sich entschlösse, selbständig zu handeln[47]." Im Übereifer liege ebensoviel Gefahr wie in der Überängstlichkeit[48]; die Möglichkeit, daß die begründete Angst vor der sowjetischen Stärke zu einer Panik führe, die die westliche Koalition in ihren Verteidigungsmaßnahmen zu weit treibe und diese provokativ machte[49], sei um nichts weniger unheilvoll als die Entwicklung, die eintreten würde, wenn infolge von Meinungsverschiedenheiten Verbündete und Freunde, besonders die Vereinigten Staaten und das Vereinigte Königreich, sich entfremden und voneinander zurückziehen würden[50]. Kollektivität sei in unseren Tagen die Basis aller internationalen Politik. Hätten 1953 etwa die Vereinigten Staaten die Drohung Senator Tafts – die USA könnten unter gewissen Umständen auf ein Zusammengehen mit der UNO in fernöstlichen Fragen verzichten und sich vollkommen freie Hand wahren – zur offiziellen Richtlinie der amerikanischen Politik in Korea und dem Fernen Osten gemacht, so würde sich gezeigt haben, daß „in diesem Jahrhundert wechselseitiger Abhängigkeit es für jeden, auch für den mächtigsten Staat, reichlich schwer ist, sich vollkommen freie Hand zu wahren"[51]. Die politische Zusammenarbeit müsse jedoch durch die wirtschaftliche Zusammenarbeit ergänzt werden; „internationale Verständigung auf dem Gebiet der Politik und internationaler Konflikt auf dem Gebiet der Wirtschaft sind nicht vereinbar"[52]. Durch gemeinsame Beratungen, über gemeinsame Entscheidungen, in gemeinsamer Sicherheit muß der gemeinsame Fortschritt erzielt werden.

Dieses seit 1945 stets verstärkte Bekenntnis Kanadas zum Kollektivitätsgedanken erklärt seine immer engere Bindung an die Vereinten Nationen. In ihrem Rahmen

[46] Außenminister Pearson in Rollins College, Winter Park, Florida, am 23. 2. 1953.

[47] Außenminister Pearson in „Foreign Affairs", Oktober 1951, ebenso im House of Commons, am 23. 10. 1951. Die letztere Gefahr wurde nach dem Scheitern der EVG besonders akut.

[48] Außenminister Pearson u. a. im Committee of Supplies, House of Commons, am 28. 5. 1954.

[49] „Fear . . . has had good results in the field of collective defence. It has spurred us into action. Those results, however, will be changed for the worse if, because of this fear, we go too far in our defence plans and policies; if they become provocative militarily in Europe or in Asia, or crippling economically": Außenminister Pearson in einer Versammlung der B'nai B'rith, Guelph, Ont., am 2. 2. 1953. Ähnlich im House of Commons am 21. 4. 1955.

[50] Außenminister Pearson im Men's Canadian Club of Vancouver am 27. 5. 1953. (Ähnlich im House of Commons am 21. 4. 1955.)

[51] Ebenda.

[52] Außenminister Pearson in der Town Hall, New York City, am 15. 4. 1953.

Jahrgang 3 (1955), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

verwirklicht sich ungleich umfassender als im British Commonwealth of Nations die „Zusammenarbeit der freien Völker aller Rassen, aller Kulturen und aller Glaubensbekenntnisse"[53] – Zusammenarbeit nicht zuletzt der westlichen mit asiatischen Völkern. „Die südostasiatischen Staaten werden in der Weltpolitik notwendig eine immer größere Rolle spielen", sagte Premierminister St. Laurent nach der Rückkehr von seiner Weltreise im April 1954, die vor allem Ländern des Ostens galt; „in unserem eigenen Interesse sollten wir die Bande der Freundschaft und des gegenseitigen Verständnisses stärken"[54]. Dies könne nur auf der Grundlage völliger Gleichberechtigung geschehen[55]. Kanada erkennt, daß die wachsende Freiheitsbewegung in Asien vor allem Sache der Asiaten ist[56] und wendet sich gegen die Extremisten, die auch vor einem Krieg nicht zurückschrecken würden, um die Machtübernahme durch kommunistische Regierungen in Asien zu hindern. Offizielle kanadische Kreise teilen die Auffassung, daß der asiatische Kommunismus eine soziale, ökonomische und politische Folgeerscheinung der asiatischen Verhältnisse sei, mit der die asiatischen Völker weitgehend selbst zu Rande kommen müssen. Die Aufgabe des Westens bestehe nur darin, demokratische Bestrebungen in Asien zu fördern, asiatischen Regierungen den Aufbau freier und stabiler Institutionen zu erleichtern[57] und die Not der Millionen unterernährter, obdachloser und analphabetischer Asiaten zu lindern. Besonders Kanada auf Grund seiner geschichtlichen Entwicklung „kann dem Streben und Trachten derer, die ihre Länder wirtschaftlich aufbauen oder den Kolonialstatus überwinden wollen, nicht gleichgültig gegenüberstehen"[58]. Und es sind die Organe der Vereinten Nationen in erster Linie, durch welche Kanada seine historischen, kulturellen, sozialen, technologischen und wirtschaftlichen Verpflichtungen gegenüber den unterentwickelten und kriegsversehrten Gebieten, wie gegenüber den anderen Ländern erfüllt[59]. Nur von einem einzigen Ausschuß der Vereinten Nationen – dem Treuhänderrat –

---

[53] Ebenda.

[54] Premierminister St. Laurent auf der Jahrestagung der Canadian Press in Toronto am 28. 4. 1954.

[55] „Absolute equality is now the only possible foundation of friendly relations between the countries of the East and West." Außenminister Pearson in „Foreign Affairs", Oktober 1951. (Ähnlich im House of Commons am 24. 3. 1955.)

[56] Ebenda.

[57] Außenminister Pearson vor der Harvard University Alumni Association Cambridge, Mass., 11. 6. 1953. Ähnlich in den House of Commons Debates, 24. 3. 1955. Von kanadischer Seite wird auch betont – so etwa von Außenminister Pearson im Committee of Supply, House of Commons, 28. 5. 1954 –, der westliche Einfluß in Asien „must be divorced from anything that could be called colonialism and not designed to maintain regimes, colonial or national, that have little or no popular support".

[58] Unterstaatssekretär für Äußeres L. D. Wilgress auf der Jahresversammlung der University of British Columbia, Vancouver, am 19. 5. 1953.

[59] Im Rahmen des Expanded Technical Assistance Program der Vereinten Nationen für unterentwickelte Gebiete leitete oder unterstützte Kanada Missionen nach Bolivien, Äthiopien, Burma, Kolumbien, Ägypten und Indien und sandte Techniker nach Libyen, den Philippinen, Indonesien und Ceylon. Überdies beteiligt sich Kanada mit jährlich rund 25 Mil-

Jahrgang 3 (1955), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

hält Kanada sich mit offensichtlicher Absicht fern, und nur in einer einzigen, den Vereinten Nationen nicht direkt unterstellten Körperschaft ist Kanada vertreten, den Internationalen Kontrollkommissionen für Vietnam, Laos und Kambodscha, wo es gemeinsam mit Indien und Polen zunächst die Einhaltung der Waffenstillstandsbedingungen überwacht[60].

„Co-Existence" oder „Co-Destruction"

Die Kanadier schätzen die Vereinten Nationen als „das einzige nahezu universelle Zentrum internationaler Zusammenarbeit in internationalen Belangen"[61], aber mindestens ebensosehr als „den letzten Berührungspunkt der freien Welt und des kommunistischen Blocks"[62]. So scharf kanadische Politiker den Sowjetimperialismus verurteilen, so klar sie die im Osten drohende Gefahr erkennen, so absolut sie die Diktatur und die Reglementierung des Menschen ablehnen, sind sie dennoch zutiefst überzeugt, daß die Kontakte mit der Sowjetunion nicht abgebrochen werden dürfen. Als im Hinblick auf die eventuell 1956 zur Debatte kommende Revision der UNO-Charter u. a. Dr. van Wagenen in seiner Studie „Expanding the United Nations Community"[63] den Gedanken äußerte, die Vereinten Nationen durch Ausschluß der kommunistischen Staaten zu einer anti-kommunistischen Allianz zu machen, widersprach Außenminister Pearson mit der gleichen Entschiedenheit wie Minister Paul Martin und andere. „In dieser zweigeteilten Welt wäre meines Erachtens nichts unheilvoller als das völlige, endgültige Versagen der arteigenen Fähigkeit, Kontakte von Mensch zu Mensch zu finden, unbeschadet aller Verschiedenheiten des Regimes und der Rasse, ungeachtet aller Vorhänge aus Eisen, Angst oder Vorurteil", erklärte der Außenminister in einer der letzten UN-Versammlungen; „eine unserer wichtigsten Aufgaben in den Vereinten Nationen ist, die

---

lionen Dollar und der Bereitstellung von Experten an der Durchführung des südost-asiatischen Sonderhilfsplans der Commonwealth-Länder, ausgenommen Südafrika (Colombo-Plan). Kanadas Aufbauanleihen nach 1945 erreichten eine Gesamthöhe von zwei Milliarden Dollar, Kanadas finanzieller Anteil am Wiederaufbau Koreas steht an dritter Stelle.

[60] Im offiziellen Kommentar zur Übernahme dieser Verpflichtung heißt es u. a.: „While it is a matter of regret to us that the settlement in Indo-China and the supervision of that settlement are not directly under the aegis of the United Nations, the Government is satisfied that Canadian participation will be fully in harmony with our responsibilities as a member of the world organization." Veröffentlicht in Ottawa am 28. 7. 1954.

[61] Außenminister Pearson als Präsident der UN-Vollversammlung vor der American Association for the United Nations, New York City, am 23. 10. 1952. Ähnlich in der Town Hall, New York City, am 3. 3. 1953.

[62] Minister Paul Martin in der Ottawa Branch of the United Nations Association in Canada am 4. 2. 1953.

[63] Dr. van Wagenen „Expanding the United Nations Community" im Novemberheft der Annals of the American Academy of Political and Social Science. Die Klausel betreffend die Revision der UNO-Charter in Abständen von etwa zehn Jahren wurde in San Franzisko hauptsächlich über Anregung der kanadischen Delegation in die Charter aufgenommen.

Jahrgang 3 (1955), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Verbindungskanäle offen zu halten und zu vertiefen, so daß sie, wenn beide Seiten bereit sind, als Instrument der Versöhnung und schließlichen Eintracht dienen können"[64]. Bei den Verhandlungen müsse man Takt, Geduld und Einfühlungsvermögen bewahren und solle kein „unconditional surrender" fordern, das aus historischer Perspektive als „eine diplomatische Forderung von fragwürdiger Weisheit selbst in einem mit äußerster Erbitterung durchgefochtenen und siegreich beendeten Krieg"[65] erkannt werden dürfte.

Es war vermutlich größtenteils kanadischer Initiative zuzuschreiben, daß der NATO-Rat auf seinen Pariser Zusammenkünften im April und Dezember 1953 sich zur Weiterverfolgung des Ziels bekannte, „mit der Sowjetunion über entscheidende Meinungsverschiedenheiten zu verhandeln, wann und wo immer es möglich ist"[66]. Mitglieder der kanadischen UNO-Delegation hielten, auch namens der französischen, englischen und amerikanischen Delegationen, Mitte Oktober 1954 eine Reihe vertraulicher Besprechungen mit Vertretern der Sowjetunion, die zur Einigung im Unterausschuß der Abrüstungskommission der Vereinten Nationen führten[67]. Und es waren kanadische Politiker, die in den Vereinten Nationen – wie zweifellos ebenso in den vorherigen geheimen kanadisch-amerikanischen Beratungen über die Gründung einer Kommission zur Verwendung der Atomenergie für friedliche Zwecke – den Standpunkt hervorhoben, „daß für die Sowjetunion die Tür zum Eintritt in die geplante Kommission noch immer weit offen steht und daß die Russen, falls sie es wünschen, sich nicht nur an der Tätigkeit, sondern auch an der Gründung und dem Aufbau der Kommission beteiligen können"[68].

Diese grundsätzliche Bereitschaft zur Verständigung mit der Sowjetunion machte Kanada unter allen westlichen Ländern zum entschiedensten Befürworter der anfänglich auch in Ottawa mit großem Mißtrauen betrachteten „co-existence". Im Mai 1953 sagte Unterstaatssekretär Wilgress noch mit fühlbarer Zurückhaltung: „Die Moskauer Friedensfühler lassen die Möglichkeit einer friedlichen Ko-Existenz der kommunistischen und der kapitalistischen Welt etwas realer scheinen[69]." Ein Jahr später sprach Premierminister St. Laurent bereits bestimmter von der Hoffnung auf „irgendeinen modus vivendi, der praktisch bedeutet, daß wir leben können und daß sie leben können"[70]. Im Juni 1954 erklärte Außenminister Pearson: „Wir auf unserer Seite des kalten Krieges betrachten die Ko-Existenz nicht nur als

[64] Außenminister Pearson in der UN-Vollversammlung am 23. 9. 1954.

[65] Außenminister Pearson auf der Jahresversammlung der Canadian Historical Association, Winnipeg, Man., am 4. 6. 1954.

[66] Außenminister Pearson im House of Commons, 29. 1. 1954. In der Vollversammlung der Vereinten Nationen am 29. 9. 1953 erklärte er: „If there are opportunities now for easing in some degree international tensions, I hope the eighth Assembly will use them to the full."

[67] Bericht des ständigen kanadischen UNO-Delegierten D. M. Johnson im First Committee der 9. UN-Vollversammlung am 22. 10. 1954.

[68] Minister Paul Martin in der UN-Vollversammlung am 5. 11. 1954.

[69] Unterstaatssekretär für Äußeres L. D. Wilgress auf der Jahrestagung der University of British Columbia, Vancouver, 19. 5. 1953.

[70] Premierminister St. Laurent im House of Commons, 25. 3. 1954.

Jahrgang 3 (1955), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

eine zeitweilige Taktik, sondern als beschlossene Politik"[71], und betonte in einer späteren Begründung dieser Einstellung: Die Antwort auf die Frage „ob Ko-Existenz mit den Kommunisten möglich ist, liegt im Grunde in der Anerkennung der einfachen Tatsache, daß wir auf dem gleichen Planeten leben . . . Die wirkliche Frage ist . . . ob wir . . . letztlich Mittel und Wege finden, mit den Völkern Rußlands und Chinas nicht nur zu ko-existieren, sondern zu ko-operieren, ohne dabei unseren Grundsätzen untreu zu werden"[72]. Wir Mitteleuropäer mögen uns bei diesen Worten erinnern, daß den Kanadiern sich ähnliche Fragen stellten, als sie nach 1783 mit den Amerikanern einen Kontinent zu teilen hatten, der damals praktisch dem Größenverhältnis der heutigen „klein gewordenen" Welt entsprach; auch die gegenwärtige enge Beziehung zwischen Kanada und den Vereinigten Staaten begann auf keiner viel freundlicheren Grundlage als der „co-existence".

Dieser Wille zur Ko-Existenz – „tatsächlich haben wir die letzten 35 Jahre mit dem Kommunismus ko-existiert"[73] – und die stete Bereitschaft, mit der Sowjetunion zu verhandeln, hindern Kanada freilich nicht daran, dem Ausbau seiner Verteidigung fast die Hälfte seines Budgets zu widmen. „Es wäre Torheit . . . die kollektiven Sicherheitseinrichtungen, die angesichts der uns gemeinsam drohenden Gefahr geschaffen werden mußten, zu schwächen oder preiszugeben[74]." Ebensowenig ließ es sich durch sein Bekenntnis zu den Vereinten Nationen abhalten, der kollektiven Sicherheit einen stärkeren Rückhalt zu suchen als den durch das Vetorecht der Großmächte in seinen Beschlüssen gehemmten Sicherheitsrat. In San Franzisko hatte die kanadische Delegation dem Vetorecht auf Grund der Erklärung zugestimmt, die Mächte würden es selten und maßvoll anwenden. Als die Russen diese Zusicherung zu mißachten begannen, war der kanadische Außenminister einer der Vorkämpfer der Erweiterung der Brüsseler Allianz[75], die mit der Unterzeichnung des NATO-Pakts durch zwölf Nationen im April 1949 vollzogen wurde.

---

[71] Außenminister Pearson vor der Canadian Historical Association, Winnipeg, Man., am 4. 6. 1954.

[72] Außenminister Pearson vor der Canadian Federation of Mayors and Municipalities, Windsor, Ont., 30. 8. 1954 und bei der Eröffnung der Canadian Education Week, Ottawa, am 6. 3. 1955. Ähnlich vor der Canadian Historical Association, Winnipeg, Man., 4. 6. 1954. An anderer Stelle seiner Rede in Windsor sagte der Minister: „There is no reason to believe that, considered in historical perspective, communism can long survive. Men are in their deepest nature moral beings . . . But communism is fundamentally anti-moral. The very nature of men, therefore, makes it inevitable that sooner or later totalitarian and tyrannical regimes . . . either evolve or explode. If we remain strong and patient, therefore, we may before too long have something better to co-exist with than international communism of today . . ."

[73] Außenminister Pearson vor der Canadian Federation of Mayors and Municipalities, Windsor, Ont., am 30. 8. 1954.

[74] Außenminister Pearson in der Town Hall, New York City, am 15. 4. 1953.

[75] In der Vollversammlung der Vereinten Nationen sprach im September 1947 Premierminister St. Laurent, damals kanadischer Außenminister, von der Notwendigkeit für friedliebende Staaten, größere Sicherheit in einer Organisation mit einem enger umgrenzten internationalen Aufgabenkreis zu suchen. Im April 1948 setzte er sich entschiedener für ein

Jahrgang 3 (1955), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Gewiß gilt Kanada nicht als Initiator der NATO, doch es hatte ihre Gründung erheblich beschleunigt, an ihrer Gestaltung entscheidend mitgewirkt und blieb eine ihrer regsamsten Kräfte. Auf kanadischen Vorschlag hin wurden im Februar 1952 die Türkei und Griechenland in die NATO aufgenommen und beteiligten sich sogleich an der wichtigen Ratsversammlung in Lissabon unter dem Vorsitz von Außenminister Pearson.

In der NATO, Kanadas „Schild seiner eigenen Verteidigung in Europa und im atlantischen Raum"[76], sehen die Kanadier allerdings wesentlich mehr als eine militärische Zweckgemeinschaft. „Von Anbeginn suchte die kanadische Politik sicherzustellen, daß die NATO Zusammenarbeit und Fortschritt in Bereichen jenseits der rein militärischen Sphäre fördert"[77], wie es in Artikel 2 des NATO-Pakts vorgesehen ist – eine Zusammenarbeit auf Grund der historischen, kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Gemeinsamkeiten der Atlantik-Staaten, und ein Fortschritt zur Verwirklichung einer immer engeren Atlantikgemeinschaft. Doch mußte Kanada erkennen, daß dieses „Atlantic Commonwealth of Nations" schwer zu schaffen sei, da die Zusammenarbeit auf nicht-militärischen Gebieten bereits in weltweiten Institutionen wie GATT, ICAO[78] und UNESCO erfolgt; das Zusammengehörigkeitsgefühl der Atlantikvölker könne nur allmählich von innen entwickelt und durch fallweise Solidaritätsbeweise gefördert werden. Ein solcher Beweis ist Kanadas direkter und indirekter Einsatz, schwächeren NATO-Partnern die seit Kriegsende mühsam wiedererlangte und durch übermäßigen Rüstungsanspruch gefährdete ökonomische Stabilität zu sichern[79]. Jedenfalls aber wuchs durch die NATO Kanadas Interesse an Deutschland.

Zur Verhinderung eines Weltkriegs

1951 war dieses Interesse noch sehr theoretisch, die Einstellung zur geplanten Montan-Union außerordentlich skeptisch. Doch erkannte Außenminister Pearson

Sicherheitsbündnis jener Nationen ein, die die Sowjetunion als Störer der Versuche betrachten, durch die Vereinten Nationen zu einer allumfassenden kollektiven Sicherheit zu gelangen. – Der Abschluß regionaler Sicherheitspakte ist laut Artikel 51 der UNO-Charter zulässig.

[76] Außenminister Pearson in der Town Hall, New York City, am 3. 3. 1953. In „Foreign Affairs", Oktober 1951, schrieb er: „Western Europe is of greater strategic importance than any other area in the world." Ähnlich im House of Commons am 21. 4. 1955

[77] Außenminister Pearson in der Town Hall, New York City, am 3. 3. 1953. Ähnlich in der Erklärung zum 5. Jahrestag der NATO-Gründung, am 4. 4. 1954, auf der Londoner Neun-Mächte-Konferenz im Oktober 1954 und im House of Commons am 20. 1. 1955. Senator Wikart Robertson machte kürzlich den Vorschlag, eine inoffizielle Vereinigung von Abgeordneten aus den NATO-Ländern zum Zweck der Förderung der nicht-militärischen Ziele der NATO zu gründen. Engere nicht-militärische Bindungen zwischen Kanada und Italien im Rahmen der NATO wurden während der Anwesenheit des damaligen italienischen Premierministers Mario Scelba in Ottawa, März 1955, erörtert.

[78] GATT = General Agreement on Trade and Tariffs; ICAO = International Civil Aviation Organization.

[79] Außenminister Pearson erklärte im House of Commons bereits im Dezember 1952: „However urgent re-armament is, it has to proceed in accordance with the economic and

Jahrgang 3 (1955), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schon damals die internationale Bedeutung der friedlichen und demokratischen Entwicklung Deutschlands, das nun ermutigt werden sollte, „immer mehr Verantwortung für die Gestaltung seines Schicksals auf der Basis der Gleichberechtigung, doch nicht der Vorherrschaft, innerhalb der europäischen Völkergemeinschaft zu übernehmen"[80]. Das NATO-EVG-Protokoll wurde von Kanada als erster Nation unterzeichnet und ratifiziert. Im Februar 1953 erklärte Außenminister Pearson, ohne die Einbeziehung Deutschlands in das westliche Sicherheitssystem gebe es keine wirksame kollektive Verteidigung Westeuropas. Die Errichtung der Hohen Behörde in Luxemburg begrüßte er als symbolisch wie praktisch bedeutsamen Anfang der supra-nationalen Zusammenarbeit europäischer Staaten auf wirtschaftlichem Gebiet[81].

Für das französische Zögern, die EVG-Verträge zu ratifizieren, zeigte Kanada mehr Verständnis als die Vereinigten Staaten und suchte zur Bekehrung Frankreichs andere Wege als Außenminister Dulles, dessen Drohung, Frankreich im Fall seines Beharrens auf Ablehnung der EVG die weitere Wirtschaftshilfe zu sperren, in Ottawa nicht als beste Methode zur Erzielung einer Einigung betrachtet wurde und dessen Brüskierung des Quai d'Orsay auch in englisch-kanadischen Kreisen offen mißbilligt wurde. In einer sehr geschickten Unterhausrede hatte Außenminister Pearson schon Anfang 1954 das Bild Europas entwickelt, das durch den politischen und wirtschaftlichen Wiederaufstieg Deutschlands erneut ein Zentrum erhalten habe. „Es gibt daher nicht nur die stete Gefahr des Sowjetimperialismus, sondern auch die Angst vor dem, was viele Europäer und andere im Gedanken an 1914 und 1939 als die wiederauflebende Gefahr deutscher Ambitionen und deutscher Militärmacht betrachten." Angenommen, die Angst vor Deutschland wäre begründet, so stünden die Westmächte vor der Wahl, das zweimal erfolglose Bündnis mit der Ostmacht zur Niederhaltung Deutschlands nochmals zu schließen oder das bisher Unversuchte zu tun, Deutschland in die Allianz des Westens einzugliedern. Die Errichtung der EVG sei dazu der beste und kürzeste, wenn auch nicht der einzige Weg. Die zur Verteidigung des Westens sowie Deutschlands selbst unerläßliche deutsche Aufrüstung könnte ebensogut in einer oder der anderen Form mit der NATO verbunden werden[82]. An dieser Konzeption hielt Kanada fest.

Die Pariser Verträge ratifizierte Kanada im Januar 1955. In seiner Empfehlung dieses Schrittes erklärte Außenminister Pearson im kanadischen Unterhaus, die Verträge lieferten den Beweis, daß eine internationale Kontrolle nationaler Rüstungen möglich sei, und würden eines Tages vielleicht ein nützlicher Präzedenzfall für ein

political capabilities of the member states." Im Rahmen des Mutual Aid Program lieferte Kanada den kleineren NATO-Ländern sehr beträchtliche Mengen Material und Waffen.

[80] Außenminister Pearson im House of Commons, 22. 10. 1951.

[81] Außenminister Pearson in den House of Commons Debates, 5.–12. 2. 1953. Sein unmittelbares Interesse an der europäischen Integration bekundet Kanada durch die Entsendung von Beobachtern zur OEEC und zum Europa-Rat, seine freundschaftliche Einstellung gegenüber der Bundesrepublik bewiesen die beiden Deutschlandbesuche Premierminister St. Laurents im Februar und März 1954.

[82] Außenminister Pearson im House of Commons, 29. 1. 1954.

Jahrgang 3 (1955), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

universelles Abkommen sein. Ihre größte Bedeutung liege in der Restauration der deutschen Souveränität, die der westdeutschen Bundesrepublik den freiwilligen Anschluß an die westliche Koalition sowie die Einnahme des ihr gebührenden Platzes nicht nur im atlantischen Verteidigungsbund, sondern auch in der atlantischen Völkergemeinschaft ermöglichen. Angesichts der russischen Haltung sei für die westlichen Staaten ein Sonderabkommen mit der Bonner Regierung – ohne Hintansetzung des Ziels der deutschen Wiedervereinigung – der einzig aussichtsreiche Weg zur Lockerung der Situation gewesen. Die Gefahr der Verletzung der Verträge seitens der deutschen oder irgendeiner anderen Regierung sei durch entsprechende Klauseln soweit als möglich beseitigt worden. In die Gemeinschaft der westlichen Nationen müßte Deutschland aufgenommen werden, auch wenn der Westen nicht durch den Osten bedroht würde.

Da Kanada kein einziges Interesse hat, noch jemals hatte oder haben wird, das es einen Krieg beginnen ließe, sieht es in der militärischen Stärke kein „end in itself", sondern vor allem das Mittel zum Zweck, dem Westen in seinen Verhandlungen mit dem Osten die auf Sicherheit beruhende Freiheit zu geben. „Von einer Position klug und maßvoll gebrauchter Stärke über wirklichkeitsnah und aufrichtig geführte Verhandlungen zu einem Frieden zu gelangen, der auf einer festeren Grundlage ruht als irgendeiner heute vorhandenen – dies ist der Kurs, den die Regierung in ihrer Außenpolitik . . ., das Parlament und das kanadische Volk nach besten Kräften steuern wollen . . . Unser Hauptziel ist nicht, einen Krieg zu gewinnen, sondern den Krieg zu verhindern[83]."

Aufmerksam verfolgten kanadische Politiker die amerikanische Initiative zur Einführung neuer Vergeltungswaffen, die zur Wiedervergeltung seitens der kommunistischen Armeen führen könnten, und bestanden energisch auf der Klärung aller in den strategischen Vorschlägen der USA enthaltenen Zweideutigkeiten. Das Recht und die Möglichkeit, bei Entscheidungen von großer Tragweite mitzuwirken, sollte den anderen Verbündeten auch im Rahmen der neuen amerikanischen Politik ausdrücklich zugesichert werden. Präsident Eisenhower und Außenminister Dulles selbst hatten diesen Grundsatz bestätigt, als sie erklärten, die Kollektivität der Schlagkraft und des Besitzes der Hilfsmittel sei ein Schutz, falls ein solcher jemals benötigt würde, vor übereilten oder provokativen Schritten irgendeines Mitgliedes der westlichen Koalition. Eine Wendung der amerikanischen Politik vom kollektiven zum individuellen Vorgehen würde in Kanada weder als bester Weg zur Verhinderung eines Krieges oder zur Abwehr eines Angriffes betrachtet, noch als Beitrag zur Festigung der kanadisch-amerikanischen Beziehungen gewertet werden.

---

[83] Außenminister Pearson im House of Commons, 22. 10. 1951. In einer Rede vor der Canadian Public Relations Society, Montreal, am 5. 1. 1954 bestätigte Außenminister Pearson die offizielle Politik als „building up and maintaining the collective strength and unity of the free world, to be used not to provoke or threaten others, but as the solid foundation for diplomatic negotiation and political settlement." Ähnlich Außenminister Pearson im House of Commons, 25. 3. 1954 und 24. 3. 1955.

Jahrgang 3 (1955), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Trotz ihres unabhängigen Einsatzes wird der kanadischen Außenpolitik mitunter der Vorwurf zu großer Anlehnung an die Vereinigten Staaten gemacht. Diesen Eindruck erwecken manche kanadischen Politiker durch die fast stereotype Betonung der amerikanischen Führerschaft sowie der Macht und Leistung der Vereinigten Staaten, durch die zumeist sehr vorsichtige Formulierung ihrer Kritik, die Verteidigung der amerikanischen Haltung – etwa durch Premierminister St. Laurent im indischen Parlament – und die Nachgiebigkeit in allen untergeordneten Fragen. Doch handelten kanadische Politiker nie gegen ihre bessere Einsicht, um den Vereinigten Staaten zu dienen, sondern folgten ihrer als richtig erkannten Linie im vollen Bewußtsein ihrer Verantwortung. „Kanada geht einer großen Bestimmung entgegen", sagte kürzlich Außenminister Pearson. Vielleicht ist es Kanada bestimmt, durch seine geschickte und geduldige, unbeirrbare Arbeit die positiven Strömungen in der Weltpolitik zusammenzufassen, die konstruktiven Kräfte zu stärken, und schließlich das von Minister Paul Martin genannte Endziel in erreichbare Nähe zu bringen: „. . . a universal and lasting peace in which all mankind can share."

Jahrgang 3 (1955), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Miszelle

HANS THIEME

KATYN – EIN GEHEIMNIS?

In seinem aus manchem anderen Grunde verdienstvollen und besonders auch für den deutschen Leser bestürzenden Werk „Zwischeneuropa von der Ostsee bis zur Adria" (Teil I: Polen, Tschechoslowakei, Ungarn; Verlag der Frankfurter Hefte, Frankfurt 1954) läßt sich Otto Forst de Battaglia über den Massenmord von Katyn in einer Weise vernehmen, die nicht unwidersprochen bleiben kann. Er wird dort (S. 88) als eine „geheimnisvolle Angelegenheit" bezeichnet, die „bis heute nicht geklärt ist" und welcher „der unbefangene Historiker" ratlos gegenüberstehe. Wenn aber irgendeines der bolschewistischen Verbrechen klar zutage liegt, so ist es dieses. Wie ein Untersuchungsausschuß des amerikanischen Repräsentantenhauses im Jahre 1952 ermittelt hat, wußte man darüber im Kriegsministerium der Vereinigten Staaten schon im Sommer 1945 Bescheid, als man es noch zuließ, daß die Russen Katyn zu einem der Anklagepunkte vor dem Nürnberger Internationalen Militärgerichtshof erhoben. Bekanntlich verlief die Beweisaufnahme am 1./2. 7. 1946 dann so ungünstig für die sowjetische These von der deutschen Verantwortlichkeit für den Massenmord an jenen 4143 kriegsgefangenen polnischen Offizieren, die man in den Gräbern von Katyn unweit Smolensk im April 1943 und in den folgenden Monaten gefunden hatte, daß dieser Punkt der Anklage im Nürnberger Urteil mit seinen fast 200 Druckseiten stillschweigend fallen gelassen worden ist.

Was lag damals und was liegt heute an Zeugnissen vor? Bereits am 30. 4. 1943 hatte eine von Deutschland eingeladene, international zusammengesetzte Ärztekommission in einem Protokoll als Untersuchungsbefund festgestellt, daß die Erschießungen den bei den Leichen gefundenen Briefschaften, Tagebüchern, Zeitungen usw. zufolge in den Monaten März und April 1940 stattgefunden hätten, und zwar an der Fundstelle selbst, längst ehe dieselbe im Sommer 1941 in deutsche Hand gefallen war. Dieses Ergebnis ist von den neutralen Mitgliedern jener Kommission, soweit sie noch am Leben und in der Lage sind, sich frei zu äußern, so von dem dänischen Armeearzt Dr. Helge Tramsen und von dem Genfer Ordinarius für gerichtliche Medizin Professor François Naville, immer wieder bestätigt und aufrechterhalten worden – zuletzt im April 1952 bei Einvernahmen in Frankfurt a. M. durch den genannten amerikanischen Untersuchungsausschuß. Die Sowjets dagegen haben zuerst den grotesken Versuch gemacht, die Funde als „prähistorisch" zu erklären. Sie sind dann unmittelbar nach der Wiedereroberung von Smolensk im Herbst 1943 durch den von einer eigenen Sonderkommission erstatteten Bericht vom 26. 1. 1944, wonach das Verbrechen im Sommer oder Herbst 1941 durch die Deutschen begangen worden sei, in offenkundige Widersprüche zum objektiven Befund – zum Beispiel der Winterbekleidung, die die Leichen trugen – geraten und haben sich darin immer mehr verstrickt. Es waren durchaus

Jahrgang 3 (1955), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nicht nur „Berichte angeblich Entkommener" und „Erzählungen eingeschüchterter Dorfbewohner der Umgebung", wie es bei Forst de Battaglia den Anschein hat, auf die sich das Protokoll der Ärztekommission und der abschließende Bericht des leitenden deutschen Gerichtsmediziners, des Breslauer Professors Gerhard Buhtz, stützten. Nicht weniger als 2815 der durch Genickschuß ermordeten Opfer hat man an Hand ihrer Papiere identifizieren können; als listenmäßig bekannte Insassen des Offizierslagers Kozielsk, 250 km südöstlich Smolensk, standen viele von ihnen längst wieder mit ihren Angehörigen in Polen in Briefwechsel; die Postverbindung riß um dieselbe Zeit im März und April 1940 ab, als die Offiziers-transporte vom Lager Kozielsk zu der Bahnstation Gniezdowo bei Smolensk einsetzten . . . Es kann Forst de Battaglia auch schwerlich verborgen geblieben sein, daß der Botschafter der polnischen Exilregierung in Moskau, Professor S. Kot, und die polnischen Generäle Anders und Sikorski bereits in den Jahren 1941 und 1942 in Verhandlungen mit Wyschinskij und Stalin wegen der 15000 verschwundenen polnischen Gefangenen die Sowjets in peinlichste Verlegenheit und zu offensichtlich unwahren Ausflüchten gebracht hatten. Alle diese Vorgänge und Zeugnisse sind längst bekannt[1]; nur die UdSSR und ihre Freunde wollen sie nicht wahr haben.

Und noch auf ein besonderes Indiz ist hinzuweisen. Wenn die Aufdeckung der Gräber von Katyn – die Toten der beiden anderen bekannten Lager Ostaschkow und Starobielsk sind nie gefunden worden – bzw. das Nachstoßen der Londoner polnischen Exilregierung in dieser Angelegenheit im Jahre 1943 dazu beigetragen hat, daß die Sowjets sich ein gefügigeres Instrument zur Regierung des polnischen Staats, das sog. Lubliner Komitee, schufen, so mußte das Katyn-Verbrechen auch seither fortwährend weitere Verbrechen zeugen. Durch eine Veröffentlichung in der schwedischen Zeitung Dagens Nyheter vom 13. 2. 1948 wurde bekannt, daß ein polnischer Anwalt, Dr. Roman Martini, der Anfang 1947 im Auftrag der damaligen polnischen Regierung nochmals eine Untersuchung in Katyn durchführte und dabei im Bestreben, allein die Wahrheit zu ermitteln, wiederum die Schuld der Sowjets feststellte, diese in einem Bericht an den polnischen Justizminister niedergelegte Überzeugung alsbald mit dem Tode hat bezahlen müssen. Ebenso hat man jenen Polen, die unter der deutschen Besatzung an Besichtigungen von Katyn teilgenommen hatten, seither wegen Kollaboration den Prozeß gemacht. Es ist das Verdienst einiger unerschrockener Amerikaner[2], daß die „Verschwörung des Schweigens" über Katyn durchbrochen wurde und daß es zu jener Untersuchung von 1952 kam. Aber man hat nichts davon gehört, daß die Empfehlungen der Kommission, die UNO oder einen internationalen Gerichtshof mit Katyn zu befassen, befolgt worden wären . . .

[1] Vgl. die in Paris und London 1949 erschienene Darstellung „Katyn" von General Wladyslaw Anders und das gut dokumentierte Buch eines polnischen Journalisten, Joseph Mackiewicz, „Katyn – ungesühntes Verbrechen" (Zürich 1949), der im Mai 1943 an den Gräbern von Katyn weilte und Gelegenheit hatte, sich durchaus selbständig seine Meinung zu bilden.

[2] Unter ihnen ist in erster Linie Julius Epstein zu nennen; vgl. seinen Aufsatz in der „Zeit" vom 9. 6. 1949.

Jahrgang 3 (1955), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Ein wirklich unbefangener Historiker, soviel ist nach alledem gewiß, dürfte also dem furchtbaren Drama keineswegs „ratlos gegenüber" stehen. In einem allerdings hat Forst de Battaglia zweifellos recht: nämlich, wenn er sagt, auch den Schergen des Dritten Reiches wäre, ebenso wie denen des NKWD, jeder Massenmord zuzutrauen. Ich erinnere mich noch sehr gut, wie unser Fahrer, ein ruhiger anständiger Mann, als wir erschüttert von den Gräbern von Katyn nach Smolensk zurückfuhren, in unser Gespräch einwarf: „Das haben Unsere doch in Schitomir mit den Juden genau so gemacht! Und da waren Frauen und Kinder dabei!" Moralische Entrüstung also kam der Propaganda von Goebbels, der außerdem die Zahl der Toten von Katyn mit 10–12000 viel zu hoch angab[3], ganz gewiß nicht zu. Aber das darf uns heute nicht daran hindern, die geschichtliche Wahrheit nüchtern festzustellen.

[3] Nur in diesem, weder von der Ärztekommission noch von Prof. Buhtz bestätigten Punkt stimmt der oben erwähnte sowjetische Bericht mit der Darstellung des deutschen Nachrichtenbüros überein, weil man sich so der Verantwortung für die verschwundenen polnischen Gefangenen mit einem Schlag zu entledigen hoffte. – Der Umstand, daß bei den Toten deutsche Patronenhülsen aus der Munitionsfabrik Genschow in Durlach gefunden wurden, ist in der amerikanischen Untersuchung aufgeklärt worden: die Fabrik hatte Waffen und Munition nach Rußland und nach den baltischen Staaten exportiert.

Jahrgang 3 (1955), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokumentation

FRITZ T. EPSTEIN

ZWISCHEN COMPIÈGNE UND VERSAILLES

Geheime amerikanische Militärdiplomatie in der Periode des Waffenstillstandes 1918/19: Die Rolle des Obersten Arthur L. Conger.*

Vorbemerkung des Herausgebers: Der hier abgedruckte Beitrag ist uns als Aufsatz zugegangen. Er enthält indessen so zahlreiches und interessantes Quellenmaterial, daß es richtiger erschien, ihn unter „Dokumentation" zu bringen. Statt der sonst üblichen Trennung in Einleitung und Dokumente ist die untersuchende Berichtform im allgemeinen und nur mit leichten Abänderungen beibehalten worden.

Seit langem ist bekannt, daß neben den offiziellen Verhandlungen während des Waffenstillstandes im Winter und Frühjahr 1918/19 von deutscher und alliierter Seite persönliche Fühlungnahmen gesucht wurden, um vor Beginn der Friedensverhandlungen Klarheit über die Verhältnisse, Kräfteverteilung und Absichten im Gegenlager zu gewinnen. Wie schwer es war, die mit eisiger Zurückhaltung geführten offiziellen Verhandlungen aufzulockern und wieder miteinander in ein vertrauensvolles und vertrauliches Gespräch von Mensch zu Mensch zu kommen, enthüllt in erschütternder Weise der Bericht von Sir Maynard Keynes über seine Wiederanknüpfung mit Dr. Melchior vom Bankhaus Warburg in Hamburg, als beide sich in der Waffenstillstandszeit zum erstenmal seit Kriegsende in Brüssel im März 1919 als Sachverständige für Finanzfragen wieder begegneten[1].

Unter den Ausländern, die in der Periode des Waffenstillstandes Deutschland zu Orientierungszwecken besuchten, sind, neben Professor Hesnard und Professor Haguenin, den Vertrauensleuten Clemenceaus, die Amerikaner Capt. Walter Gherardi und Ellis Loring Dresel, damals Beamter der Friedensdelegation in Paris und später erster amerikanischer Geschäftsträger nach dem Kriege in Berlin, wohl die bekanntesten. In Berichten aus der Zeit des Waffenstillstandes taucht auch gelegentlich der Name des amerikanischen Obersten Arthur L. Conger auf, des Leiters der

* Der Verfasser ist sich der Lückenhaftigkeit seiner Quellen bewußt, glaubt jedoch, daß seine Mitteilung die Schlüsseldokumente für Congers Tätigkeit vorlegt. Eine abschließende Beurteilung der „Conger-Episode" sowie anderer alliierter Kontakte mit deutschen Regierungsstellen in der Periode des Waffenstillstandes und der Pariser Friedenskonferenz wird erst möglich sein, wenn u. a. die Akten der Political Intelligence Section der American Expeditionary Forces (A. E. F.), die Protokolle der Reichskabinettssitzungen vom Frühjahr 1919 und die Nachlässe von Graf Brockdorff-Rantzau und Graf Bernstorff der privaten historischen Forschung zugänglich gemacht werden.

Für Förderung seiner Arbeit in den National Archives und in der Manuscripts Division der Library of Congress ist der Verfasser Mr. Elbert Huber und Miss Katharine E. Brand zu besonderem Danke verpflichtet.

[1] Sir Maynard Keynes, Two Memoirs, New York 1949, S. 9–71: „Dr. Melchior: A Defeated Enemy."

Jahrgang 3 (1955), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Political Intelligence Section beim Stab des amerikanischen Oberkommandierenden, des Generals Pershing. Conger gehörte zu der nach Trier vorgeschobenen Staffel von Pershings Hauptquartier, das sich während des Waffenstillstands in Chaumont (Haute-Marne) befand.

Über die Persönlichkeit und Laufbahn des Obersten Conger ist nicht viel bekannt, da die Personalakten amerikanischer Offiziere im Military Records Center in St. Louis, Missouri, als vertraulich gelten und der privaten historischen Forschung nicht zugänglich sind[2]. Geboren in Akron, Ohio, im Jahre 1872, ging Conger mit 18 Jahren zur Harvard University und empfing dort 1894 den Bachelor of Arts. Sein Interesse galt den klassischen Sprachen, den Religionen des Ostens und der Musik. 1898, während des Spanisch-Amerikanischen Krieges, trat er in die Armee ein, wurde bald Unterleutnant und entschloß sich für die Offizierslaufbahn. Er absolvierte mit Erfolg die Infanterieschule, die Kavallerieschule und 1907 das Army Staff College, die Generalstabsschule in Fort Leavenworth, an der er danach als Captain unterrichtete. General George Marshall erinnert sich, daß in seiner Jugend Conger als einer der begabtesten Offiziere der amerikanischen Armee galt – „one of the master-minds in the Army". Es überrascht daher nicht, Conger im ersten Weltkrieg in Generalstabsstellungen, zuletzt beim Stab des amerikanischen Oberkommandos, anzutreffen. Während der amerikanischen Argonnen-Meuse-Offensive war er kurze Zeit mit der Führung der 56. Brigade (28. Division) beauftragt.

Nach dem Krieg war Conger vier Jahre lang als amerikanischer Militärattaché in Berlin, gleichzeitig in den skandinavischen Ländern und Holland, später in Deutschland und in der Schweiz akkreditiert. 1927 war er amerikanischer Beobachter der Arbeiten der vorbereitenden Kommission für die Abrüstungskonferenz in Genf. Nach dreißigjähriger Dienstzeit wurde er im Oktober 1928 pensioniert. Im Ruhestand nahm er in der theosophischen Bewegung, der er von Jugend an zugetan war, eine führende Stellung ein. Im Februar 1951 ist er in Kalifornien gestorben[3].

---

[2] Für die Laufbahn von Col. Arthur Latham Conger vgl. U. S. Army, Official Army Register Jan. 1, 1950, Bd. I, S. 683. Den ersten Weltkrieg machte er als Lt. Col. (5. August 1917) und Colonel (5. August 1918) mit. General Pershing, My Experiences in the World War (1931), erwähnt ihn mehrfach: Bd. I, S. 20; Bd. II, S. 240, 294 und 299.

[3] Nachruf in den Pasadena Star-News, 24. Februar 1951; nach freundlicher Mitteilung von Miss Florence M. Power, Head of Reference Services, Pasadena Public Library, December 1953.

Für wertvolle Auskünfte über die Laufbahn ihres Gatten und für literarische Hinweise bin ich Mrs. Arthur L. Conger in Pasadena, California, zu lebhaftem Dank verpflichtet.

Die von der Friedenskonferenz-Forschung m. W. bisher unbeachteten Materialien über Congers politische Tätigkeit finden sich im 25., 40. und 50. Jahresbericht der Alumni von 1894 der Harvard University: Harvard College, Class of 1894. Twenty-Fifth Anniversary Report, 1894–1919. Privately printed for the Class by the Plimpton Press, Norwood, Mass., S. 87–89; Fortieth Anniversary Report (No. XI), 1894–1934, S. 63; Fiftieth Anniversary Report (No. XIV), S. 102–109. Die Angaben im letztgenannten Bericht, einer von Conger gebilligten zusammenfassenden Niederschrift mündlicher Ausführungen, bedürfen wegen ihrer dramatischen Zuspitzung sorgfältiger Prüfung; so sind Besprechungen Congers in Berlin Anfang 1919 mit dem Reichskabinett, dem er die Annahme der amerikanischen Ver-

Jahrgang 3 (1955), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Aus der kurzen Lebensskizze erhellt, daß Conger zu dem nicht ungewöhnlichen Typ des Generalstabsoffiziers mit weiten geistigen Interessen gehörte. Sein besonderes Interesse galt der Kriegsgeschichte, die ihm eine Biographie des Generals Grant verdankt[4]; auch mit deutscher Philosophie und Literatur hat er sich viel beschäftigt. Eine Bestätigung der Angabe, daß er in Heidelberg studiert habe[5], war nicht zu erlangen; dagegen steht fest, daß er 1910, von der Armee beurlaubt, in Berlin Vorlesungen gehört hat, insbesondere bei Hans Delbrück[6].

Daß Conger eine bisher zwar nicht völlig unbeachtet gebliebene, aber zweifellos unterschätzte Rolle „hinter den Kulissen" in den Monaten der Vorbereitung des Versailler Vertrages gespielt hat, kam dem Verfasser zum Bewußtsein, als er 1946 bis 1948 als Mitglied der amerikanischen Gruppe des interalliierten German War Documents Project (später German Foreign Ministry Documents Project) zur Vorbereitung der deutschen Aktenausgabe in Berlin stationiert war. Mit Erlaubnis der Familie konnte er damals in der Öffentlichen Wissenschaftlichen Bibliothek (der ehemaligen Preußischen, jetzigen Deutschen Staatsbibliothek im Sowjetsektor) den Nachlaß von Hans Delbrück einsehen. Dort fanden sich Aufzeichnungen über zwei Unterhaltungen zwischen Delbrück und Conger im März und Mai 1919. Jedoch erst die Deklassifizierung der Filme des German Foreign Ministry Documents Project von deutschen Akten aus der Zeit des Waffenstillstandes und der Friedensverhandlungen 1918/19 hat der privaten Forschung völlig neues Material über die Tätigkeit Congers zugänglich gemacht[7]. Deutsche und amerikanische Akten aus dem Winter 1918/19 enthüllen einen bisher unbekannten, intensiven deutsch-amerikanischen Gedankenaustausch, der den offiziellen Verhandlungen parallel lief und aus dem sich ein Blick hinter die Kulissen des Versailler Vertrages ergibt. Die neu gefundenen Dokumente über die Fühlungnahme des Obersten Conger im März, April und Mai

---

fassung empfohlen haben will, erwähnt (S. 106); vgl. dazu den in der Groener-Biographie – Dorothea Groener-Geyer, General Groener, Frankfurt a. M., 1955, S. 136 – zitierten Eintrag aus Groeners Tagebuch vom 17. Januar 1919.

In vielen Einzelheiten sind Congers Erinnerungsbild und der Aktenbefund miteinander unvereinbar; Gedächtnistäuschungen des Redners und Mißverständnisse des Schriftführers scheinen zu einer vom Standpunkt der historischen Kritik sehr unbefriedigenden Lesart zusammengewirkt zu haben.

[4] Mehrere Veröffentlichungen Congers bezeugen seine kriegsgeschichtlichen Interessen. Vor allem jedoch verdient Conger als Begründer (zusammen mit Professor Robert M. Johnston) einer Zeitschrift: The Military Historian and Economist (drei Jahrgänge, Januar 1916–Juli 1918, Harvard University Press) genannt zu werden. Conger schrieb für den 1. Band einen Aufsatz „Moltke's Plans of Campaign", worin er seinen Studienaufenthalt in Deutschland 1910 erwähnte. Das Urteil, das er sich über den Großen Generalstab damals gebildet hatte – „The G. G. S. had a complete grasp of the economic factors of modern strategy" – hat sich 1914 nicht bestätigt.

[5] Im Bericht von Direktor Peltzer, Hamburg-Amerika-Linie, über Verhandlungen mit Conger in Trier im Januar 1919: Nat. Arch. cont. 2491, fr. D 921121–23.

[6] Siehe unten S. 437 Delbrücks Memorandum über sein Gespräch mit Conger am 18. Mai 1919.

[7] Vgl. Fritz T. Epstein, „Zur Quellenkunde der neuesten Geschichte" in dieser Zeitschrift 2 (1954) S. 321 f.

Jahrgang 3 (1955), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

1919 mit deutschen Regierungsstellen auf der höchsten Ebene – dem Reichsaußenminister Grafen Brockdorff-Rantzau, dem Leiter der Waffenstillstandskommission, Reichsminister Erzberger, und dem Leiter der Kommission für die Vorbereitung der Friedensverhandlungen (Pax-Kommission), Grafen Bernstorff – lassen neues Licht auf die Verhandlungstaktik beider Seiten, insbesondere aber der deutschen Friedensdelegation fallen.

Mit Billigung seiner Vorgesetzten, des Oberkommandierenden General Pershing und des Generals Dennis E. Nolan, Assistant Chief of Staff, dem die Political Intelligence Section unterstand, hatte Conger im Frühjahr Aussprachen über die Friedensaussichten und Deutschlands politische und wirtschaftliche Zukunft. In diesen Gesprächen, die über Orientierungszwecke hinausgingen, suchte Conger Einfluß auf deutsche Entschließungen in der Friedensfrage. Seine Stellung als Mitglied von General Pershings Stab und die Beherrschung der deutschen Sprache erleichterten Conger seine Fühlungnahme mit den Spitzen der deutschen Regierung und mit der Heeresleitung – mit Hindenburg, Groener und – in Groeners Auftrag – mit Major Kroeger. Man hielt ihn für einflußreicher als Ellis L. Dresel, der in der zweiten Aprilhälfte von der Friedensdelegation nach Berlin geschickt wurde, um dort eine amerikanische Dienststelle zur Berichterstattung über die deutsche Presse einzurichten. Obwohl Dresel Gelegenheit hatte, mit Bernstorff, Brockdorff-Rantzau, Erzberger, Simons, Theodor Wolff, Walther Rathenau, Ludo Hartmann, Bernstein und Cohn zu sprechen, fühlte er, daß man ihm in Regierungskreisen mit Mißtrauen begegnete. Er telegraphierte am 26. April an die Friedensdelegation, die deutsche Regierung glaube, die kommenden Friedensbedingungen seien so hart, daß die Aufgabe seiner Mission sei, die Deutschen darauf vorzubereiten und den Schock zu mildern[8]. Da er sich – mit Ausnahme der radikalen Linken – einer geschlossenen Front der Ablehnung eines Friedens, der nicht völlig im Einklang mit der deutschen Interpretation von Wilsons 14 Punkten stünde, gegenübersah und er keinerlei Instruktionen empfing, wie er sich den Deutschen gegenüber äußern sollte, sah er seine Aufgabe nach der Organisation der Presse-Informationsstelle als erfüllt an[9] und verließ Berlin am 3. Mai.

Was nun Conger betrifft, so geht aus den Akten hervor, daß er von Anfang Dezember 1918 bis zum Sommer 1919 mit einem gewissen Herrn Walter Loeb als Vertrauensmann der Reichsregierung in ständiger Fühlung stand. Über Herrn Loeb hat sich leider bisher nur wenig in Erfahrung bringen lassen. Da er aber nicht eigentlich als Unterhändler in Erscheinung trat, sondern im wesentlichen die Funktion des „Briefträgers" ausübte, indem er den Amerikaner auszuhorchen suchte und seine Äußerungen an deutsche Regierungsstellen weitergab, ist diese Lücke unserer Kenntnis nicht allzu schwerwiegend. Herrn Loebs Briefe und naiv-überhebliche Berichte sind in einem holperigen Geschäftsdeutsch abgefaßt; vielleicht war er beruflich mit der Firma Textil-Industrie G.m.b.H. in Frankfurt am Main verbunden. Ein Herr Siegfried Kauder sicherte am 8. Februar 1919 auf einem Brief-

[8] Library of Congress, Wilson Papers Ser, VIII–A, Box 41, April 26, 1919.

[9] Ebda. Box 42, April 28, 1919.

Jahrgang 3 (1955), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

bogen dieser Firma dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes zu, Herrn Loeb in seiner Tätigkeit für das Auswärtige Amt jede nur irgend mögliche Unterstützung zu gewähren[10].

Loebs Berichte gingen an den Reichspräsidenten, an den Außenminister und an die Vorsitzenden der Waffenstillstandskommission und der vorbereitenden Friedenskommission[11]. Die Reichsregierung sah, wenigstens eine Zeitlang, in der Beziehung Loeb–Conger einen ihrer wichtigsten „Kanäle" ins gegnerische Lager. Sie erfuhr durch den Obersten einiges über den Gang der Verhandlungen in Paris und über gewisse Entscheidungen. An Hand der Loebschen Berichte läßt sich zeigen, daß die Bedingungen des „Versailler Diktats" die deutsche Regierung keinesfalls so unvorbereitet getroffen haben wie die deutsche Öffentlichkeit. Allein es läßt sich ebensowenig leugnen, daß Congers Äußerungen Herrn Loeb sowohl wie Hans Delbrück gegenüber geeignet waren, die Reichsregierung in eine gewisse Sicherheit zu wiegen, die Friedensbedingungen würden eine Verhandlungsgrundlage darstellen. Es war eine bittere Enttäuschung, als sich im Widerspruch dazu der Diktatcharakter herausstellte. Dies führte den Abbruch der Beziehungen von deutscher Seite herbei, indem im Mai 1919 Herrn Loeb von der Friedensdelegation in Versailles bedeutet wurde, die Fäden mit Conger zunächst nicht weiterzuspinnen[12].

Seltsamerweise lud in denselben Tagen, in denen das „Brockdorff-Rantzau-Lager" in Versailles sich von Congerschen Einflüssen freizumachen suchte, der Gegenspieler Erzberger den Amerikaner zu Besprechungen in Berlin ein. In seinen Gesprächen mit Politikern wie Bernstorff und Erzberger suchte Conger seinen Mahnungen, die Friedensbedingungen anzunehmen, durch militärische Drohungen Nachdruck zu verleihen. In Graf Bernstorff, dem letzten deutschen Vorkriegsbotschafter in Washington, dessen Verfemung durch die amerikanische Öffentlichkeit Conger teilte und dem er daher nur mit Mißtrauen und Abneigung gegenübertrat, stieß Conger auf einen ernsthaften Widersacher, der die Äußerungen des Amerikaners mit Kritik und Reserve aufnahm. Dafür wurde er in der Berichterstattung Congers als Kriegstreiber charakterisiert. Um so größeres Lob spendete Conger in der Rückschau auf jene Verhandlungen Erzberger, der als Führer der „Gemäßigten" ihm in seinen Verhandlungen trefflich sekundiert habe[13]. Congers politische Arbeit erreichte in seinem Besuch Berlins am 18. und 19. Mai zweifellos ihren Höhepunkt; er ist in Zukunft aus dem Gegensatz zwischen Brockdorff-Rantzau und

---

[10] Nat. Arch. cont. 2034–35, ser. 4080 H, fr. D 922240.

[11] Im Begleitbrief zu seinem Bericht vom 27. Januar 1919 schrieb Loeb an Brockdorff-Rantzau: „Herr Volksbeauftragter Ebert ist über die Art und Weise dieser Verbindung genau unterrichtet" (Nat. Arch. cont. 2922, fr. D 921294). In seinem Bericht vom 4. Februar behauptete Loeb, Präsident Wilson habe Conger beauftragt, mit Loeb Fühlung zu halten und sich von ihm informieren zu lassen; in Washington wisse man, daß Loeb mit der Deutschen Regierung in Verbindung stehe (Nat. Arch. cont. 2412, ser. 4665 H, fr. E 219154).

[12] Auf die Berichterstattung des Herrn Loeb als Mittelsmanns der Reichsregierung in ihrer Beziehung zum amerikanischen Generalstab 1918–1919 werde ich, auf der Grundlage deutscher und amerikanischer Akten, in einer besonderen Mitteilung eingehen.

[13] Harvard College Class of 1894, 50th Anniversary Report, S. 109.

Jahrgang 3 (1955), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Erzberger, der Geschichte der gespannten Beziehungen zwischen dem Kabinett und der Friedensdelegation, nicht wegzudenken. Insbesondere hat sich in den Dokumenten der amerikanischen Friedensdelegation in den National Archives in Washington über Congers Mai-Besuch in Berlin Material gefunden, das die dort befindlichen Mikrofilme deutscher diplomatischer Akten aus dem Winter 1918/19 in glücklicher Weise kontrolliert und ergänzt.

Die wichtigsten Dokumente seien im folgenden nach drei Phasen wiedergegeben und kommentiert.

I. Congers Verhandlungen mit der Reichsregierung vor der Übergabe der Friedensbedingungen

Die Zeugnisse über Congers Märzunterhaltungen in Berlin sind spärlich. Nach seiner Erinnerung war es die deutsche Regierung, die ihn aufforderte, sich persönlich davon zu überzeugen, daß der englische Verdacht einer Wiederaufrüstung Deutschlands unbegründet sei[14]; in Berlin sprach Conger, nach Delbrücks Zeugnis, von französischen Befürchtungen einer Wiederaufnahme der Feindseligkeiten[15].

Weiter erwähnt Gustav Noske in seinen Erinnerungen ein Gespräch mit Conger am 17. März. Er versuchte, seinen Besucher davon zu überzeugen, daß Deutschland mit einem 100000-Mann-Heer nicht auskommen könne, doch habe Conger sich völlig rezeptiv verhalten und sich nicht anmerken lassen, welchen Eindruck die deutsche Argumentation auf ihn machte und ob er sie dem Präsidenten vortragen werde[16]. Aus einer im Mai gefallenen Äußerung Congers geht hervor, daß er im März auch von Brockdorff-Rantzau und Erzberger empfangen wurde. Er will die Minister darauf hingewiesen haben, daß die öffentliche Meinung in Amerika noch immer sehr erbittert gegen Deutschland sei; falls die Friedenskonferenz scheitere, würden die gesetzgebenden Körperschaften und das Volk sich geschlossen hinter die Regierung stellen[17].

Das wichtigste Zeugnis über Congers Märzbesuch ist jedoch die Aufzeichnung in Hans Delbrücks Nachlaß[18]. Das Memorandum (offenbar auf Grund Delbrückscher Mitteilungen von Hauptmann Planck geschrieben und für General von Winterfeldt und Major von Schleicher bestimmt) hat folgenden Wortlaut:

---

[14] Ebda., S. 107 f.

[15] Siehe Dok. 1. (Zitat Delbrück).

[16] Gustav Noske, Erlebtes aus Aufstieg und Niedergang einer Demokratie, Offenbach a.M. 1947, S. 117. General Groener gibt in einem Brief an seine Frau vom 21. März als Datum von Unterredungen Congers mit Noske und General Reinhardt den 18. März an: Dorothea Groener-Geyer, General Groener, S. 136.

[17] Nat. Arch. cont. 2403, ser. 4662 H, fr. E 212887.

[18] A. a. O.

Jahrgang 3 (1955), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokument 1

Unterredung von Prof. Hans Delbrück mit Oberst Conger am 20. März 1919.

Oberst Conger suchte Prof. Delbrück als seinen alten Universitätslehrer am 20. März 1919 in Berlin auf und erörterte mit ihm eine Reihe politischer Fragen.

Er erklärte zunächst, er sei von seiner Regierung nach Deutschland gesandt worden, um ein für alle Mal festzustellen, ob an den französischen Behauptungen etwas Wahres sei, nach denen in Deutschland noch immer eine Militärpartei nur auf den Augenblick warte, um wieder gegen Frankreich loszuschlagen. Er habe sich durch seine Reise endgültig davon überzeugt, daß etwas derartiges völlig unmöglich sei; die Zustände in Deutschland, allein, was er im Osten Berlins gesehen habe, seien Garantie genug, daß der Deutsche keinen neuen Krieg mehr führen werde.

Oberst Conger fragte darauf Prof. Delbrück nach seiner Auffassung von der Lage in Deutschland. Dieser antwortete, daß die bisherige Politik der Entente Deutschland in die Arme des Bolschewismus treibe und daß angesichts der verzweifelten Lage des Landes die Zahl derer wüchse, die bewußt den Gedanken aufnehmen, im Bunde mit Rußland mittels des Bolschewismus dann wenigstens auch die Entente zu vernichten. Eine ähnliche Wirkung würden die bisher verlauteten Friedensbedingungen der Entente haben, die ja wohl völlig unter der Vorherrschaft Frankreichs gestanden sei. Dies verneinte Oberst Conger, vielmehr habe Frankreich die führende Rolle ganz an Wilson und Lloyd George abgetreten. Er fragte dann, wie man sich denn in Deutschland die Bedingungen dächte. Prof. Delbrück erwiderte, er wolle u. a. einige völlig unannehmbare Punkte aufzählen:

1. Abtretung des Saargebietes.
Oberst Conger: Hierüber kann man in Deutschland beruhigt sein, es wird keine Annexion dort stattfinden.

2. Neutralisierung des Kaiser Wilhelm-Kanals.
Oberst Conger: Auch hier ist für Deutschland nichts zu befürchten. Wir wollen in Amerika keinen Präzedenzfall für den Panamakanal schaffen.

3. Ohne große Schwierigkeiten werde sich wohl die Dänenfrage regeln.
Oberst Conger stimmte zu.

4. Im Osten sei die Kernfrage Danzig. Oberst Conger meinte ausweichend, daß dieser Punkt allerdings noch sehr große Schwierigkeiten bringen werde. Für Oberschlesien brauche Deutschland dagegen nichts zu fürchten.

Als die Frage der Kriegsentschädigung angeschnitten wurde, äußerte der den Oberst Conger begleitende amerikanische Major, man werde wohl in der ersten Zeit die Forderungen auf geringer Höhe halten, sie später aber steigern.

Elsaß-Lothringen und die Kolonien wurden nicht besprochen.

a(uf). B(efehl). Planck

Herrn General von Winterfeldt
Herrn Major von Schleicher
Herrn Geh. Reg. Rat Delbrück
Akten (2)

Von Berlin begab sich Conger direkt in das amerikanische Hauptquartier. Aus einer Eintragung unter dem 22. März in General Pershings unveröffentlichtem Tagebuch geht hervor, daß Conger unmittelbar nach seiner Rückkehr von Pershing

Jahrgang 3 (1955), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zur Berichterstattung empfangen wurde[19]. Am 18. März telegraphierte Loeb von Frankfurt an das Auswärtige Amt, Pershing habe Congers Bericht über seine Berliner Reise direkt an Präsident Wilson geleitet[19a]. Conger enthielt sich Loeb gegenüber jeglicher Mutmaßung über die Wirkung seines Berichts auf den Präsidenten und erwähnte nur, Wilson sei isoliert, er gehe nur mit sich selbst zu Rate und bespreche sich mit niemandem[20].

Dieses Telegramm von Loeb scheint in Berlin eingeschlagen zu haben. Der darin erwähnte angebliche Wunsch des Präsidenten, von Conger fortlaufend direkt unterrichtet zu werden, mußte nach dem Vorhergegangenen von der deutschen Regierung auf die Berichterstattung des Obersten über seine Deutschlandreise zurückgeführt werden.

Das Telegramm trägt Brockdorff-Rantzaus Randvermerk: „In Cabinett besprochen. Loeb wird nach B(er)l(i)n citiert. Z(u) d(en) A(kten). R(antzau) 28/3."

Am gleichen Tage richtete der Außenminister an den Reichspräsidenten den folgenden Brief[21]:

Dokument 2

KaW 1078 Z. Zt. Weimar, 28. März 19

Seiner Excellenz

dem Herrn Reichspräsidenten Ebert, Weimar.

Hochverehrter Herr Präsident,

In der Anlage gestatte ich mir zur Kenntnisnahme einen soeben eingegangenen Bericht des Herrn Loeb zu überreichen. Ich bin der Auffassung, daß Herr Loeb nunmehr am Samstag[22] hinreisen muß und daß man Herrn Conger ganz offen sagt, wie weit Deutschland geht und gehen kann. Es kann dies nicht mehr in allgemeinen Redensarten geschehen, sondern der Zeitpunkt für ein offenes Vorgehen scheint mir

---

[19] Einsichtnahme in General Pershing's Diary (Library of Congress, Manuscripts Division) wurde dem Verfasser von der Familie Pershings freundlicherweise gewährt. Die Eintragung lautet folgendermaßen: „ . . . had a long talk with Col. Conger who has just come back from Germany with most interesting reports. While he there, he was offered every facility for making close observations as to the present political and military situation and the attitude of the German General Staff."

[19a] Im Harvard College Class of 1894, 50th Anniversary Report S. 108 wird nach Congers Angaben berichtet: „In order to avoid delays, Conger had his report sent directly to General Bliss in Paris, and was able to put an end to the rumor that the Germans proposed to renew the war."

[20] Nat. Arch. cont. 2412, ser. 4665 H, fr. E 219399 f.

[21] Nat. Arch. cont. 1677, ser. 3617, fr. D 798564.

[22] Loeb hatte telegraphisch um Instruktionen „vor Samstag" (gemeint ist wohl der 5. April), dem beabsichtigten Datum seines nächsten Besuchs bei Conger, gebeten: Nat. Arch. cont. 1677, ser. 3617, fr. D 798565 f.

Jahrgang 3 (1955), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gekommen zu sein. Es dürfte sich wohl im Laufe des heutigen Tages Gelegenheit bieten, daß wir über die Sache sprechen können.

Mit dem Ausdruck der ausgezeichnetsten Hochachtung bin ich

Euer Excellenz ganz ergebener

Reichsminister.[23]

Aus den Akten ist nicht ersichtlich, ob Loeb nach Berlin kam. Jedoch wurde im Auswärtigen Amt eine Weisung ausgearbeitet, wonach man hoffte, über Loeb und Conger durch General Pershing die deutsche Auffassung direkt an den Präsidenten heranzutragen[24]. Damit war eine prinzipielle Frage der deutschen Verhandlungstaktik entschieden: ob man versuchen solle, noch vor der Übergabe der Friedensbedingungen mit einem der Hauptgegner, der bis dahin das „Sprachrohr" der Alliierten gewesen war, in ein direktes Gespräch zu kommen.

Aus nicht ersichtlichen Gründen wurde dann doch davon abgesehen, jene Stellungnahme der Deutschen Regierung an die Amerikaner weiterzuleiten. Das Dokument trägt am Rand den Vermerk „nicht verwertet". Seine Bedeutung für den Historiker der Waffenstillstandszeit als präzis formulierte deutsche Äußerung vor Mitteilung der alliierten Friedensbedingungen wird dadurch nicht beeinträchtigt, zumal der Notenkampf von Versailles mancherlei Anklänge an die Formulierungen der „nicht verwerteten" Sprach-Anweisung für Loeb aufweist. Das Dokument folgt daher hier:

Dokument 3

„Sprachanweisung" des Auswärtigen Amts für Herrn Loeb

Anfang April 1919

Herrn Loeb wird nicht sowohl eine amtliche Mitteilung der Deutschen Regierung für Wilson auszuhändigen sein, als vielmehr eine Anweisung über die Gesichtspunkte, die er dem Oberst Conger für seinen Bericht an den Präsidenten namens der Deutschen Regierung zu entwickeln hat.

Dazu gehören folgende:

1. Die deutsche Regierung vertraut nach wie vor auf den festen Willen des Präsidenten, einen gerechten Frieden herbeizuführen. Einen Widerspruch zu diesem Willen hat sie bisher nur in dem Inhalt und in den Begleitworten des Völkerbundentwurfs vom 14. Februar gefunden. Wenn Herr Wilson das deutsche Volk wegen angeblicher Mißregierung der deutschen Kolonialverwaltung von der kolonialen Betätigung auszuschalten scheint, so kann die deutsche Regierung dies nur auf eine parteiliche Darstellung deutscher Kolonialtätigkeit durch die englische Konkurrenz zurückführen. Die deutsche Regierung erwartet, daß Präsident

[23] Durchschlag ohne Unterschrift.

[24] „Sprachanweisung" des Auswärtigen Amts für Herrn Löb, undatiert (Nat. Arch. cont. 2412, ser. 4665 H, fr. E 219405–411). Diese Dokument ist zu vergleichen mit Aufzeichnungen des Auswärtigen Amts von Ende März/Anfang April: Dokumente Nr. 20 und 21 in der Sammlung von Alma Luckau, The German Delegation at the Paris Peace Conference, New York 1941, S. 195–209.

Jahrgang 3 (1955), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Wilson ihr volle Gelegenheit bietet, den deutschen Standpunkt geltend zu machen, und daß demgemäß dem deutschen Volk der Anteil an kolonialer Betätigung zuerkannt wird, den es als großes Industrievolk beanspruchen kann. Dabei wird Deutschland bereit sein, wegen der Abtretung einzelner Kolonien zu verhandeln und den angemessenen Gegenwert gegen seine Schadensersatzverpflichtungen zu verrechnen.

2. Die deutsche Regierung kann keinen Frieden unterzeichnen, der das deutsche Volk, wenn auch nur für eine Übergangszeit, als moralisch minderwertig qualifizieren und vom Völkerbund ausschließen würde. Für die Verpflichtungen, die es im Frieden wird auf sich nehmen müssen, lassen sich andere Garantien finden, als die des moralischen Drucks, der in dem Ausschluß vom Völkerbunde liegen würde und schließlich auf eine Fortsetzung der Blockade gegen Deutschland hinausliefe.

3. Die deutsche Regierung ist gewillt, alle wirtschaftlichen Kräfte, die dem deutschen Volk geblieben sind, an die Erfüllung der Bedingungen zu setzen, die in den 14 Punkten Wilsons enthalten sind, und zwar in der zwischen den Kriegsparteien gemäß der Note des Staatssekretärs Lansing vom 5. November 1918 vereinbarten Auslegung. Schadenersatzforderungen, die in diesem Punkte nicht enthalten sind, muß sie schon jetzt ablehnen, weil die von ihr anerkannten Forderungen bereits das Maß dessen erreichen, was für Deutschland erträglich ist. Ein Überschreiten dieses Maßes würde es der deutschen Regierung richtiger erscheinen lassen, die Unterzeichnung des Friedens zu verweigern, und es den Gegnern anheimstellen, wie sie die gewünschten Beträge durch Gewaltmittel aus der dann unzweifelhaft zerstörten Organisation deutscher Arbeitskraft herauswirtschaften wollen.

4. Die deutsche Regierung wird sich jeder Veränderung der deutschen Grenzen mit aller Hartnäckigkeit widersetzen, die nicht durch das von ihr anerkannte Selbstbestimmungsrecht der Bevölkerungen begründet werden kann. Andererseits will sie eine Loslösung von Grenzgebieten schon dann zulassen, wenn sie (geändert in: die) national gemischte Bevölkerung haben (haben gestrichen) und eine Mehrheit von zwei Dritteln der wahlfähigen Bevölkerung sich für die Lostrennung ausspricht. Damit geht sie Polen gegenüber noch über die Forderung des Präsidenten hinaus, der nur die unzweifelhaft polnisch besiedelten Teile dem polnischen Staate zuerkannt hat.

5. Für Elsaß-Lothringen erkennt Deutschland die Verpflichtung an, zunächst den früheren völkerrechtlichen Zustand des Landes wiederherzustellen, also im Friedensschluß auf die Territorialhoheit des Reichs über Elsaß-Lothringen zu verzichten. Sie erkennt das Unrecht des Jahres 1871 darin, daß die Annektion ohne Abstimmung der Bevölkerung, ja gegen den Widerspruch ihrer gewählten Vertreter vorgenommen worden ist. Es war also ein Unrecht nicht gegen Frankreich, sondern gegen die Elsaß-Lothringer. Dieses Unrecht darf aber nicht dadurch wiederholt werden, daß Frankreich jetzt Elsaß-Lothringen ohne Feststellung des Willens der Bevölkerung zurückannektiert. Elsaß-Lothringen hat bei allen Beschränkungen seiner Freiheit seit 1871 ein eigenes Leben geführt; seine Stimme muß gehört werden, wenn über sein Schicksal entschieden werden soll, mag es sie nun erheben für ein Verbleiben bei Deutschland, für einen Eintritt in den französischen Einheitsstaat oder für eine autonome Entwicklung.

6. Die deutsche Regierung ist willens, sich mit der französischen und belgischen Regierung über die Durchführung des Wiederaufbaus der ehemals von Deutschland besetzten Gebiete zu verständigen und diesen Regierungen alle Sicherheiten zu gewähren, die man vernünftigerweise verlangen kann. Dagegen würde sie eine

Jahrgang 3 (1955), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

länger dauernde Besetzung der westlichen Gebiete durch fremde Truppen als einen Versuch betrachten, unter dem Deckmantel finanzieller Ansprüche territoriale Machtgelüste zu befriedigen und die Loslösung dieser Gebiete vom Reich vorzubereiten. Ein solches Bestreben würde zweifellos den Keim zu einem zukünftigen Rachekrieg legen.

7. Die deutsche Regierung ist der Überzeugung, daß die wahren Interessen aller jetzt durch den Krieg gegeneinander aufgehetzten Völker in derselben Richtung laufen, und daß nur die gemeinsame Arbeit an dem Wiederaufbau der durch den Krieg schwer verwüsteten moralischen und materiellen Wohlfahrt der Völker Aussicht auf Erfolg bietet. Sie weiß, daß sie in dieser Richtung der Hülfe bedarf und ist bereit, sie anzunehmen, wenn sie in dem Geiste gerechter Solidarität geboten wird. Sie weiß aber auch, daß das deutsche Volk an Arbeitskraft beizusteuern hat, die seine Mitwirkung bei dem Aufbau den Anderen nützlich erscheinen lassen muß.

Am Rande: Bereitschaft zur Abrüstung nach Eintritt in den Völkerbund bei Gegenseitigkeit.

Darüber, warum die Aufzeichnung „nicht verwertet" wurde, sind wir auf Mutmaßungen angewiesen. Vielleicht tauchten ernsthafte Zweifel auf, ob der Weg über amerikanische militärische Dienststellen der richtige sei, um an Wilson heranzukommen. Eine Durchsicht der Wilson-Papiere aus der Zeit der Friedenskonferenz scheint für die Berechtigung dieser Auffassung zu sprechen. Es hat sich (bisher wenigstens) kein Stück gefunden, aus dem auf eine regelmäßige Unterrichtung des Präsidenten über deutsche Verhältnisse durch Oberst Conger geschlossen werden kann.

Trotzdem ließ die deutsche Regierung, zweifellos durch Congers Vermittlung, eine Mitteilung an die Peace Commissioners gelangen, die ein wichtiges Beweisstück einer direkten Fühlungnahme zwischen der deutschen Regierung und der amerikanischen Friedensdelegation darstellt. Das Dokument[25] hat folgenden Wortlaut:

Dokument 4

G – 2 – B, G.H.Q., A.E.F. No. 5

Monday, March 31, 1919.
Memorandum for General Bliss
(Germany)

Political

From an authoritative and confidential source the following has been received with regard to the peace terms acceptable to Germany.

„Peace conditions acceptable to Germany.

[25] Library of Congress, Bliss Papers, box 257, file 904: Memoranda from General D. E. Nolan on Germany. Aus einem Schreiben von Bliss an Wilson vom 1. April 1919 (box 70, file 3/0/39) geht hervor, daß die Aufzeichnung von ihm an den Präsidenten weiter gegeben wurde.

Jahrgang 3 (1955), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Generally, Germany will accept any peace which is based on the 14 Points of President Wilson, as it agreed in its note to Secretary of State Lansing on the opening of the Armistice negotiations.

Point 1.

Regarding Point 4 it is impossible for Germany to exist without an army and navy, unless neighboring nations in Europe are similarly disarmed.

Point 2.

If the League of Nations is formed, Germany must become a member with equal rights.

Eoint 3.

As far as the territorial questions are concerned, German claims are based on Points 1 and 2 of the speech to Congress February 11, 1918. On this basis Germany cannot agree to hand over any part of the Left Rhine bank, the Palatinate or the Saar territory to the enemy. As regards Poland, Germany will abide loyally by the self-determination of the people of the province of Posen. So far as Upper Silesia and West Prussia are concerned, Points 1 and 2 of address to Congress mentioned above states clearly that this is purely German territory, and the percentage of Poles is so small that the vote is unnecessary and the question of self-determination does not there enter. If these two provinces should be taken from Germany, everybody who knows Germany and its condition can clearly see that Germany will be ruined economically.

Point 4.

In regard to Alsace-Lorraine, the German Government urges the rule of self-determination be applied to this province but if this be the only obstacle to peace it will not be insisted upon.

Since Alsace-Lorraine has been the cause of wars in Europe for the past 400 years, it would be naturally better for the freedom of the world, if self-determination would decide the question, otherwise there will always be a chance for the Nationalists in Germany to build up in later times a demand for a war of revenge.

As to Points 3 and 4, Germany will guarantee to be absolutely loyal.

Point 5.

In view of the overpopulation of Germany, the German Government desires to get back at least some of its colonies. But if this again be the only obstacle to peace, Germany will be willing to accept that they be handed over to the League of Nations and administered for the common benefit of all the members of the League, provided that some of them be given to Germany to administer for the League. This will be in accordance with the 5th of President Wilson's 14 Points.

Point 6.

According to Point 3 of the 14 Points, Germany will not accept any economic barriers and asks for the establishment of an equality of trade conditions among the nations „consenting to the peace and associating themselves for its maintenance".

Point 7. War indemnities.

The German Government will fulfill loyally Point 7 of the 14 Points including the last paragraph of the note of Secretary of State Lansing to the German Government November 5, 1918 saying that compensation will be made by

Jahrgang 3 (1955), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Germany for damage done to the civilian populations of the Allies and their property by the aggression of Germany by land, by sea and from the air, but the German Government understands that under this Point is not included the damage which which is caused by officially declared submarine war, since, according to international law, cruiser warfare is permissible.

Regarding the reconstruction of Belgium and Northern France, Germany makes the following proposal: Germany will build up Belgium and Northern France with her own workmen, her own material, as may be arranged in conjunction with the French and Belgium (!) Governments. To carry out this proposal, the Cabinet has handed over the preparatory work to Mr. Erzberger. Germany will build new towns and villages, wherever France and Belgium wants them, equal to those there before and situated at any place either Government desires. By this only civil damages are meant. This will be loyally carried out.

Point 8.

To carry this out, it is naturally necessary to give Germany raw materials.

Point 9.

The Blockade and Blacklist will have to be suspended to enable this to be carried out.

The prisoners of war must be returned.

Germany wishes, for the purpose of carrying out the food contract, the contract for the rebuilding of the destroyed provinces and also to pay for the raw material necessary, a credit from the United States on the basis that the interest for the first ten years should be taken up in advance.

In the Peace Treaty it should be provided that occupation be immediately released, and also that no colored troops are to be left in the occupied territories."

D. E. Nolan
Brigadier General, G.S.
Ass't Chief of Staff, G–2

by A. B. Coxe
Colonel, General Staff

Copies furnished to Mr. Lansing
Mr. House and
Mr. White, March 31, 1919.

In einem Memorandum[25a] für General Nolan schrieb Conger am 10. April:

„Information from Weimar is that the German Cabinet has again gone over the subject of the Terms of Peace which Germany can accept along the lines of the proposals transmitted to you (initialed W[alter] L [oeb].) and decided to adhere to them."

II. Die Beziehungen zwischen Conger und Brockdorff-Rantzau

Congers Tätigkeit als Deutschland-Sachverständiger auf amerikanischer Seite in den Aprilwochen 1919 liegt im Dunkel; insbesondere hat sich die Vorgeschichte

[25a] Library of Congress, Bliss Papers, box 257, file 904/16.

Jahrgang 3 (1955), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

seiner Begegnung mit Brockdorff-Rantzau, bei dem er sich Ende April telegraphisch ansagte, nicht aufklären lassen. Durch Nowak ist bekannt geworden[26], daß der amerikanische Offizier, der in der Nacht vom 28. zum 29. April bei Duisburg in den Zug einstieg, mit dem die deutsche Friedensdelegation nach Versailles fuhr, und der mit dem Außenminister im fahrenden Zug eine längere Unterredung hatte, kein anderer war als Oberst Conger. Dafür, daß Conger im Auftrag des Präsidenten um die Unterredung nachgesucht habe, läßt sich, vorläufig wenigstens, und entgegen der ausschmückenden Nowakschen Version ein Beweis aus den Akten nicht führen[27]. Ein authentischer Bericht über die Unterredung unter vier Augen hat sich bisher nicht gefunden. Nowak zufolge hätte Conger den deutschen Staatsmann auf die bevorstehenden Schwierigkeiten hingewiesen; einer klaren Beantwortung der pointierten Frage, wieweit die Zusage des Präsidenten, die 14 Punkte zur Grundlage des Friedens zu machen, gehalten werde, sei er ausgewichen. Auf die bestimmte Erklärung des Ministers, er werde nur auf der Grundlage der 14 Punkte abschließen, habe Conger geantwortet: „I hope I shall not have to report in that sense" – als ob er Brockdorff-Rantzaus Erklärung doch nicht als dessen letztes Wort angesehen habe[28].

Es hat sich nun in den Wilson-Papieren[29] eine undatierte Aufzeichnung ohne Unterschrift über Äußerungen von Brockdorff-Rantzau gefunden, die nach Congers am 30. April von Trier aus an General Bliss gerichtetem Begleitmemorandum unzweifelhaft seinen Bericht über die Unterhaltung mit dem Außenminister vom 28. April darstellt.

---

[26] Karl Friedrich Nowak, Versailles, Berlin 1927, S. 216–218.

[27] In diesem Zusammenhang ist von Nowak (S. 216) darauf hingewiesen worden, daß es General Groener gelungen sei, durch Vermittlung des Fürstbischofs Bertram von Breslau eine Verbindung zu Wilson zu schaffen. Eine Bestätigung dieser Angabe war bisher nicht zu erlangen; das Umgekehrte, nämlich daß sich der Fürstbischof der Beziehung Groeners zu Conger (Dorothea Groener-Geyer, General Groener S. 136) bediente, ist wahrscheinlicher.

Fest steht, daß Fürstbischof Bertram mindestens zweimal an Wilson geschrieben hat. Die Briefe selbst fehlen in den Wilson-Akten. Am 25. März 1919 schrieb Gilbert F. Close, „Confidential Secretary to the President", an „Prince Adolf Bertram, Bishop of Breslau, Breslau, Germany", daß er Bertrams Brief vom 4. März zur Kenntnis des Präsidenten bringen werde (Library of Congress, Wilson Papers Ser. VIII-A, box 28). Close's Brief ist ungewöhnlich als direkte Empfangsbestätigung einer Mitteilung aus dem gegnerischen Lager durch das Bureau des Präsidenten. Der Weg, auf dem der Brief dem Bischof zugestellt wurde, ist nicht angegeben. Vermutlich wurde er über Conger an Groener gesandt; denn etwa drei Wochen später empfing Conger durch Vermittlung Groeners einen Brief des Fürstbischofs an den Präsidenten, den er am 13. April mit einem Memorandum an General Nolan weiterleitete (ebda. box 36). Close bestätigte Conger am 18. April den Empfang des bischöflichen Schreibens, das zur Kenntnis des Präsidenten gebracht worden sei (ebda. box 38).

[28] Karl F. Nowak, Versailles, Berlin 1927, S. 218; Edgar Stern-Rubarth, Graf Brockdorff-Rantzau. Wanderer zwischen zwei Welten, Berlin 1929, S. 98.

[29] A. a. O. Ser. VIII–A, box 43, April 30–May 1; Congers Memorandum nennt das anliegende Schriftstück „Statement of an interview with Count Brockdorff-Rantzau just before he went to Paris which I think should go to the President alone, but which you will know how best to handle."

Jahrgang 3 (1955), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokument 5

Interview with Count Brockdorff-Rantzau (April 28)

I went to see Count B. R. to arrange with him in person about communicating with him (through Berlin) while he is in Paris. After this had been done he asked my views in regard to the course the negotiations were likely to take. I replied that I thought the U. S. would be very liberal in allowing Germany a free hand to speak her mind, but that a time would come when the U. S. would indicate that Germany had better sign and sign quick. He replied: „How shall we be told that: through you or someone else?"

His manner in saying that indicated entire acceptance of the advice and my opinion is that he will sign when told that the time has arrived.

I said I did not know how he would be told. He then said: „I wish very much that I could see the President alone. If that be possible many difficulties would be cleared away."

Die von Conger gewählte Form der Berichterstattung und die Einschaltung von General Bliss sprechen durchaus gegen die Vermutung, daß Conger als Vertrauensmann Wilsons die Begegnung mit Brockdorff-Rantzau herbeigeführt hatte. Mit seiner Voraussage, daß Brockdorff-Rantzau unterschreiben werde, steht Conger unter allen gleichzeitigen Äußerungen völlig allein. Die Schriftstücke wurden sofort nach Empfang am 1. Mai von General Bliss an den Präsidenten weitergeleitet[30].

Das Urteil, das sich Brockdorff-Rantzau auf Grund seiner beiden Begegnungen mit Conger über dessen Qualifikation als Unterhändler gebildet haben wird, ist nicht bekannt. Zu einer dritten Begegnung ist es nicht gekommen, obwohl das Auswärtige Amt am 15. Mai den Außenminister telegraphisch benachrichtigte, Conger wünsche den Minister bei Gelegenheit seiner nächsten Reise von Versailles nach Berlin wieder unterwegs im Zuge zu treffen. Brockdorff-Rantzau antwortete, er werde den Obersten im Falle einer Reise nach Berlin rechtzeitig benachrichtigen und ersuchte ihn, in der Zwischenzeit etwaige für ihn bestimmte Mitteilungen an Freiherrn von Langwerth im Auswärtigen Amt direkt gehen zu lassen[31].

III. Congers Rolle nach der Übergabe der Friedensbedingungen

Mit der Ankunft der deutschen Friedensdelegation in Versailles und der Übergabe der Friedensbedingungen begann der letzte Abschnitt in Congers Rolle als Mittelsmann zwischen beiden Lagern. Von nun an waren alle seine Bemühungen offenbar darauf gerichtet, auf seine deutschen Gesprächspartner einen Druck auszuüben und sie von der Unausweichlichkeit zu überzeugen, zunächst einmal den Frieden anzunehmen und zu unterschreiben. Schon am 4. Mai äußerte er zu Loeb, er sei fest davon überzeugt, Deutschland könne es sich nicht leisten, den Frieden nicht zu unterschreiben[32]. Seine Begründung ging in wenig einleuchtender Weise dahin, daß die größten Härten nur auf dem Papier ständen und daß bei der Ausführung

[30] Library of Congress, Bliss Papers, box 70, file 3/0/72, Bliss an Wilson, 1. Mai 1919.
[31] Nat. Arch. cont. 2402, ser. 4662 H, fr. E 211829.
[32] Ebda. cont. 2407, ser. 4663 H, fr. E 215435.

Jahrgang 3 (1955), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der Bestimmungen Erleichterungen gewährt werden würden. Loebs Bericht aus Frankfurt vom 5. Mai über seine Unterredung mit Conger in Trier am vorhergehenden Tage enthält eine Mitteilung, die andeutet, in welcher Weise die deutsche Regierung während der Friedenskonferenz die Beziehung zu Conger zu nützen hoffte. In Beantwortung einer deutschen Anfrage vom 27. April erklärte Conger:[33]

„Die Antwort auf die Frage, ob der amerikanische Generalstab die bisher geführte Verbindung während der Friedenskonferenz aufrechterhalten will, ist ja. Nachrichten von der Deutschen Regierung, welche sie auf privatem Wege an die amerikanischen Friedensdelegierten zu senden wünschen (!), werden empfangen und befördert werden . . . In Ausnahmefällen wird die amerikanische Friedensdelegation denselben Kanal benutzen."

Diese Äußerung Congers ist zusammenzuhalten mit dem Eingangssatz seines Berichts über die Unterredung mit Brockdorff-Rantzau am 28. April, in der die Angelegenheit offenbar bereits mündlich geregelt worden war.

Am 7. Mai wurden den Deutschen die Friedensbedingungen übergeben. Ohne daß sein Auftrag für eine derartige Eröffnung ersichtlich ist, machte Loeb in einer Unterredung am 10. Mai in Limburg a. d. Lahn dem Obersten Aussicht auf die Übersendung „gewisser Gegenvorschläge in roher Form", bevor sie den Alliierten offiziell zugestellt würden[34]. Conger begrüßte diese Absicht, die dem Präsidenten ermöglichen würde, sich vor ihrer Beratung mit den Alliierten eine Meinung über derartige Vorschläge zu bilden. Loeb, der Congers Überraschung über die Härte der Friedensbedingungen für ehrlich hielt, gab am Schluß seines Berichts an den Grafen Bernstorff zu, daß die Erfahrung mit dem Obersten schmerzlich sei; trotzdem dürfe „nichts unterlassen werden, um mit den Amerikanern weiterhin in Unterhandlung zu bleiben".

Loebs Bericht vom 14. Mai wurde von Berlin an die Friedensdelegation in Versailles gesandt und Legationsrat Rödiger bestätigte durch einen Brief an Loeb den Empfang des Berichts, von dem der Außenminister Kenntnis genommen habe. Der Brief gab sodann Loeb unmißverständlich zu verstehen, daß der Außenminister und seine nächsten Mitarbeiter in Versailles über die Ergebnisse des Kontakts mit Conger bitter enttäuscht sei. Zugleich läßt Rödigers Brief den tiefen Pessimismus erkennen, mit dem die Delegation in jenen Tagen kämpfte. In Rödigers Brief[35], datiert „Versailles, den 22. Mai 1919", heißt es:

„. . . Die Amerikaner gehen darauf aus, uns zur glatten Unterzeichnung des Friedensvertrages zu veranlassen. Ihre Politik geht dahin, uns auf eine spätere Revision zu vertrösten, wir können uns aber darauf nicht einlassen. Denn so gut, wie Präsident Wilson bisher stets versagt hat, wenn es darauf ankam, sich durchzusetzen, wird er auch späterhin versagen, wenn die Opposition gegen ihn, sei es in den Vereinigten Staaten, sei es außerhalb, zu groß ist. Außerdem dürfte er ein drittes Mal nicht wieder zum Präsidenten gewählt werden. Wir versprechen uns also von einer Verbindung durch Ihren Freund C(onger) nicht viel, zumal sich doch im Laufe der Zeit mehr und mehr herausgestellt hat, daß seine Informationen

[33] Ebda. fr. E 215434.
[34] Ebda. cont. 2403, ser. 4662 H, fr. E 212887.
[35] Ebda. fr. E 212894 f.

Jahrgang 3 (1955), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

als Militär meist inkorrekt waren. Ich glaube also, wir tun gut, nicht allzu großen Wert auf die Mitteilungen des Herrn C. zu legen.

Die Delegation ist hier nach wie vor sehr tätig; es wird augenblicklich die ausführliche Denkschrift ausgearbeitet, die den Feinden übergeben werden soll. Ich glaube nicht, daß sich unsere Gegner auf irgend etwas einlassen werden, man mag sich drehen und wenden, wie man will[36]. Es ist gut, wenn sich die öffentliche Meinung darauf einrichtet."

Diese Mitteilung – man könnte den Brief einen indirekten Absagebrief des Auswärtigen Amts an Conger nennen – schien den Schlußstrich zu ziehen in der Beziehung zwischen Conger und der Reichsregierung durch Vermittlung von Loeb[37]. Es fällt auf, daß Rödigers Brief in dieser Form am 22. Mai geschrieben werden konnte, obwohl Brockdorff-Rantzau durch Graf Bernstorff am 19. Mai telegraphisch über Congers Auftauchen in Berlin und seine Besprechungen dort orientiert worden war. Auf eine dringende Aufforderung von Erzberger war nämlich Conger am Samstag, dem 17. Mai, in Begleitung des Majors im amerikanischen Generalstab Frederick Henrotin zu einem dreitägigen Aufenthalt in Berlin eingetroffen. Für keine Phase von Congers Vermittlungen liegen eingehendere Aufzeichnungen – deutsche sowohl wie amerikanische – vor als für diese Berliner Reise. Wir sind in der ungewöhnlichen Lage, die Berichterstattung Congers und seines Begleiters mit den Zeugnissen ihrer Gesprächspartner Graf Bernstorff, Erzberger, Hans Delbrück und Freiherr von Langwerth vergleichen zu können. Die Berichte der beiden Offiziere nach ihrer Rückkehr von Berlin wurden bereits am 23. Mai durch C. A. Herter, den Generalsekretär der amerikanischen Friedensdelegation, an Präsident Wilson weitergeleitet, wobei in einem Begleitschreiben besonders darauf hingewiesen wurde, daß Minister Erzberger den Offizieren bestimmte Vorschläge für Abänderung mehrerer Paragraphen des Friedensvertragsentwurfs gemacht hätte.

Die nachfolgenden amerikanischen und deutschen Dokumente, die sich auf den Besuch von Oberst Conger und Major Henrotin in Berlin im Mai 1919 beziehen, lassen die Bedeutung dieser Episode in einem entscheidenden Stadium der Friedenskonferenz erkennen[38].

---

[36] Siehe auch Simons' Brief vom 20. Mai in Alma Luckau, The German Delegation at the Paris Peace Conference, S. 122.

[37] Rödigers Brief wurde von Loeb am 27. Mai durch ein Schreiben an Brockdorff-Rantzau beantwortet, dessen Inhalt und Stil die Qualifikation dieses Unterhändlers scharf beleuchten (Nat. Arch. cont. 2404, ser. 4662 H, fr. E 212936):
„Sehr geehrter Herr Reichsminister! Ich bin im Besitze des Briefes von Legationsrat Rödiger und habe daraus Kenntnis genommen, daß Sie meinen letzten Bericht empfangen haben. Wenn ich mit Ihnen auch die Ansicht teile, daß die Verbindung nicht den Erwartungen entsprochen hat, die wir an sie knüpften, so darf man auf der anderen Seite sich doch klar darüber sein, daß man jede Verbindung, gleichgültig, wie die Lage auch wird, aufrechterhalten muß, um einigermaßen zurecht zu kommen. Ich werde Ihnen weitere Nachricht sofort nach Erhalt zugehen lassen und verbleibe zwischenzeitlich, Ihnen weiter alles Gute wünschend, Ihr sehr ergebener Walter Loeb."

[38] Folgende Besprechungen wurden geführt: Sonntag, 18. Mai, 10.45 Conger mit Erzberger: Aufzeichnungen von Conger (Dok. Nr. 6). 1.00 Conger und Henrotin mit Erzberger und Graf Bernstorff: Aufzeichnungen von Conger (Dok. Nr. 6), Henrotin (Dok. Nr. 7 u. 8), Graf

Jahrgang 3 (1955), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Wir lassen die Schriftstücke in chronologischer Ordnung unter Voranstellung der zusammenfassenden Berichte Congers und Henrotins folgen[39].

Dokument 6

Bericht Congers

Treves, Germany, May 20th, 1919
OIR/Lfd

A(ssistant) C(hief) of S(taff)

Memorandum for A.C. of S. G-2:

Subject: Report of Trip to Berlin.

Upon the urgent request of Herr Erzberger, I left for Berlin, Friday afternoon, and arrived there Saturday evening at 10 o'clock. An appointment was made for me to confer with Herr Erzberger at 10. 45 the next morning, and following that for Major Henrotin (who accompanied me to Berlin) and myself, to see, jointly, Herr Erzberger and Count Bernstorff. In the preliminary interview with Herr Erzberger I explained to him that I had not been sent by anyone in authority, but had come of my own volition, having, as a General Staff Officer, authority to travel whereever my duties took me, and that in consequence I was not speaking officially for any military or diplomatic authority; that what I should say represented my own views and certain facts which had seemed to me important for the future peace of the world should be understood, and which were not now understood, at least by the German people.

At this point Count Bernstorff and Major Henrotin were introduced and I repeated in English, for the benefit of the Count what I had already stated separately to Herr Erzberger in regard to my having come entirely upon my own responsibility. I went on to say that I had done this in the hope that I might clear up some misconceptions, which I was informed were held by the German Government, and which were interfering with the settlement of peace.

The first of these misconceptions was that the President was not himself in sympathy with the terms of the Peace Treaty. I stated that I had it on excellent authority that

Bernstorff (Dok. Nr. 9), Äußerungen Erzbergers im Reichskabinett, berichtet von Freiherrn von Langwerth in Brief an Brockdorff-Rantzau vom 19. Mai (Dok. Nr. 11). Nachmittag: Conger mit Delbrück: Aufzeichnungen von Conger (Dok. Nr. 6) und Delbrück (Dok. Nr. 12). Henrotin mit Freiherr von Langwerth: Brief von Langwerth an Brockdorff-Rantzau vom 18. Mai (Dok. Nr. 10). Montag, 19. Mai, 10.00 Conger und Henrotin mit Erzberger: Aufzeichnungen von Conger (Dok. Nr. 13) und Henrotin (Dok. Nr. 14). Datum unbestimmt: Conger mit Major Kroeger: Aufzeichnung Congers (Dok. Nr. 15). Donnerstag/Freitag, 22. und 23. Mai. Stellungnahme der „Peace Commissioners" zur Conger-Henrotin-Mission und Übersendung der Dokumente 6–8 und 13–15 an Präsident Wilson (Dokumente 16 und 17).

[39] Die nachfolgend gedruckten amerikanischen Dokumente (Nr. 6–8 und 13–15) befinden sich in den National Archives: „American Commission to negotiate peace, Paris 1918–1919" Vol. 485: Case 862.00, Sub-numbers 301–442. Dept. of State. 862.00/344.

Die Berichte Congers und Henrotins liegen gedruckt vor unter dem Titel „Military Intelligence Reports on Political Conditions in Germany" in *Papers Relating to the Foreign Relations of the United States. The Paris Peace Conference 1919*, Bd. 12, Washington 1947, S. 124–135. Sie sind hier nochmals wiedergegeben, um die Vergleichung mit den deutschen Dokumenten zu erleichtern. Die Conger-Mission ist kurz erwähnt in M. S. Voslenskii, *Iz istorii politiki SShA v germanskom voprose, 1918—1919 gg.* (Aus der Geschichte der Politik der U.S.A. in der deutschen Frage 1918–1919). Moskau 1954, S. 155–56.

Jahrgang 3 (1955), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

the President was in thorough agreement with, and prepared to back up, all the terms of the Treaty of Peace as regards Germany.

Second, it was reported that the American Army had mainly gone home, and that this was interpreted to mean that President Wilson would not make further use of American troops in Europe. Further, that even if it was the President's desire to make such use, that the temper of the American people would not stand it. I gave a most emphatic denial on these points. Count Bernstorff attempted to parry the statement that American public opinion, represented by the press, was supporting the Peace Treaty. I replied that such a misconception was a further example of the German misinterpretation of foreign public opinion, as a result of grasping at a few stray opinions favorable to the German side, and supposing that those represented the body of public opinion. I stated further that it was well appreciated by our own Government, and equally well appreciated by every Allied Government, each of whom took great pains to keep informed of the state of the American public mind.

Third, that the German Government was misinformed over the attitude of the French Government in supposing that the French Government was prepared to compromise on the Peace. I stated that it was commonly believed in Paris that the French Government was quite indifferent as to whether Germany did or did not sign the Peace Treaty, as it expected to get a great deal more out of Germany if the Peace were not signed than it would if Peace were signed.

Fourth, that the French people were supposed by the Germans to be against the renewal of the war, and would view with anxiety a failure to make Peace. I replied to this that the answer to this question was to be found in the participation in subsequent events of the American Army, that the French people trusted its Government not to do anything without the participation of America, and that they were prepared to go hand in hand anywhere on any project to settle the Peace of Europe through that co-operation.

Fifth, in the matter of the interpretation of the Treaty, that it was commonly agreed in Paris that the Treaty was interpreted too literally by the Germans, that after signature, and as it became apparent that Germany was doing her utmost to live up in good faith to the terms of the Treaty, that it would receive more and more a liberal interpretation favorable to Germany.

Sixth, That as regards the Government of the Occupied Territory, measures already taken in the establishment of the new board on economic control, which I described in brief, indicated that the Government of this territory would not be such as would be found either binding upon the people in the sense of a purely military government or one which would isolate the people economically from the rest of Germany.

During the elucidation of the above points, Count Bernstorff maintained a running fire of comment and of protest making such statements as that under no circumstances would Germany sign the present Treaty, and that the Allies could do what they pleased. He appeared much agitated and several times on the point of having lost his temper. Mr. Erzberger on the contrary appeared calm and unmoved, glad to have the information, and seemingly glad to enjoy Count Bernstorff's discomfiture.

The next morning, by appointment, Major Henrotin and myself a second time met Herr Erzberger alone. He began the conversation with the statement that it was perfectly patent to everyone that Germany must have Peace, and the German Government cordially and even anxiously desired Peace. But the German Government could not accept the present proposed terms, and therefore desired to meet the Allies and inform them of the difficulties of the German Government in meeting the demands of their people, in the hope that a compromise could be made which Germany could accept.

Jahrgang 3 (1955), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Herr Erzberger's attitude during this statement seemed to indicate that he was making this proposal *con gusto*, and that he had his way about it in making it in the Cabinet meeting which we were informed was held the preceding evening. The proposals he made were taken down in writing by Major Henrotin and are transmitted herewith.

In addition to the above Herr Erzberger stated that he had sent a message to Lloyd George by a British Officer who called on him two days ago. He also made reference to numerous conversations which he had had with French Officers, who were constantly protesting the friendliness of the French Government to Germany, which was said with an expressive shrug of the shoulders, indicating lack of credence on his part.

In this second conversation, which was held on Monday morning, I made no reply of any kind to the proposals, and no statements, but announced my intention of returning to Treves at once, and that what he said would be duly reported to the proper authority.

Sunday afternoon I went, at his request, to call on Professor Hans Delbrück, who was leaving that evening for Versailles to act in an advisory capacity to the German Peace Delegation. He expressed great chagrin over the Peace terms. I stated that his views were of great interest to the American authorities, and asked him if he cared to be quoted on the subject. He replied, „Yes, you may say that I shall advise the German Government not to sign the Peace terms as they now stand, as being dishonorable for Germany. If Germany is to die politically, it is better for her to perish honorably than by agreeing to a dishonorable Peace. I shall therefore recommend that the Government say to the Allies: ‚We will not fight you; do what you please. Come in if you wish and take over the German Government, and we will give orders to all our subordinate officials to obey your orders implicitly and explicitly.'"

I did not see President Ebert or any other member of the Government except those named, but I was told by an agent who related to President Ebert what had transpired in the afternoon conference, with Bernstorff and Erzberger, that when Ebert was informed of the repeated assurances which had been given by Bernstorff and Erzberger that under no circumstances would Germany offer any active resistance to an Allied advance, „I am not so sure about that; I am not so sure that we won't fight when the time comes." This remark appeared not to have been given with the intention of being repeated to Major Henrotin and myself. The significance of it to me was brought out by the thousands and thousands of Officers and soldiers seen on the streets in Berlin and throughout the parts of Germany visited as far west as Cassel. Officers were everywhere in new gray uniforms with shining shoulder straps. Nowhere was the officer's insignia, blue band on the arms, adopted only a few months ago, in evidence. The new uniforms of the officers and of the majority of the soldiers was in striking contrast to the war-worn, threadbare uniforms seen on the occasion of a former visit to Berlin in March. Officers, and many of the soldiers, wore sidearms, and nearly all of the soldiers seen were wearing at least belts, which was not the case two months ago. In Berlin many military bands were seen marching about the streets followed by small crowds. This indicated to my mind that the sentiment being spread and stirred up in Berlin over the Peace Treaty is being inspired by the Government, which is striving to unite the people. In Brandenburg a regiment of Lancers was seen by us on Monday afternoon parading through the streets, newly equipped, for field service, escorted by a throng of men, women and children, who filled the entire street so that our automobile had to get into a side street to get out of the way.

The temper of the people of Berlin, civilian as well as military, has changed entirely since two months ago. The people seem livelier, energetic, well fed, differing in opinions, as Germans always do, but united in a common patriotic purpose.

Jahrgang 3 (1955), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

I am prepared from what I have seen to state positively that there are some people in Germany that are getting together an army ready to fight. The Government may be in it or not. Of those I think the Minister of War, Noske, must be in it. The General Staff may be in it, or not. Personally I do not think that Gen. Groener, or Hindenburg or the other leaders of the General Staff are in it. It may be that the military clique, reported to have been organized by Gen. Ludendorff, is running it. There are no evidences of this in the zone passed through by us west of Cassel. Whether other parts of Germany, besides Prussia, Hanover, etc., are the same or not, I cannot say, but after what I have seen I would not be surprised at the reappearance of the Kaiser in Germany, and his calling of the German Army into the field which would result in a wave of loyalty toward the Kaiser, such as has not been seen in Germany since 1914, of loyalty to Germany's former leaders and enthusiasm for a war of self-defense. This enthusiasm, it must be stated in all frankness, is based on the German Government's propaganda, or other propaganda, to the effect that Germany has been tricked in the armistice proceedings, that the Peace Treaty now offered is not in accordance with the terms of the armistice or with the 14 points of President Wilson.

A. L. Conger
Colonel, G. S.

Dokument 7

Bericht Henrotins

American Expeditionary Forces
Advance General Headquarters — Trier, 20 May, 1919.
Memorandum for the Assistant Chief of Staff.
Subject: Impressions in Germany

I. Political

The impression was clearly given that the leading spirits in Germany are now completely split into two parties: those for signing the peace if certain amendments can be obtained, and those who are opposed to signing at all. The latter party has, of course, the backing of the old military and autocratic regime, whose influence has increased very considerably during the last month. The various government officials are, of course, backing the old party.

Evidently an organized propaganda has been at work for sometime past to stir up the people against signing the peace treaty and this was started even before the conditions were published. In Berlin itself numerous manifestations may be met against the signing of the peace treaty. One party of agitators was headed by a brass band in military uniform.

It is noticeable that the activities of the military caste are directed against the signing of the peace terms, and it is apparent that their men are being used for the same purpose.

With regard to the two parties, for and against signing the peace, from attached interviews it is clearly seen that Erzberger is on one side and von Bernstorff on the other.

As to President Ebert: his opinion is likely to be swayed by whichever party wins the day. When asked regarding the peace terms, however, he made the following verbatim statement:

> „That America should not expect that Germany, in view of the eventual consequences of peace as now constituted, will accept, that it must be evident to America that it will not only have to occupy but also govern Germany."

Jahrgang 3 (1955), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

II. Morale of the civilian population.

A distinct change is noticed in the attitude of the population of Berlin. Where before they were apathetic, they now appear brisker and more alert, and are evidently regaining their spirit, which the old party is endeavoring to foster as a weapon to use against the signing of the peace treaty.

III. Military.

A very distinct change is seen in the attitude of the military. The men are clad in new uniforms, have a soldierly appearance, and evidently take a pride in their duties. They have gotten back considerable of their military bearing. The officers are wearing their shoulder straps openly, and a very large number are seen in the streets of Berlin in uniform.

When passing through Brandenburg the writer had occasion to meet a regiment of the Brandenburg hussars, marching through the town with a mounted band at the head of the column. The men were all clad in new uniforms, the saddle equipment was all new, and the column presented a very business-like appearance. The men had their harness and equipment decked with flowers, and large crowds were gathered in the streets to witness the procession.

A reliable opinion from Berlin states that if Peace is signed the military will arrange an uprising in about six weeks' time. If it is not signed, the present Government will resign, the Independents take over the Government, and sign the Treaty without any thought of executing it, and then in about two weeks' time the whole country will be in an uproar, when it is probable that the military will again take possession of the people.

Minister Noske seems to have thrown his lot in with the Military Party. It appears certain that in the case of the non-signing of Peace, all the troops which are now being thrown towards the Polish frontier will be immediately used to attack the Poles; that the notion has been carefully fostered in the eastern provinces that the German civil population has been armed, and that very strong anti-Polish propaganda has been let loose, not only amongst the civil population, but also amongst the troops.

Frederick Henrotin,
Major, General Staff.

Dokument 8

Aufzeichnung Henrotins über die Besprechung mit Erzberger und Graf Bernstorff am 18. Mai

American Expeditionary Forces
Advance General Headquarters. Trier, 20 May 1919

On May 18th, 1919, at 1 : 00 P. M. an interview was had with Herr Erzberger and Count von Bernstorff. The latter spoke the whole time, Mr. Erzberger only listening and not interfering with the conversation, which was carried on in English, it being noticed that the Count omitted to translate his remarks or any replies made to his questions, to Mr. Erzberger. He was evidently determined to make the interview a personal one and to ignore Mr. Erzberger. The Count stated flatly that the Germans would not sign the peace treaty; that it was their intention to refuse to sign, and to invite the Allies to come in and take over the government of Germany.

When informed what the consequences would be of not signing, he stated there was no reason for the American troops to return to Europe as Germany would offer no resistance. He was given plainly to understand, however, that the troops would

Jahrgang 3 (1955), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

return, and that the consequences would be exceedingly serious for Germany, and probably result in the destruction of the nation.

Count von Bernstorff would not raise any specific objections to any points in the treaty, with the exception of requesting that a plebiscite should be held in West Prussia, Upper Silesia, and the Saar district, and that Germany should be given admission to the League. Apparently, from his attitude, he disapproved of the Treaty on general principles, and formed part of those who were determined not to sign. His attitude is perhaps explicable by the fact that since his re-entry in political activities his main object in life has been to persuade the German people and the German Government that President Wilson would give them a treaty which would be in accord with their dearest wishes. It is also not to be forgotten that he is a member of the old regime, and in this connection will probably take the same attitude towards the peace terms as the other members of his party.

Frederick Henrotin,
Major, General Staff

Dokument 9

Telegramm Bernstorffs an Brockdorff-Rantzau über die Unterhaltung mit Conger und Henrotin[40]

Graf Bernstorff an Friedensdelegation, ab Berlin 19. Mai 1 vm
G. F. 543 pol. 102 v. 18. 5. an Versailles 19. Mai 2.25 vm

Ich hatte heute längere Unterredung mit Oberst Conger, der mir die amerikanische Haltung damit motivierte, daß Stimmung in Amerika noch so antideutsch sei, daß Wilson einen Konflikt mit den Alliierten um unseretwillen nicht hätte herbeiführen können. Wilson hätte für uns soviel getan wie nur irgend möglich. Ohne seine Hilfe hätten wir das ganze linke Rheinufer abtreten müssen. Wenn wir jetzt die Unterzeichnung ablehnten, würden die Franzosen einmarschieren, alle unsere Maschinen fortschleppen usw. Franzosen hofften, daß wir nicht unterzeichnen würden.

Ich sagte Conger, daß wir den Vertrag in seiner jetzigen Form jedenfalls ablehnen würden und suchte dann herauszufinden, welche Konzessionen uns gemacht werden. Conger meinte, hierüber würde mich Dresel, der in einigen Tagen wieder hierher käme, besser informieren können. Immerhin kam schließlich als Congers Ansicht heraus, daß die sofortige Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund und damit die völlige Gleichberechtigung zu erreichen wäre, ferner die Übernahme der von uns im Osten abzutretenden Gebiete durch den Völkerbund vorbehaltlich späterer Abstimmung. Conger meinte, wir würden dann viel weniger abzutreten brauchen. Ich sagte ihm, Verwaltung durch den Völkerbund würde uns nichts nützen, wenn diese Verwaltung nicht durch Amerika erfolgte. Von Engländern und Franzosen sei Parteinahme für die Polen zu erwarten.

Was den wirtschaftlichen Teil des Friedens anlangte, so meinte Conger, daß die Bedingungen viel milder gehandhabt werden würden, als nach dem Wortlaut anzunehmen sei; z. B. wäre im linksrheinischen Gebiet eine gemeinschaftliche Wirtschaftskommision der verbündeten Mächte vorgesehen, welche jede Einflußnahme der militärischen Kommandanten ausschließen würde, ebenso wie alle Versuche, die linksrheinischen Gebiete französisch zu machen.

Tendenzen der Ausführung Congers waren durchweg, uns zur Annahme des Friedens zu bewegen. Wilson werde uns nicht mehr helfen können, da er uns den Friedensvertragsentwurf mitvorgelegt hätte.

[40] Nat. Arch. cont. 2407, fr. E 215176 f.

Jahrgang 3 (1955), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Delbrück, welcher heute nach Versailles fährt, hatte auch Unterredung mit Conger und wird Ew. Exzellenz mündlich berichten.

Bernstorff

Dokument 10

Brief von Freiherr von Langwerth an Brockdorff-Rantzau über sein Gespräch mit Major Henrotin, 18. Mai[41]

Auswärtiges Amt. Berlin, den 18. 5. 1919
A 602 (Eing. 22. Mai 1919)

Lieber Vetter!

Soeben erschienen bei mir Major Bouvey (anstatt: Bouve) und ein Major Hemrotin (anstatt: Henrotin), der mir von Oberst Conger Folgendes mitteilte:

Dieser sei auf Wunsch Erzbergers heute hier und habe letzteren sowie Bernstorff gesprochen, könne aber nicht mehr zu mir kommen und habe ihn beauftragt, mir für Dich nachstehendes mitzuteilen; wobei er mich bat, nur Dir von allem diesem Nachricht zu geben, ohne darüber auch mit Bernstorff und Erzberger zu sprechen, denen Conger dasselbe gesagt habe wie er mir:

Es sei ein Irrtum zu glauben, daß Wilson die uns vorgelegten Friedensbedingungen nicht gebilligt habe. Die Franzosen hätten ursprünglich weit härtere verlangt, so insbesondere das ganze linke Rheinufer. Es sei Wilson nicht leicht gewesen, die französischen Forderungen herunter zu drücken. Falls wir den Friedensvertrag nicht unterzeichnen sollten, so würde Amerika zu seinen Verbündeten stehen, die im Rücktransport begriffenen amerikanischen Truppen würden wieder nach Europa kommen und man würde seitens der alliierten und assoziierten Mächte rigoros gegen Deutschland vorgehen. Andererseits seien die uns vorgelegten Friedensbedingungen in ihrer Wirkung wesentlich davon abhängig, wie sie ausgeführt werden würden. Er behauptete, man würde für die besetzt bleibenden Gebiete eine aus den verschiedenen Mächten einschließlich Amerika zusammengesetzte Zivilkommission bestellen, der die Militärs untergeordnet werden würden. Diese Kommission würde dafür sorgen, daß die deutschen Lokalbehörden, soweit überhaupt irgend möglich, ihre Tätigkeit ungehindert ausüben könnten, und daß der Handel der besetzten Gebiete mit dem übrigen Deutschland sich frei zu entfalten vermöge. Außerdem werde Deutschland sehr bald in den Völkerbund aufgenommen werden. Was die deutsche Armee betreffe, so hätten Frankreich und Italien von einer freiwilligen Armee Deutschlands nichts wissen wollen, weil sie fürchteten, daß sie zur Aufhebung der allgemeinen Dienstpflicht auch in diesen Ländern führen würde, während Amerika und England gerade deshalb dafür eingetreten seien, um der allgemeinen Dienstpflicht in Europa ein Ende zu machen.

Als ich Major H(enrotin) auf die Unerfüllbarkeit der Friedensbedingungen hinwies, gab er zu, daß sie das Maximum der Forderungen enthielten, das die alliierten und assoziierten Regierungen mit Rücksicht auf die gegenwärtige öffentliche Meinung ihrer Länder uns vorgelegt hatten. Er deutete an, daß, sofern wir die Unmöglichkeit der Erfüllung von Friedensbedingungen nachwiesen, sich wohl insoweit eine Änderung erreichen lassen würde, und ließ einfließen, daß eine Volksabstimmung über die östlichen Territorialfragen wohl nicht verweigert werden würde, falls wir eine solche

[41] Nat. Arch. cont. 2403, fr. E 212896–899.

Jahrgang 3 (1955), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

verlangten. Endlich hob er hervor, daß in Frankreich die Besorgnis vor Rußland groß sei. Man denke dort an drei Schutzwehren gegen dasselbe, nämlich, Amerika, das aber weit entfernt, Polen, das aber nichts als ein Vorhang sei, und endlich Deutschland, das am wichtigsten erscheine. Auch Frankreich werde daher mit der Ausführung der Friedensbedingungen genötigt sein, viel Wasser in seinen Wein zu gießen, damit Deutschland imstande bleibe, diesen Wall gegen Rußland abzugeben.

Ich habe den Major unter Verwertung Deiner verschiedenen Reden und Interviews sowie Eurer Noten sehr ernst darauf hingewiesen, daß wir nach Maßgabe der Lansing'schen Note vom 5. 11. 18 einen Anspruch auf einen Frieden des Rechts und der Gerechtigkeit hätten gemäß dem Wilsonschen Programm, und daß die Welt ein Recht darauf habe, zu hoffen, daß mit Hilfe des Völkerbundes der Friede der Ausgangspunkt für eine Ära friedlicher Entwicklung zwischen den Völkern werde zum Besten der Menschheit und ganz besonders zum Besten der arbeitenden Klassen. Im übrigen habe ich dem Major erklärt, seine Mitteilungen sofort zu Deiner Kenntnis bringen zu wollen. Ich darf noch bemerken, daß er hinsichtlich der Auslegung des Wilson'schen Programms darauf hinwies, daß es naturgemäß seitens der Sieger anders ausgelegt werden könne als seitens der Besiegten, worauf ich erwiderte, meines Erachtens müsse es vor allem dem Recht und der Gerechtigkeit und den in ihr enthaltenen humanitären Ideen entsprechend ausgelegt werden.

Ich muß schließen, damit der Brief noch heute fortkommt.

Mit herzlichen Grüßen Dein treuer Vetter Ernst Langwerth.

Dokument 11

Brief von Freiherr von Langwerth an Graf Brockdorff-Rantzau, 19. Mai[42]

Auswärtiges Amt. Berlin, den 19. Mai 1919

Lieber Vetter!

In der heutigen Kabinettssitzung erwähnte Erzberger, daß er und Bernstorff gestern eine Unterredung mit Conger gehabt hätten. Das, was er mitteilte, entsprach im Wesentlichen dem, was ich Dir gestern geschrieben habe. Neu war die Äußerung Congers, daß die Engländer, die uns wirtschaftlich kaputt machen wollten, wohl schwerlich dazu zu bringen sein würden, von der unsere Handelsflotte betr. Forderung abzusehen. Im übrigen scheint Conger Erzberger gegenüber besonders hervorgehoben zu haben, daß in den östlichen Territorialfragen wohl nur mit Hilfe der von uns zu verlangenden Abstimmung der Bevölkerung etwas zu erreichen sein würde. Wir dürften eben nicht vergessen, daß der uns vorliegende Friedensentwurf schon weit milder sei als das, was die Engländer und Franzosen ursprünglich beabsichtigt gehabt hätten. Wilsons sehr energischer Intervention sei es gelungen, zunächst die Rheinprovinz und dann die Pfalz zu retten sowie in bezug auf das Saargebiet die uns vorgeschlagene Formel durchzusetzen. In Finanzfragen scheint Conger Verbesserungen des Friedensentwurfs für möglich zu halten.

Es wäre mir wertvoll, von Dir gelegentlich brieflich zu erfahren, ob Bernstorff oder Erzberger Dir irgendetwas Genaueres über ihre Unterhaltung mit Conger geschrieben haben. Ich vermag ja in dieser Beziehung bei der Dir gestern mitgeteilten Sachlage keinerlei Aufklärung zu erlangen: [Die beiden letzten Sätze durchgestrichen.]

[42] Nat. Arch. cont. 2402, fr. E 211851 f.

Jahrgang 3 (1955), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Der durchstrichene Passus hat sich dadurch erledigt, daß mir Bernstorff inzwischen erzählte, er habe Dir gleich gestern den Inhalt seiner Unterredung mit Conger telegraphiert.

Mit herzlichen Grüßen

Dein treuer Vetter Ernst Langwerth.

Dokument 12

Delbrücks Aufzeichnung über sein Gespräch mit Conger am 18. Mai 1919[43]

Aufzeichnung über Gespräch mit Conger, 18. Mai 1919.

Heute nachmittag besuchte mich der amerikanische Oberst Conger, mit dem ich von früher her, da er mein Zuhörer war, befreundet bin. Er hat mich vor etwa 8 Wochen schon einmal besucht; er sagte mir, er sei nach Berlin gekommen ohne Erlaubnis seiner Vorgesetzten. Ich würde wissen, daß in Versailles jeder Gedankenaustausch zwischen der deutschen Delegation und den Alliierten ausgeschlossen sei. Infolgedessen hätten sich bei uns sehr irrtümliche Vorstellungen gebildet und er sei hergekommen, mich darüber aufzuklären, damit ich es dem Grafen Rantzau berichte.

Man glaube in Deutschland, Wilson sei mit den Friedensbedingungen unzufrieden und wünsche, daß Deutschland sie ablehne, damit er uns zu besseren verhelfen könne. Diese Meinung sei völlig irrtümlich. Wilson billige die vorgelegten Bedingungen durchaus, da sie auf einem Kompromiß beruhten. Wir wüßten in Deutschland nicht, was für einen Frieden Frankreich und England uns hätten auferlegen wollen. Frankreichs Absicht sei, Deutschland völlig zu zerstören. Es habe das ganze linke Rheinufer behalten wollen und sei von Wilson nur Punkt für Punkt zurückgedrängt worden. Clemenceau habe die deutsche Delegation von vornherein nicht als eine Vertretung Deutschlands, sondern nur als eine Vertretung der Einzelstaaten, Preußens, Baierns usw. empfangen wollen. Wir verdankten es Wilson, daß ein deutscher Staat anerkannt sei. Der größte Teil der amerikanischen Truppen sei bereits nach Amerika zurückgeführt. Werde nun der Krieg erneuert, so müßten sie wieder umkehren und der Präsident stünde vor seinem Volke da als ein Narr, der die Armee heimgeschickt hätte, bevor er den Frieden hatte. Es seien allerdings noch fast eine Million Amerikaner in Europa, aber darunter seien wenig Combattanten.

Ich wandte ein, daß auch die Franzosen und Engländer genügen würden, weil wir ja keine Armee mehr hätten.

Conger sagte darauf, wenn das ausgeführt (würde), was die Alliierten beabsichtigten, so werde eine so starke Volkserhebung hervorgerufen, daß es einen neuen Krieg gäbe, wozu auch die Amerikaner notwendig seien. Dann werde man einrücken und alles Vieh, alle Vorräte und alle Maschinen wegnehmen und das lasse sich kein Volk gefallen.

Ich wandte ein, wenn die Alliierten das täten, würden sie uns ja unfähig machen, auch nur das Wenige zu zahlen, was wir sonst vielleicht könnten; es sei also gegen ihr eigenes Interesse.

Conger antwortete, die Franzosen wünschten zwar unser Geld, zugleich aber wünschten sie Deutschland so sehr wie möglich zu zerstören.

Ich sagte, so schwer diese Drohung sei, so sei es doch ganz ausgeschlossen, daß sich in Deutschland jemals eine Regierung finde, die den vorgelegten Frieden unter-

[43] A. a. O.

Jahrgang 3 (1955), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zeichne. Auch die Hungerblockade schrecke uns nicht; denn wir erhielten auch ohne Blockade sehr wenig Nahrungsmittel, dagegen hätten wir Aussicht, bei Erneuerung der Feindseligkeiten Posen zurückzuerobern, das uns noch viel liefern könne.

Conger sagte, man wisse auch drüben, daß die Friedensbedingungen zum Teil unmöglich seien, aber wir dürften mit Bestimmtheit darauf rechnen, daß man uns bei der Ausführung Milderungen gewähren würde.

Ich erwiderte, darauf könnten wir uns nicht verlassen, um so weniger, da man uns dasselbe schon einmal bei dem Waffenstillstand versichert und nicht gehalten habe. Auch damals habe es geheißen, die Waffenstillstandsbedingungen habe Wilson dem Marschall Foch überlassen müssen, aber bei dem Frieden würden wir sehen, daß er uns schützen werde. Das sei nicht geschehen.

Conger sagte, Wilson habe nicht anders handeln können, da die öffentliche Meinung auch in Amerika für möglichst harte Friedensbedingungen sei.

Von den militärischen Bedingungen sagte er, daß Wilson und Lloyd George ihre eigenen Generalstäbe nicht gefragt hätten; sie hätten nur Foch gefragt, ob 100000 Mann genug seien, die Ordnung in Deutschland aufrechtzuerhalten und da dieser die Frage bejaht habe, es so festgesetzt.

Daß wir nur eine geworbene Armee halten dürften, sei wesentlich die Forderung von Wilson und Lloyd George gewesen. Clemenceau hätte gewünscht, daß Deutschland eine ausgehobene Armee habe, denn ohne eine solche in Deutschland würde sich auch die Konskription in Frankreich nicht aufrechterhalten lassen. Ebenso hätte auch für Italien Orlando argumentiert.

Conger suchte mir auch den Frieden von dem Gesichtspunkt annehmbar erscheinen zu lassen, daß Frankreich bald selber das Bedürfnis empfinden werde, ein stärkeres Deutschland aufzubauen als Schutz gegen Rußland und Asien, wie er sich ausdrückte. Denn Polen werde sich dazu als zu schwach erweisen.

Ich blieb dabei, daß Deutschland, was auch kommen werde, den Frieden ablehnen werde und sagte schließlich, die deutsche Regierung werde vermutlich, wenn alle Verhandlungen zu nichts führten, erklären, wir könnten den Frieden nicht annehmen, da das unehrlich sei, und ihn auch nicht ablehnen, da wir den Krieg weder aufnehmen könnten noch wollten; wir müßten also, sei es die Entente, sei es den Völkerbund selber, bitten, die Regierung von Deutschland zu übernehmen; die deutsche Regierung werde die Beamten anweisen, den fremden Kommissaren zu gehorchen, und die deutschen Truppenteile, sowie die fremden einrückten, auflösen. Dann entgingen wir wenigstens neuen Kriegshandlungen und der erneuten Hungerblockade, und die fremden Regierungen könnten sehen, was sie aus dem versklavten Volke herausbekämen. Dieser Gedanke werde jetzt in weiten Kreisen in Deutschland erörtert, und man spreche sich vielfach dahin aus, daß diese völlige Aufgabe der Souveränität besser sei, als die Erhaltung der Scheinsouveränität, wie sie dieser Friede in Aussicht stelle.

Schließlich fragte mich Conger, welches denn die Bedingungen seien, die wir hauptsächlich zu ändern wünschten, um den Frieden annehmbar zu machen.

Ich erwiderte, wir könnten nur einen Frieden auf der Basis der 14 Punkte annehmen. Von den Einzelheiten, die mir gerade einfielen, wollte ich hervorheben, daß die Territorialveränderungen nur vorgenommen werden dürften nach dem Prinzip der Selbstbestimmung der Völker durch unbeeinflußte Abstimmung; daß die zu leistende Geldentschädigung nicht zukünftigem Ermessen überlassen, sondern sofort fest begrenzt würde, besonders auch deshalb, weil man dem Volk sonst nicht zumuten könne zu arbeiten; daß uns eine Handelsflotte gelassen würde, die unseren wirtschaftlichen Bedürfnissen einigermaßen genügte; daß unser Wirtschaftsleben nicht unter feindliche Kontrolle gestellt werde. Am Schluß erbat Oberst Conger die Erlaubnis, was ich ihm gesagt, dem Präsidenten Wilson zu berichten.

Jahrgang 3 (1955), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokument 13

Congers Aufzeichnung über die Unterredung mit Erzberger am 19. Mai

American Expeditionary Forces
Advance General Headquarters, Trier, Germany, 20 May 1919

Interview with Herr Erzberger

At ten o'clock on the morning of the 19th instant a second interview was had with Herr Erzberger. He stated that he wished to lay down all his cards on the table; and that it was necessary for Germany that the Peace be signed; and that he believed a conversation would clear up matters. In the meantime, he begged that the following proposals be sent through.

Firstly, the League of Nations: Erzberger insisted upon the entry of Germany into the League of Nations immediately upon the signature of the Peace Treaty, and upon her admission on a basis of equality with the other Powers. The Statutes of the League of Nations would be accepted as proposed, with the exception of some of the clauses bearing on economic inequality.

Secondly, military questions: Following the signature of the Treaty of Peace disarmament will take place and conscription will be abolished, but he stated that the number of 100,000 men was insufficient to preserve order in Germany under present circumstances, and that they should need a force of 250,000 men under arms for the first year, and 200,000 the second year, and then the army could be reduced. Some changes would have to be made in the tables of organization to fit in with their normal tables. Mr. Erzberger stated that Germany would be willing to give up all her battleships. He stated that the military terms would not constitute an obstacle to signing the Treaty.

Thirdly, The Merchant Ships: Germany would need to retain a portion of her merchant fleet, in order to resume the economic life of Germany, and to meet her economic obligations. He suggested that a World Pool of shipping might be organized under the League of Nations, and also that negotiations be opened for turning over shares in the Hamburg-American and the North Deutscher Lloyd to British and American capital (which was formerly impossible under German law).

Fourth, Territorial Questions: Erzberger would require a plebiscite to be taken in all territory proposed for surrendering to the Allies, with the exception of Eupen and Malmedy, and that the Plebiscite should be taken by a secret vote, under the control of a neutral committee, Dutch, Swedes, etc. This is to include territory already in the hands of the Poles. All troops should be withdrawn from the disputed sections and the boundaries would then be fixed by the League of Nations, as nearly as possible in conformity with the results of the vote taken.

As a counter-proposal to the Saar settlement, Erzberger suggests an arrangement whereby France would be assured of 20,000,000 tons of coal per annum, and France would be offered a partnership in all German mines, so that they could be certain of obtaining its delivery. Every possible international guaranty would be given them.

Occupied Territory: Erzberger states that the nation wishes the occupation of German territory to be abandoned within the next six months. Mr. Erzberger frankly stated that he fears that the occupation of this territory will interfere with the economic life of the districts. He pointed out that the money necessary for the disbursement of the expenses of maintaining the allied armies was so much money lost that could otherwise be paid to the Allies, and that occupation was not necessary in order to hold Germany down, for that could be effectually done through the industrial and economic means at the disposal of the Allies, such as control of imports, etc. Germany could offer

Jahrgang 3 (1955), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

other guaranties, such as receipts of railroads, public forests and lands, customs' duties, internal revenues, etc., and that moreover, on the strength of these guaranties, the League of Nations should issue a loan to Germany. From a military point of view, he stated that no military forces would be maintained within a distance of 50 kilometers of the East Bank of the Rhine. All fortifications would be razed, so that the Allies would have sufficient guaranties. He mentioned, in this connection, that it would be necessary for Germany to maintain her gendarmerie forces in order to preserve order in this territory.

Colonies: Minister Erzberger wishes that Germany be made mandatory for her colonies, or part of same, in order to satisfy public opinion in Germany, so that her people would think that she was a nation possessing colonies.

Finance: Erzberger stated with regard to indemnities, that he was agreed to Article 244, part 1, of the Armistice agreement, with the exception of paragraph 4 relating to pensions, and paragraph 5, cost of prisoners, as he stated that this should be mutual, paragraph 6, the payment of allocations to soldiers' wives, and paragraph 7, indemnities resulting fro mill-treatment of prisoners, paragraph 1, 2, 3, 5, 9 and 10 will be paid.

Germany, however, Mr. Erzberger stated, could not pay the debts of other European nations, such as Bulgaria, Turkey, etc. He stated that all property handed over, according to the terms of the treaty, such as public buildings, colonies, railroads, manufactured products, etc., should be included in the indemnities.

In regard to the judgment of the Kaiser and the fixing of responsibility for the war, or for acts of cruelty in its prosecution, Erzberger stated that from a constitutional point of view, Germany could not extradite a German subject. It would be a „gemeinheit" on the part of the German Government to give up the Kaiser. He stated that he was agreed that all responsible parties should be punished, and that he understood that the Allies could not accept that they should come before German courts. He suggested that a neutral tribunal should be instituted at the Hague, or elsewhere, and that the accused should appear before this court with the allies acting as plaintiffs. He stated that the German people could not conceive of justice being done in the case where the accused would be tried before a court where the Allies were both plaintiffs and judges, and that fairness could not be looked for under these circumstances.

Speaking of reparations, he stated that Germany was in a position to rebuild France and Belgium, and that two months after the peace treaty was signed, 100,000 workingmen could be sent for that purpose and that six months later, 500,000 men could be devoted to this work, and that in two and a half years all would be restored. The work would be modern and sanitary. Germany, he stated, had plenty of building material. The plans could be drawn up by the French and the work controlled by them. He stated further that this would be of assistance to Germany, as it would enable her to put all men out of work to this employment. He stated further that for the practical working of the scheme a permanent commission should be set up, parallel to the Allied Commission, and along the lines of the present armistice commission. Any disagreement arising could be submitted to the League of Nations for settlement; and in dealing with a permanent commission the Allies would obviate the difficulties of dealing with the German Government.

Mr. Erzberger stated that Germany wishes freedom within the interior of the country, and therefore desires that there be no commission working in Germany.

In regard to the turning over of manufactured articles, he stated that in such cases as dyestuffs, ammonia, etc., there would be no difficulty arising, and in spite of the outcry raised in the German press against the demand of the milch cows, this

Jahrgang 3 (1955), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

could be done, as Germany could take oils, oilcakes, etc., in exchange, and that in this way the production of milk in Germany would increase far beyond the loss of 160,000 cows.

Mr. Erzberger stated that they would sign the Treaty, and that he wishe(s) it to be signed, and to be observed sincerely. However, he could not sign a Treaty which departed too far from the 14 points of President Wilson. He stated further that he could have the treaty accepted in Germany, although he let it be understood that it would require a certain amount of camouflage to put it over, but promised he could do it.

(Ohne Unterschrift)

Dokument 14

Henrotin, „Impressions of interview with Herr Erzberger".

AEF
Advance General Headquarters Trier, May 20, 1919

Impressions of interview with Herr Erzberger

A very distinct change was noted in the attitude of Herr Erzberger as between the first and second interviews. In the first he appeared to be imbued with the spirit of most of the officials in Berlin, that „the peace terms were impossible; Germany could not sign, and the Allies could come in and take over the country." Apparently the German Government does not realize the consequences of not signing the Treaty, more especially in so far as America is concerned, their apparent impression being that the Allies would merely occupy Germany in a peaceful, unassuming manner, as they have done with the Rhinelands, and assume the obligations of feeding the civilian population. This impression was evidently dissipated to a great extent by the straight-forward statement made by us, so that in the second interview, which was precededed by a meeting of the Government, a far more conciliatory attitude was adopted, and the definite statement was made by Herr Erzberger that it was necessary for Germany to sign Peace, and that some concessions must be made by the Allies to mitigate the severity of the Terms, and to camouflage them in the eyes of the German people. It is probable that the tone of the German press during the next few days will show their new spirit, – in fact, already on Monday morning the „Welt am Montag" published a conciliatory article by von Gerlach, embodying the statement made by Herr Erzberger concerning the milk cows.

Frederick Henrotin,
Major, General Staff.

Dokument 15

Aufzeichungen Congers über seine Unterredung mit Major Kroeger

AEF, Advance General Headquarters. Trier, 20 May, 1919

In conversation with Major Kroeger, of the German General Staff, purporting to be spokesman for General Gruner [Groener], Chief of the German General Staff[43a] at

[43a] Generalstabschef war Hindenburg; Groener war Erster Generalquartiermeister als Nachfolger Ludendorffs.

Jahrgang 3 (1955), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Kolburg [Kolberg], he stated that he had been instructed to speak only on the question of military terms, in connection with which he stated that the immediate demobilization of the German forces and, incidentally, handing over all material, could constitute a very serious financial loss to the German Government, running into billions of marks; moreover, that 100,000 men would not be sufficient during the present emergency to cope with the interior political situation. He thought, however, that if the Allies would agree to the gradual demobilization of the German Army, the figures given later could be reduced. He stated that in a recent count made between the German General Staff, the war Minister Rheinhard [General Walther Reinhardt], and the Reichsminister Noske and other members interested, the figures varied between 200,000 fighting troops, outside of non-combatant units, and 300,000 troops of all descriptions. They acknowledge that if the peril in the East disappeared part of these forces could certainly be demobilized.

To enforce his statements, Major Kroeger added that 40,000 troops were required to restore order in Munich and 60,000 to preserve order in Berlin alone. With regard to the present situation he frankly admitted that resistance in the West was impossible; that on the eastern front the figures were unchanged; that troops were moving from the Baltic front to the Polish front, but that this move would take two months; that the troops were being moved to the Polish front on account of the trouble with the civilian population; moreover, General Gruner [Groener] had sent special orders to Upper Silesia to avoid any hostile act against the Poles, but that he was unable to guarantee the troops or the militia. He stated, in conclusion, that the opinion of the German General Staff was that Germany, as long as she remained a nation, should have an army sufficient to defend her frontiers; that 100,000 men would only be sufficient as a gendarmerie.

Major Kroeger was unwilling to discuss the peace terms, but stated, as a matter of principle, in which General Gruner [Groener] was agreed, that the German government and the German people were unwilling to sign a treaty of peace which they would not be able to fulfill.

A. L. Conger,
Colonel, G. S.

Dokument 16

Stellungnahme der Amerikanischen Friedenskommission zur Berichterstattung der beiden Offiziere[44].

American Commission to Negotiate Peace

To the Commisioners — For Action

No. 278 Date: May 22, 1919. — Source: Office of Secretary, Division of Current Diplomatic and Political Correspondence.

Subject: Journey of Colonel Conger and Major Henrotin to Berlin.

Statement: The interesting report by Colonel Conger and Major Henrotin, dated May 20, 1919, lays special emphasis on the following points:

1. The attitude of German military units is becoming more aggressive and is meeting with support among the people. Organized resistance is to be expected and even a possible return of the Kaiser.

[44] Nat. Arch., Paris Peace Conferece 862.00/345.

Jahrgang 3 (1955), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

2. The Government may or may not be encouraging this attitude, but Noske is, as Colonel Conger thinks, involved in the movement.
3. The condition of the people appears less apathetic than some months ago and they have a brisker and better fed appearance.
4. Erzberger and Bernstorff are on opposite sides as far as the acceptance of the peace terms is concerned, the former being in favor and the latter against the conditions. President Ebert is said to be undecided.

Considerable doubt is felt as to some of the propositions outlined above, in view of information previously received. In especial, it is doubted whether the military movement has really made great headway among the people at large and whether a return of the Kaiser is within the realms of possibility.

No question is made as to the value of Colonel Conger's and Major Henrotin's services as observers. It may, however, be suggested that conversations with members of the Government at the present time should be undertaken with the greatest caution, as they are evidently liable to misconception, and it is doubted whether the prompt acceptance of Minister Erzberger's invitation, without inquiry as to its object, was altogether to be recommended.

In the impressions which Major Henrotin gives of his interviews with Herr Erzberger, he states: „This impression (referring to the idea that the Allies would merely occupy Germany in a peaceful unassuming manner) was evidently dissipated to a great extent by the straight-forward statement made by us." A little later, he says: „It is probable that the tone of the German press in the next few days will show their new spirit – in fact already on Monday morning the ‚Welt am Montag' published a conciliatory article by von Gerlach."

It is submitted that if Colonel Conger's and Major Henrotin's conversations had such a marked effect and the course of events, as they claim, it would certainly be of advantage that they should undertake similar missions only with the authority and under the instructions of the Commission.

Recommendation:

In view of the exceedingly delicate situation in Germany, it may be thought advisable to suggest to the military authorities that missions of this kind, which can hardly avoid being given a semiofficial character, should only be undertaken after notice to and approval by the Commission[45].

Dokument 17

Begleitschreiben des Sekretariats der Amerikanischen Delegation bei Übersendung der Dokumente 6–8 und 13–15 an Präsident Wilson.

American Commission to Negotiate Peace
Paris 1918–1919

Paris, 21 May 1919

My dear Mr. President:

I beg to enclose herewith, for your information, copies of several reports prepared

[45] In einem Kommentar des Sekretärs der Amerikanischen Delegation C. A. Herter wird diese Empfehlung verworfen: „The Commissioners did not agree with the recommendations in question, feeling that this was a matter in which they could not interfere at all. These two officers were entirely under Gen. Pershing and any information which they submitted to the Commission had been offered by General Nolan merely as a matter of courtesy with a desire to facilitate the work of the Commission."

Jahrgang 3 (1955), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

by two officers of the Military Intelligence Section of our Army respecting their observations as to the political situation in Germany at the present moment, and reporting the substance of interviews with Mr. Erzberger and Count von Bernstorff. These officers travelled to Berlin at the urgent request of Mr. Erzberger. My colleagues on the Commission and I believe that these reports are extremely valuable as indicating the present sentiment in Germany in regard to the proposed Peace Treaty.

I beg to call your attention particularly to the report by Major Henrotin on the second interview which he had with Mr. Erzberger in which the latter made certain definite suggestions in regard to amending various Articles of the proposed Treaty.

Faithfully yours,
(C. A. Herter)

The President
11 Place des Etats-Unis
Paris.

CAH-B

Solange die Geschichte der deutschen Außenpolitik zwischen Compiègne und Versailles nicht geschrieben ist, sich kein abschließendes Urteil über die Rolle des Obersten Conger fällen. Dies gilt insbesondere für seine Berliner Verhandlungen. Congers Berliner Aufenthalt konnte den Verbündeten Amerikas nicht verborgen bleiben und mußte bei ihnen den Verdacht amerikanischer Sonderverhandlungen aufkommen lassen. Als die Peace Commissioners von der Reise erfuhren, konnten sie Bedenken gegen derartige Missionen nicht unterdrücken; daher legten sie aktenmäßig nieder, daß General Pershing allein die Verantwortung für die Reise von Conger und Henrotin nach Berlin trage.

Die Vorschläge, die die beiden Offiziere aus Berlin mitbrachten, aber auch ihre Beobachtungen wurden von den Commissioners skeptisch beurteilt. Indem man den Berichten lediglich informatorischen Wert beimaß und ihnen keinen Initiativcharakter für weitere Verhandlungen zubilligte, hielt die Friedensdelegation sorgfältig die Abgrenzung der Zuständigkeiten aufrecht. So konnten sie vom Generalstab die ihr als einen Akt der Höflichkeit – a matter of courtesy – übermittelten Informationen in Empfang nehmen; damit brauchte sie nicht die Existenz einer Militärdiplomatie anzuerkennen, wie es der Fall gewesen wäre, wenn sie die von den Offizieren überbrachten Erzbergerschen Vorschläge als eine Verhandlungsgrundlage angenommen hätte.

In Deutschlands isolierter Lage neigten deutsche Regierungskreise dazu, die Bedeutung eines direkten Gedankenaustausches mit einem hohen Offizier aus dem Stab der amerikanischen Heeresleitung zu überschätzen und den Vertretern des amerikanischen Heeres bei den Friedensverhandlungen – nach dem Vorbild in Brest-Litowsk – einen Einfluß zuzuschreiben, den sie niemals besessen haben und auch nicht geltend zu machen versucht haben.

Die Berliner Mai-Besprechungen mit Conger stellen sicherlich einen Versuch Erzbergers dar, über den Kopf von Brockdorff-Rantzau hinweg mit der amerikanischen Friedensdelegation und mit Wilson direkte Fühlung aufzunehmen. Die von Erzberger am 19. Mai vorgeschlagenen Änderungen des Vertragsentwurfs waren

Jahrgang 3 (1955), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sicher nicht mit der deutschen Friedensdelegation in Versailles abgesprochen. Erzberger fiel ihr damit in den Rücken, und es ist fraglich, ob und wieweit das Kabinett davon unterrichtet und dafür gewonnen war.

Mehrere Redewendungen Erzbergers – er könne den Frieden durchdrücken, aber ohne ein Stück Camouflage, das er sich zutraue, gehe es nicht (Dok. 13), oder: ein Kolonialmandat solle das deutsche Volk in dem Glauben lassen, Deutschland besitze weiterhin Kolonien (ebda.) – lassen Erzbergers Verhandlungstaktik in einem äußerst ungünstigen Licht erscheinen. Die Schädlichkeit solcher Äußerungen, die geschulten Nachrichtenoffizieren der Gegenseite gegenüber mit aller Schärfe die Gespaltenheit der Deutschen Regierung enthüllten und die die innere Aushöhlung des Widerstandswillens gegen die Forderungen der Alliierten offenlegten, bedarf keiner Unterstreichung. Erzbergers Manöver scheiterte, als die Amerikaner auf keinen seiner Vorschläge eingingen.

An der Tatsache, daß mehr als 35 Jahre nach dem Ende des ersten Weltkriegs eine bis dahin so gut wie unbekannte Persönlichkeit wie Oberst Conger in der Geheimgeschichte der Friedenskonferenz beider Lager plötzlich scharf profiliert in die vorderste Reihe rückt, läßt sich erkennen, daß – trotz der bereits beinahe unübersehbaren Literatur über die Friedenskonferenz – die Öffnung der Archive noch manche Überraschungen verspricht.

Jahrgang 3 (1955), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Notizen

ZUR DEUTSCHEN OSTPOLITIK IM SOMMER 1918

Hans W. Gatzke hat in dieser Zeitschrift (3. Jahrg., H. 1, S. 71) über die allgemeine Problematik der deutschen Ostpolitik im Sommer 1918 geurteilt, daß sie im großen Überblick ausgezeichnet erörtert sei. Er glaubte, davon die Darstellung in meinem 1944 erschienenen Buch „Der Osten im ersten Weltkrieg" ausnehmen zu sollen, da mein „Vorwurf" gegen die deutsche Politik, sie hätte sich damals nicht zum Herren Rußlands gemacht, „höchstens als Spiegelbild zeitgebundener Illusionen von Interesse" sei. Da mein Buch, und insbesondere die kritisierte Darstellung, sich in hohem Maße auf die Akten des französischen Außenministeriums gründet, was nur angedeutet werden konnte, aber aus Zitaten und Belegen zu entnehmen war, würde allenfalls mir vorzuwerfen sein, daß ich den „zeitgebundenen Illusionen" der Politik der Alliierten zuviel Bedeutung beigemessen hätte. Die Chancen der deutschen Ostpolitik kurz vor dem Zusammenbruch im Westen zu beurteilen, wird allerdings nie ganz gelingen, weil der Versuch, die Bolschewisten zu stürzen und ein Deutschland genehmes Regime einzusetzen, nie unternommen wurde, also hier nicht die einzig schlüssige Wertung einer Verwirklichung durchgeführt werden kann. Aber wenn die Alliierten und die assoziierte Macht der Vereinigten Staaten in seltener Einmütigkeit die Gefahr einer deutschen Vorherrschaft über Rußland zu erkennen glaubten und danach ihre eigene Ostpolitik, allerdings weniger einmütig, einrichteten, so kann wohl jene Gefahr nicht ganz illusionär gewesen sein.

Ich will hier nur einige Zeugnisse zusätzlich oder ausführlicher als in meinem Buch anführen. In einer Note für den französischen Außenminister vom 15. März 1918 heißt es, daß Deutschland gegenwärtig in Rußland alles machen könne und daß es wahrscheinlich nicht die Forterhaltung des Bolschewismus wünsche. Noch schärfer spricht sich ein Memorandum Berthelots vom 13. Februar 1918 aus: Wenn Deutschland Rußland unter seine Kontrolle setze, werde Rußland eine Kolonie werden, aus der die Mittelmächte die für sie notwendigen Produkte ziehen. Dann werde Rußland der Verbündete der Feinde werden, und der Krieg, selbst siegreich, werde verloren sein. Allein Deutschland sei bei der Unfähigkeit Rußlands und der Ohnmacht der Alliierten imstande, zu seinem Vorteil eine zusammenhängende Organisation in Rußland zu schaffen, eine Gefahr, furchtbarer noch für die Zukunft als für die Gegenwart. Das Memorandum sieht in Japans Intervention die einzige Rettungsmöglichkeit. Auch die Engländer fürchteten die Deutschen in Rußland. Robert Cecil erwartete in einem Brief an Clemenceau vom 15. Mai 1918 sogar, daß die Deutschen die kaspische Flotte nehmen und die Wolga heraufführen, um Sibirien zu kontrollieren. Und nach den Berichten des französischen Botschafters in Washington, Jusserand, aus dem Juli/August 1918 kannten Wilson, Lansing und House keine größere Furcht, als daß die Deutschen unter Verzichten im Westen sich freie Hand in Rußland verschafften. Die Amerikaner bestürmten die Franzosen, sich solchen Friedenschancen zu verschließen, und waren sehr beruhigt, als Clemenceau ihnen seine Entschlossenheit erklären ließ, den Deutschen niemals Rußland zu überlassen. Übrigens hat Wilson auch öffentlich, in der Rede vom 18. Mai 1918 für das Rote Kreuz, gewarnt, den Deutschen in Rußland freie Hand zur Errichtung einer militärischen und wirtschaftlichen Oberherrschaft zu gewähren (R. de Villeneuve-Trans, à l'ambassade de Washington, Paris 1921, 103). Schließlich ist Lloyd George nach seinen Kriegserinnerungen ähnlichen Erwägungen über die deutsche Gefahr in Rußland nachgegangen (s. die Belege in meinem Aufsatz: Lloyd George im Weltkrieg, Hist. Zeitschr. 156, S. 40ff.).

Jahrgang 3 (1955), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte